

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

218 · Dezember 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Editorial	1059
NachSatz	1061
Essay	
JOACHIM BISCHOFF Notoperation Verstaatlichung. Verläufe und Lehren der globalen Krise der Finanzmärkte	1063
Gesellschaft, Analysen & Alternativen	
MICHAEL R. KRÄTKE Grundeinkommen, Waren und öffentlicher Sektor. Über den Zusammenhang von Grundeinkommen und Kapitalismus	1073
RALPH GRAF Der wiederkehrende Traum von der Vollbeschäftigung	1084
GAZI ÇAĞLAR Soziale Arbeit nach dem sozialpolitischen Paradigmenwechsel	1092
Stalinismusdebatte	
THOMAS MARXHAUSEN Marx versus Stalin. Ein Beitrag zur Sozialismus-Debatte	1103
Standpunkte	
THOMAS KILIAN Die Zukunftswerkstatt als Modell politischer Debatte. Zum Verhältnis von Analyse, Kritik, Utopie und Strategie für die Diskussion der Linken	1112
HORST BETHGE Schöne neue Schule 2020	1121

Konferenzen & Veranstaltungen

JENS MAESSE

Grenzenlos und trotzdem nachhaltig wachsen?

Ein Kolloquium zur Archäologie

des Wachstumsmythos

1126

RICHARD DETJE, KLAUS STEINITZ

Der Staat heute. Die Krise des Neoliberalismus

und die Staatsdebatte der Linken

1129

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

1134

Bücher & Zeitschriften

Mark E. Spicka:

Selling the Economic Miracle. Economic Reconstruction
and Politics in West Germany 1949-1957

(JÖRG ROESLER)

1136

Joachim Hirsch, John Kannankulam, Jens Wissel (Hrsg.):

Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft.

Zum Staatsverständnis von Karl Marx

(HERMANN KLENNER)

1137

Konrad Reich:

Ehm Welk. Der Heide von Kummerow.

Die Zeit. Das Leben.

(KAI AGTHE)

1138

Bernward Dörner:

Die Deutschen und der Holocaust.

Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte.

(JAN KORTE)

1140

Rudolf Woderich (Hrsg.):

Im Osten nichts Neues? Struktureller Wandel
in peripheren Räumen

(ULRICH BUSCH)

1142

Hans Küng:

Umstrittene Wahrheit. Erinnerungen

(GÜNTER WIRTH)

1143

Jahresinhaltsverzeichnis 2008

1145

Summaries

1050

Impressum

1152

Editorial

Die Autorinnen und Autoren der »Utopie« und ihre Themen aufzuzählen, würde den Umfang dieses Heftes sprengen. Ihre Ideen und Träume, ihr Engagement und widerständiger Geist lassen sich nicht bilanzieren. Die Zeitschrift selbst hat seit September 1990 Monat für Monat die Utopien der Zeit und ihre Gegenwart Revue passieren lassen. Im Laufe der Jahre wurde aus »Der Utopie« ein riesiges Kalendarium der Zukünfte. Sie hat vielfältig die Erfahrungen mit den großen Entwürfen der vergangenen Jahrhunderte aufgerufen und an sie erinnert. Sie hat sie kritisch bewertet. Keine Zeitschrift der neuen großen Republik hat nach 1989 so konsequent gegen das vorgebliche »Ende der Utopien« geschrieben, mit der ein triumphierender Liberalismus einen neuen Weltkapitalismus festschreiben wollte.

Dagegen setzte sie die »Diskussion sozialistischer Alternativen«, wie es die Unterzeile im Titel der Zeitschrift formuliert. Die Suche nach den Potentialen für Wege in eine Zukunft jenseits des alternativen einher kommenden Kapitalismus spitzte sie so immer neu zu: Wie ist es mit dem Sozialismus? Was war, was bleibt, was sollte, was kann kommen? Das prägte die Zeitschrift und ihren scheinbar paradoxen Zuschnitt: als widerständiges Projekt in einer Zeit der historischen, weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung entstanden, musste die Frage nach der (zumal sozialistischen) Utopie immer neu den Reichtum der vielen Antworten erschließen, der in der Geschichte dieser und anderer Bewegungen entstanden war. Die Utopien des Heute und Morgen und der Vergangenheit mussten erschlossen werden. Das Argument der Geschichte zählte in der »Utopie« von Beginn an. Sie kritisierte (und verspottete!) das Totalverdict gegen Sozialismus, Kommunismus und die Linke und setzte ein eigenes kritisches Register der Geschichte des Sozialismus dagegen. Die »Utopie« beharrte auf Kontinuität und spürte zugleich den Brüchen nach.

Aber auch in anderer Hinsicht war die »Utopie« ein ganz ungewöhnliches Projekt. Sie gab gerade der abgewickelten ostdeutschen Intelligenz der Sozial-, Geistes- und Geschichtswissenschaften eine Stimme. Sie setzte sich mit dem Elend des Anschlusses und des Transformationsprozesses auseinander. Sie erschloss den oftmals abgeschlossenen Kulturen aus Ost und West Momente der globalen Vielfalt linker Kultur und Theorie. In einer tiefen Krisensituation trug sie zur Bewahrung wie Veränderung alter und zur Bildung neuer Identitäten bei. Und sie begleitete von Beginn an analytisch

und engagiert die Bildung und Entwicklung der PDS und dann der Partei DIE LINKE. Damit war sie eines aus der knappen Handvoll ostdeutscher Publikationsprojekte, die aus dem Ende der DDR hervorgingen und Bestand hatten. Die »Utopie« war (und blieb weitgehend) ein ehrenamtliches Unternehmen, das für viele ihrer Erfinder und Macher ein Lebensprojekt wurde, eine Selbstverständlichkeit ihrer wissenschaftlichen und politischen Arbeit. Es ist ihr Verdienst, dass die »Utopie« Monat für Monat erschien. Viele sind zu nennen, an dieser Stelle aber sicherlich Helmut Steiner und Jörn Schüttrumpf, weiter Wolfram Adolphi, Ulrich Busch und Arndt Hopfmann, Marion Schüttrumpf-Kunze, Ronald Löttsch, Ruth Andexel und Ulla Plener, Arnold Schölzel, Gerd Kurze, Harry Adler und Martin Schwirdevan. Dietmar Wittich war nicht nur lange Jahre ein zentraler Kopf der Zeitschrift, sondern sicherte vor allem in den letzten Monaten das Erscheinen der »Utopie«. Der NDZ-Verlag hat die Verbindung zum Markt gehalten, Elke Sadzinski hat den Satz besorgt, MediaService den Druck, und der Vertrieb oblag dem ND-Vertrieb. Ihnen allen gilt der Dank, den ich im Namen der Herausgeberin Rosa-Luxemburg-Stiftung aussprechen möchte.

Die Linke hat sich verändert. Die Erwartungen an eine wissenschaftlich-politische Zeitschrift der RLS steigen. Der Zeitschriftenmarkt und die Konkurrenzsituation im Medienbereich stellen ganz neue, schwierige Anforderungen. Ein überwiegend ehrenamtliches Team kann sich ihnen und der damit verknüpften inhaltlichen Neuaufstellung kaum stellen. Die Stiftung möchte sich daher der vielleicht schwierigsten Ambition stellen: Kontinuität zu bewahren und einen Neuanfang zu wagen. Wir wollen bis Mitte 2009 mit einer neuen Zeitschrift eine neue Seite aufschlagen, aber wir greifen zu keinem anderen Buch. Unsere Leser und Leserinnen, Autorinnen und Autoren bitten wir, die neuen Seiten mit uns gemeinsam zu füllen, zu lesen und beides mit der Klugheit, dem Vergnügen, aber auch dem Anspruch, der Anstrengung und dem Schmerz, die das große Buch der Utopien und ihrer Verwirklichung uns bedeutet.

HEINZ VIETZE

Nachsatz

Dass etwas – eine Einrichtung, eine Institution oder auch ein Druck-erzeugnis – geschlossen oder abgewickelt wird, ist gerade für uns mit einer Ostbiografie keine neue, aber auch keine angenehme Erfahrung. Nun ist also die Reihe an der »UTOPIE kreativ«. Die Herausgeberin, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat per Vorstandsbeschluss am 10. Oktober entschieden, die Zeitschrift zum Ende des Jahres 2008, also mit diesem Heft, einzustellen. Im Laufe des folgenden Jahres soll eine neue Zeitschrift konzipiert und auf den Markt gebracht werden. Das Heft Nummer 1 von »UTOPIE kreativ« erschien im September 1990, Heft 218 wird mit hoher Wahrscheinlichkeit das letzte sein. Das ist für eine Zeitschrift nicht viel, für eine Gründung aus dem Jahr 1990 ist das aber auch nicht wenig. Das Erstaunliche ist also nicht, dass »UTOPIE kreativ« das Feld der geistig-politischen Kommunikation verlässt, das Erstaunliche ist eher, dass sie sich so lange hat halten können, dass sie vor allem die ersten Jahre überlebt hat. Unter den linken Zeitschriften in Deutschland war und ist sie diejenige, die aus ihrer Nähe erst zur PDS und dann zur Linkspartei nie einen Hehl gemacht und sich zugleich als pluralistisches linkes Publikationsprojekt profiliert hat.

Im Selbstverständnis ihrer Macherinnen und Macher – das meint Redaktion ebenso wie einen Großteil der Autorenschaft – bestand die Funktion der Zeitschrift darin, einen Beitrag zu leisten im geistig-politischen und im kulturellen Umfeld der LINKEN und der Linken in Deutschland insgesamt. Man kann darüber streiten, ob und in welchem Umfang sie dabei erfolgreich war. Auch geistig-politische Kommunikation kann nur wirksam werden, wenn es nicht nur einen Sender gibt, sondern auch die Empfänger eingeschaltet sind. Aber unstrittig sollte sein, dass eine solche Funktion notwendig ist und vielleicht sogar gebraucht wird.

Die politischen Landschaften sind permanent in Bewegung, das gilt global wie für die Europäische Union und die nationale Ebene. Eben sind die Präsidentschaftswahlen in den USA mit einem bemerkenswerten Ergebnis ausgegangen. Erstmals in der Geschichte wird ein Afroamerikaner Präsident sein. Wie sich dabei die Politik der USA gestalten wird, bleibt abzuwarten. Immerhin werden einige Akzente im Programm erkennbar. Sie betreffen zum einen die Wirtschaftspolitik und zum anderen den Krieg der USA im Irak. Wie kann sich ein aktives wirtschaftspolitisches Krisenmanagement der US-Administration auf die ökonomische Entwicklung im Lande und auf den internationalen Märkten auswirken? Wird es zu einem Rückzug der US-Truppen

aus dem Irak in den nächsten 16 Monaten kommen? Wie wird es mit Afghanistan weitergehen? Was werden die Konsequenzen für diese Länder und den gesamten Raum des Nahen und Mittleren Osten sein? Kündigt sich eine Abkehr der USA von ihrer selbsternannten Rolle als Weltpolizist und von dem militärischen Interventionismus an?

Allerorten ist die Rede von einer weltweiten Finanzkrise. Den internationalen neoliberalen Eliten ist die ach so geliebte Globalisierung aus dem Ruder gelaufen und in eine globale Finanzmarktkrise gesteuert. Diese Eliten, denen bisher das freie Spiel der Kräfte über alles ging, so jedenfalls ihre Ideologie, sind es jetzt, die nach Staatsinterventionismus rufen. Die Regierungen der kapitalistischen Metropolen sind ganz fix, um dem Finanzkapital mit Billionen unter die Arme zu greifen, in Deutschland allein sind dafür 500 Milliarden Euro bereitgestellt. Das Geld kann nur aus dem Staatshaushalt kommen, also aus den Steuern, die wir zahlen. Das ist eine enorme Steigerung der Umverteilung von unten nach oben. Als die Arbeitslosenzahlen anstiegen, wurde hingegen die Arbeitsförderung nicht ausgeweitet, sondern im Gegenteil heruntergefahren und schließlich fast ganz liquidiert. Eine ganz klare Klassenpolitik, die die bereits im Lande ausgeprägte soziale Ungerechtigkeit weiter verstärkt.

Und noch ein Beispiel: Es gilt offenbar als ausgemacht, bei der anstehenden Reform die Erbschaftssteuer deutlich zu senken. Erbschaftssteuer fällt nur an, wenn Eigentum von einer Generation auf die nächste übergeht. Die 90 Prozent Habenichtse in der Gesellschaft sind davon nicht betroffen, sie erben nichts und haben nichts zu vererben. Begünstigt werden die zehn Prozent Reichen im Lande, die ohnehin schon jede sich bietende Gelegenheit zur »Steuervermeidung« nutzen oder ihr Vermögen in »Steuerparadiesen« bunkern.

Es handelt sich um eine Auswahl von Vorgängen im politischen Raum, zu denen Analysen und Positionierungen aus gesellschaftskritischer Sicht nach wie vor gebraucht werden. Dies umso mehr, weil in der Gesellschaft die Spielräume und Wirkungsmöglichkeiten für linke Politik deutlich größer werden. »UTOPIE kreativ« wird dabei nicht mehr mitwirken können, andere werden sich diesen Aufgaben verstärkt widmen, so hoffe ich.

Es ist mir ein Bedürfnis, abschließend all jene zu nennen und ihnen zu danken, die mit ihren Leistungen die 218 Ausgaben der Zeitschrift ermöglicht haben: Helmut Steiner und Gunther Kohlmey als den Gründern, Hermann Klenner, der als Nestor der ostdeutschen Gesellschaftswissenschaften das Projekt immer konstruktiv-kritisch begleitet hat, und Ruth Adexel, Monika Noack, Ulla Plener, Marion Schütrumpf, Wolfram Adolphi, Ulrich Busch, Ronald Löttsch, Martin Schirdewan, Arnold Schölzel, Jörn Schütrumpf, die über längere oder kürzere Zeit die redaktionelle Arbeit geschultert haben, sowie Ruth Kampa als Verlegerin, Elke Sadzinski, die zuverlässige Setzerin, und Wolfgang Sabath, der regelmäßig die Festplatte beisteuerte. Die letzten acht Ausgaben seit Heft 211 hatte ich aus Gründen, die jetzt nicht erörtert zu werden brauchen, als Redakteur allein zu verantworten. Bedanken möchte ich mich bei Anja Laabs, Harry Adler, Thomas Falkner und Arndt Hopfmann, die mich dabei unterstützt haben.

Jetzt mache ich hier das Licht aus.

JOACHIM BISCHOFF

Notoperation Verstaatlichung

Verläufe und Lehren der globalen Krise der Finanzmärkte

Ein Ende der globalen Finanzkrise ist nicht in Sicht. Umgekehrt: Ein Jahr nach dem Platzen der Immobilien-Spekulation in den USA hat die Krise mit dem Zusammenbruch des Wallstreet-Regimes, der Kreditklemme im internationalen Bankensystem und der notgedrungenen Teilverstaatlichung etlicher Großbanken in den kapitalistischen Metropolen einen ersten Höhepunkt erreicht. Darauf folgend zeichnen sich Staatsbankrotte in Schwellenländern ab. Aber mehr noch: Was bis vor kurzem von den wirtschaftlich-politischen Eliten bestritten wurde, ist jetzt außer Zweifel: Die globale Finanzkrise wird begleitet von einer langwierigen Abschwächung der realen Wertschöpfung. Das kapitalistische Weltsystem wird durch die schwersten Turbulenzen seit der Weltwirtschaftskrise 1929 erschüttert¹.

Seit dem Herbst 2008 ist die globale Finanzkrise im Alltagsbewusstsein angekommen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach konstatierte Ende Oktober 2008: »Die Mehrheit der Bevölkerung ist angesichts der Nachrichten ratlos und verunsichert (...) die überwiegende Mehrheit (hat) das Gefühl, ihr fehle jegliche Urteilsbasis. 78 Prozent sind überzeugt, dass das Finanzsystem so undurchsichtig geworden ist, dass es sich dem Verständnis des Bürgers völlig entzieht.«² Diese Bewertung muss vor dem Lebensalltag des Großteils der Lohnabhängigen gesehen werden. Die Zukunftserwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind düster. Trotz wachsender Arbeitsbelastung nimmt die soziale Unsicherheit zu. Zahlreiche Untersuchungen der vergangenen Jahre belegen, dass immer mehr Menschen zunehmend unter Ängsten am Arbeitsplatz leiden. Am häufigsten wird dabei die Sorge um den Arbeitsplatz genannt, gefolgt von der Angst vor Krankheit und Unfall sowie der Angst, einen Fehler zu begehen. Ein Großteil erwartet, dass die Arbeitslosigkeit weiter anwachsen oder auf hohem Niveau stagnieren wird. Weit verbreitet ist die Einschätzung, dass die Schere der Einkommensverteilung weiter auseinander geht. Und zwei Drittel glauben, dass die Tendenz zur Ellbogengesellschaft sich verstärkt, dass der soziale Zusammenhang sich aufzulösen droht, dass »soziale Kälte« zunehmen wird. Weitaus die Mehrheit befürchtet die Entwicklung hin zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft und zur Deklassierung der Arbeitnehmer. Vor diesem Hintergrund entfalten die Hinweise auf die Gier des Managements als vermeintlich entscheidende Krisenursache ihre Wirksamkeit. Doch damit sind die Gründe für die Systemkrise nicht eingefangen.

Die komplementäre Seite zur offenkundigen Finanzkrise und offenkundiger Unkenntnis im Alltagsbewusstsein eines Großteils der

Joachim Bischoff –
Jg. 1944, Dr. rer. oec.,
Mitglied der Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik
Memorandum; Redakteur
der Zeitschrift Sozialismus.
Zahlreiche Publikationen zur
Politischen Ökonomie des
Kapitalismus, neu: Globale
Finanzkrise: Über Vermö-
gensblasen, Realökonomie
und die »neue Fesselung«
des Kapitals, Hamburg
2008. Zuletzt in UTOPIE
kreativ: Hat der Linkssozia-
lismus eine Zukunft?,
Heft 148 (Februar 2003).

1 Vgl. Joachim Bischoff:
Globale Finanzkrise. Über
Vermögensblasen, Real-
ökonomie und die »neue
Entfesselung« des Kapitals,
Hamburg 2008.

2 Renate Köcher: Wasser
auf die Mühlen der Linken,
in FAZ vom 22. Oktober
2008.

Bevölkerung sind die groß angelegten Notaktionen von Staat und Politik. In Rekordzeit wurden in den Parlamenten der entwickelten kapitalistischen Länder gigantisch große Rettungspakete durch gewunken. Auch für die meisten Parlamentarier dürfte gelten, dass sie nicht recht übersehen, welchen massiven Staatseingriffen sie dabei zugestimmt haben. Tendenzen zur Verselbständigung der Staatsapparate haben in der Krise Fahrt aufgenommen. Der Großteil der Bevölkerung macht seine Bewertung der staatlichen Interventionen davon abhängig, in welcher Weise die Rettungsmaßnahmen zu einer Zurückdrängung der Unsicherheit für die privaten Haushalte beitragen. Dabei gilt: Mit der (Teil-)Verstaatlichung von Finanzinstituten und massiven Kreditgarantien lässt sich ein weitgehender Zusammenbruch verhindern, aber mehr nicht.

Die globale Krise trifft nicht nur die Finanzmärkte und es geht auch nicht allein um die Bewältigung der sich anbahnenden Weltrezession. Es ist mehr zusammengebrochen: Die neoliberale Ideologie hat einen Vernunft- und Glückszusammenhang zwischen Individuum und Globalisierung versprochen, der nun mit dem Platzen der Vermögensblase auch ökonomisch am Ende ist. Es kann nicht mehr in Abrede gestellt werden, dass der entfesselte Kapitalismus sich durch seine eigene Logik diskreditiert hat. Dieses offenkundige Scheitern des säkularen Projekts der Entfesselung des Kapitals ist noch lange nicht verarbeitet.

Plötzlich werden die Fans der Marktsteuerung zu Regulierungsanhängern. Es geht aber um weit mehr als um Bankenaufsicht, einen TÜV für Finanzprodukte und ein paar Schranken für Kreditgeschäfte. Die zentrale Aufgabe besteht darin, die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie aufzuheben. Und um die sozialen Ängste aus dem Lebensalltag zu bannen, muss die Privatisierung und Absenkung der sozialen Sicherheit sowie die Prekarisierung der Arbeit rückgängig gemacht sowie die ausufernde Armut wachsender Teile der Bevölkerung bekämpft werden – öffentliche Aufgaben, zu deren Finanzierung alle Einkommensarten heranzuziehen sind.

Krisenketten

Die globale Finanzkrise hat die kapitalistische Gesellschaftsordnung in den Grundfesten erschüttert. In den USA summieren sich die diversen Notoperationen zur Rettung des Kredit- und Bankensystems sowie der Konjunktur der Realökonomie auf 1,7 Billionen Dollar. In der Größenordnung von rund 2 Billionen Euro haben die europäischen Länder auf die Systemkrise reagiert. Gleichwohl: Der Schwerpunkt der Notmaßnahmen liegt im Bereich der Stützung der Banken und des Kreditkreislaufes. Der eigentliche Kern der Krise liegt aber in den Not leidenden Hypothekenkrediten und mittlerweile bei den Konsumentendarlehen. Durch den anhaltenden Preisverfall bei Immobilien nicht nur in den USA sondern auch in europäischen Ländern mit einem übersteigerten Immobilienpreisniveau (Irland, Spanien, Großbritannien) weitet sich der Krankheitsherd noch aus. Neben den Hypothekarkrediten sind die privaten Haushalte auch durch Kreditkartenschulden und sonstige Raten- oder Konsumentenschulden extrem belastet (ca. 2,6 Billionen \$). Durch die Abschwächung der Realökonomie, d. h. rückläufigen

Investitionen, Abbau der Beschäftigung und Einbußen beim Einkommen der privaten Haushalte, spitzt sich die Entwicklung weiter zu. Die Schranken der Schuldenökonomie, Konsumzurückhaltung angesichts der ökonomischen Unsicherheit und die Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt sind die wichtigsten Faktoren einer einsetzenden Kontraktionsbewegung auf die Binnenökonomie. Aber der Ruf und teils das praktische Handeln nach staatlicher Intervention treffen auf einen verschlankten bürgerlichen Staat.

Die Staatsfrage

Eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft ist die Rolle des modernen bürgerlichen Staates. Das Mitglied des Sachverständigenrates Bofinger konstatiert: »Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends war keine gute Zeit für den deutschen Staat. Er hat einen im internationalen und historischen Vergleich einzigartigen Verlust an finanziellen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen erfahren. Diese Entwicklung geht einher mit einer wachsenden Entfremdung der Bürger von ihrem Staat, die sich in einer abnehmenden Wahlbeteiligung und schrumpfenden Mitgliederzahlen der Parteien ebenso äußert wie in einem immer stärker werdenden öffentlichen Ansehenverlust der Politiker.«³ Dem neoliberalen Ideal des Minimal- oder Marktstaats versucht die politische Linke im Rückgriff auf »europäische Sozialmodelle« eine modernisierte Staatsauffassung entgegenzusetzen, die einerseits den gegenwärtigen Transnationalisierungsprozessen wie auch dem sozialpolitischen Anspruch auf innergesellschaftliche Regulierung und Intervention Rechnung trägt. Dabei gilt: »Die Zukunft des Staates hängt, zumindest in Europa, an der Einsicht, dass der Staat des 20. Jahrhunderts, der nach außen und innen souveräne Nationalstaat, keine Zukunft mehr hat.«⁴ Dieser Kompetenzverlust des Nationalstaates ist unaufhaltsam, dennoch stellt der gegenwärtige kapitalistische Staat »kein Auslaufmodell« dar.

Im bürgerlichen Parteienspektrum gibt es widerstreitende Tendenzen: Einerseits gibt es nach wie vor eine solide Basis für den Versuch der Behauptung des Nationalstaats, auch um den Preis, dass erhebliche Abstriche an der sozialen Sicherheit und den öffentlichen Leistungen hingenommen werden müssen; andererseits vertreten die Neoliberalen eine konsequente Modernisierung, selbst wenn dabei die Auflösung der Nationalität herauskommt; ihr Ziel ist es, in Anschluss an die internationalen Finanzmärkte und die multinationalen Unternehmensnetzwerke einen schlanken Markt-Staat zu etablieren. »In the market-state becomes the economic arena replacing the factory. In the marketplace, men and women are consumers, not producers.«⁵ Der Marktstaat stützt sich auf eine Eigentümergesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger auf ökonomische Steuerung, Einkommensumverteilung und öffentlich organisierte sozial-kulturelle Dienste (Sicherheit, Bildung) verzichten, weil diese in Eigenregie gekauft werden können.

Die Sozialdemokraten werben für den »aktivierenden Staat«, bei dem noch offen ist, wie weit seine sozialpolitisch repressiven Züge reichen, ob er einer weiteren innergesellschaftlichen Demokratieentleerung gegensteuern kann und in welcher Weise er in kapitalisti-

3 Albert Scharenberg, Oliver Schmidtke: Das Ende der Politik, Münster 2003, S. 356.

4 Erhard Eppler: Auslaufmodell Staat?, Frankfurt/M. 2005, S. 211.

5 Philip Bobbit: The Shield of Achilles, Suffolk 2002, S. 230.

sche Akkumulationsstrukturen eingebunden ist. »Der Sozialstaat, wie wir ihn bislang kennen, wurde für die Wirklichkeit der national begrenzten Industriegesellschaft geschaffen, in der die Männer das Familieneinkommen erwirtschaften. Dieser Sozialstaat ist in erster Linie auf Transferleistungen ausgerichtet und verfolgt zu sehr nachsorgende Ziele. Er kümmert sich zu wenig darum, Krankheiten und Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel, Ausschluss und Armut von vornherein zu verhindern. Er investiert zu wenig in die soziale Infrastruktur und leistet keinen hinreichenden Beitrag, um die aktive Teilhabe der Menschen am Leben der Gesellschaft zu unterstützen. Er fördert die Menschen zu wenig und setzt Fehlanreize. Er ist gemessen an seinen Ergebnissen zu teuer, seine Finanzierungsbasis ist brüchig und ungerecht geworden.«⁶ Die modernisierte Sozialdemokratie will den postfordistischen Staat danach ausrichten, »den einzelnen Bürger zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen« (Peer Steinbrück).

Auch die politische Linke jenseits der Sozialdemokratie muss sich den realen Veränderungen auf der Ebene des Staates stellen. Hier dreht sich die Debatte vor allem darum, eine Positionsbestimmung links vom »neusozialdemokratisch« aktivierenden Staat vorzunehmen, die die nationalstaatliche Ebene als politische Arena nicht abschreibt und in der Re-Zivilisierung der Lohnarbeit und einer arbeitgesellschaftlichen Erneuerung sozialer Sicherheit emanzipatorische Perspektiven ausmacht. Einer solchen Sichtweise auf den kapitalistischen Staat werden von anderen linken Strömungen »Sozialstaatsnostalgie« und aussichtslose Revitalisierungsversuche in der Tradition eines Postkeynesianismus vorgehalten.

Die zurückliegende Staatsdebatte – in diesem Punkt folgen wir Leibfried – kann zugespitzt folgendermaßen zusammengefasst werden: »In den letzten 20 Jahren war es im politischen Spektrum links wie rechts geradezu Mode, das Ende des Staates zu behaupten – insbesondere des Sozialstaates (...) Seit einiger Zeit dringen indessen andere Töne durch. Der Staat kommt offensichtlich wieder in Mode.«⁷ In dieser Debatte entlang der Schlagworte »Ende des Nationalstaats«, »Marktstaat« und »Rückkehr des Staates« kommen wir nur weiter, wenn wir die Entstehung und Formveränderung des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft in den Prozess der Säkularisation einordnen.

Neoliberalismus: keine Dynamisierung der Kapitalakkumulation

In allen entwickelten kapitalistischen Ländern hat sich seit Mitte der 1970er Jahre ein gegenüber den früheren Nachkriegsjahrzehnten völlig verändertes Paradigma der gesellschaftlichen Entwicklung durchgesetzt. Zunächst ging es lange Zeit vor dem Hintergrund beträchtlicher Zuwachsraten des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, deutlicher Produktivitätsfortschritte und einer dynamischen Innovationskultur auch um höhere Zuwächse für die Arbeitseinkommen, kürzere Arbeitszeiten, Verlängerung des Jahresurlaubs und den Ausbau der sozialen Sicherheit für alle, also nicht nur die lohnabhängige Bevölkerung. Die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft oder des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus war: Durch die Dynamik der Kapitalakkumulation werden die Lohnabhängigen und die Sub-

6 Matthias Platzeck:
Ein besserer Sozialstaat,
Bonn 2006.

7 Stephan Leibfried: Rückkehr des Staates? In Blätter für Deutsche und Internationale Politik Heft 5, 2008, S. 79.

alternen in das System eingebunden. Die arbeitende Bevölkerung sicherte sich durch gewerkschaftliche Interessenvertretung und Beeinflussung politischer Kräfteverhältnisse eine mehr oder minder angemessene Beteiligung an der ausgeweiteten Produktion des gesellschaftlichen Reichtums.

In den 1970er Jahren geht dieser Entwicklungsabschnitt zu Ende. Über die Gründe existiert wenig Konsens. Die wichtigsten Faktoren sind: Abflachung der Akkumulations- und Wachstumsdynamik, Übergang in eine andauernde Krise des gesellschaftlichen Betriebsweise, Erosion der finanziellen und gesellschaftlichen Grundlagen der *mixed economy* und der sozialstaatlichen Regulation, Machtverschiebung innerhalb des Kapitalverhältnisses durch Transformation des Manager- in den Vermögens- oder Shareholderkapitalismus, Veränderungen innerhalb der internationalen Struktur.

Diese Veränderungen sind durch politische Akteure umgesetzt worden. Zu Beginn der 1980er Jahre wurde schrittweise in allen Hauptländern eine neoliberale Konzeption der Gesellschaftspolitik mehrheitsfähig. Ein sozialer Block unter politischer Führung von neoliberal »modernisierten« konservativen Parteien sorgte für eine enorme Zuspitzung der Verteilungauseinandersetzungen. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse hatten sich so verschoben, dass die ökonomischen und politischen Eliten alle Elemente des Status der Lohnarbeit (Einkommen, Arbeitszeit, tarifvertragliche Regelungen, soziale Sicherheit) zur Disposition stellen. In den letzten 25 Jahren wurde der Produktivitätsfortschritt zum größten Teil den Unternehmen überlassen in der Hoffnung, dass dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. Die Lohnzurückhaltung brachte jedoch ebenso wenig wie der stufenweise inszenierte Sozialabbau eine Trendwende. Vielmehr verstärkte sich der Verdrängungswettbewerb des Kapitals, und durch die einsetzende Abwärtsspirale radikalisierten sich die Vertreter neoliberaler Politik. Ihre Hegemonie wurde brüchig: Faktisch verharrten große Teile der Bevölkerung in Resignation bei wachsendem Vertrauensverlust in die gesellschaftlichen Institutionen und Formen demokratischer Willensbildung.

In der Krise die Tendenz zum Markt-Staat umkehren?

Wir hatten es weltweit zu tun mit einem qualitativen Wandel des Kapitalismus. Seit Jahren wuchsen die privaten Finanzvermögen schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Renditeziele wurden zum entscheidenden Bezugspunkt der Unternehmensentscheidungen. In diesen Zusammenhang ordnet sich die Krise des Steuerstaates, die Tendenz zur Privatisierung und die Explosion der öffentlichen Verschuldung ein. Also Transformation durch

- Internationalisierung
- Steuersenkung, Privatisierung, Rücknahme der sozialen Ausgleichungsbewegungen
- Entfremdung des Citoyen, daher Verselbständigungstendenz des politischen Systems bis hin zum autoritären Staat⁸.

Der von den Finanzmärkten bewirkte Akkumulationsmodus veränderte die Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft und die Verteilungsverhältnisse zwischen den Klassen. Die Ausrichtung am Shareholder Value und die dahinter steckende Begünstigung der

8 Vgl. Frank Deppe, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban: Notstand der Demokratie, Hamburg 2008.

leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen schlug sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote des Arbeitseinkommens nieder. Die weitreichendste Folge dieser Entwicklung war die Herausbildung einer gespaltenen Ökonomie – der Sektor von tariflich geregelten Normalarbeitsverhältnissen wird mehr und mehr unter Druck gesetzt durch den Bereich der ungeschützten, marginalisierten Arbeit, letztlich der Erwerbsverhältnisse in dem anwachsenden Sektor der informellen Ökonomie. Es bleibt allerdings nicht bei der Herausbildung einer neuartig zusammengesetzten »underclass«, sondern Einkommensverluste und Verschlechterungen des sozialen Status erfassen nach und nach die Mehrheit der Lohnabhängigen: »Wir haben es mit einer Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft zu tun, die wie eine Druckwelle vom Zentrum ausgehend die ganze Gesellschaft erfasst, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen«⁹ – soziale Spaltung, Funktionswandel der Öffentlichkeit (Sennett), Untergrabung des politischen Systems und wachsende Distanzierung und Gleichgültigkeit gegenüber Staatsbürgerrechten und deren aktiver Wahrnehmung.

9 Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz 2001, S. 17.

Der finanzmarktorientierte Akkumulationsmodus veränderte nicht minder grundsätzlich die über stattliche Ausgaben und Regulierung bestimmten Lebensverhältnisse, vor allem durch die rigorose Beschneidung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. »Der Privatisierungsdruck auf die öffentlichen Infrastrukturen und die sozialen Sicherungssysteme erwächst (...) einerseits aus der Profitgier anlagesuchenden Kapitals und andererseits – als dessen Spiegelbild – aus der Verarmung der öffentlichen Hand.«¹⁰ Ohne die politisch gewollte Tendenz zur Vertiefung der Fiskalkrise – einerseits Steuersenkungswettbewerb und Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen zulasten der Arbeitseinkommen, andererseits enorm akkumulierte öffentliche Schuldtitel – konnte für die Privatisierungstendenz keine politische Legitimität organisiert werden. Die neoliberale Politik versprach, durch Steuersenkungen – vor allem für die Unternehmer- und Vermögenseinkommen – die Akkumulationsdynamik zu revitalisieren; faktisch wurde damit der Weg in die Fiskalkrise der öffentlichen Institutionen vorangetrieben. Auf den so erzeugten »Sachzwang« wurde die radikale Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Unternehmen als Ausweg angeboten.

10 Brigitte Mahnkopf: Wider die Privatisierung öffentlicher Güter oder: Warum die soziale Demokratie das erste Opfer der Privatisierung wird, in: Die Privatisierung der Welt, Hamburg 2004, S. 83.

Die Erosion der finanziellen Fundamente der öffentlichen und Sozialkassen wurde durch eine Steuersenkungs- und Steuerverlagerungspolitik zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen verschärft. US-Präsident Reagan prägte Anfang der 1980er Jahre das Bild vom Staat als gieriger Bestie. Weil eine Regierung nicht die Abschaffung des Staates propagieren kann, sahen die Republikaner den entscheidenden Hebel zum Abdanken des Staates in sozialen Belangen in der Strategie des Budgetdefizits. »Starve the Beast« nannte Reagans Haushaltsplaner Stockman jene politische Option, mit der man versuchte, mit Steuersenkungen, Staatsverschuldung und der Betonung der Priorität des Militärs der Bestie des sozialen Staates Herr zu werden. Durch die bewusste Verschärfung der Fiskalkrise sollten die Möglichkeiten beschnitten werden, Sozialprogramme zu finanzieren und damit die Bürger zu entmündigen.

Diese Politik der Verschlingung des Staates ist mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengebrochen. Schlagartig wird die Rückkehr zur Intervention des Staates gefordert. Die eigentliche Herausforderung liegt darin, dass die schwere Kreditkrise der Auftakt zu einer harten Rezession ist. Für die politische Linke sind daran zwei Fragen gekoppelt: Ist die Wiederherstellung eines normalen Akkumulationsprozesses möglich, und können wir uns mit einer Wiederherstellung des bürgerlichen Akkumulationsprozesses zufrieden geben?

Verstaatlichung der Banken – Ende der Finanzkrise?

Mit Bürgschaften für Spareinlagen, Garantien für Kredite, die die Banken untereinander vergeben, staatliche Eigenkapitalbeteiligungen und neue Bilanzierungsregeln wollen die entwickelten kapitalistischen Länder die globale Finanzkrise niederringen. Sind dies die ersten Schritte zu einer neuen Finanzmarktarchitektur und gehört die Krise bald der Vergangenheit an? Die Vertreter der kritischen oder alternativen Ökonomie sind zu Recht skeptisch. Zwar ist eine groß angelegte Rettungsaktion für die Banken unverzichtbar. Aber jetzt werden mit enormen Summen Symptome bekämpft. Der Grund für die globale Finanzkrise liegt in der politisch beförderten Schuldenökonomie. Vor allem private Haushalte sind zu einer fahrlässigen Privatökonomie veranlasst worden – hinter den Not leidenden Kreditpaketen in den Finanzhäusern stehen Hypothekenkredite, Kreditkartenschulden, Automobil- oder anderweitige Konsumentenkredite sowie Studiendarlehen. Schließlich sollte die soziale Sicherheit aus dem Umverteilungssystem auf die Kapitalmärkte verlagert werden. Steuersenkungen und Privatisierung von sozialer Sicherheit waren wesentlich Treibsätze für die Vermögensblase. Wer hier grundlegend aufräumen will, muss die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die obsoleten Verhältnisse verändern.

Solange die Krisenherde nicht beseitigt sind, bleibt jede Rettungsaktion für die Finanzinstitute fragil. Außer einigen Konjunkturprogrammen in den USA (rund 170 Milliarden Dollar) und Japan (rund 13 Milliarden Euro) ist bislang wenig zu einer sozial verträglichen Rückführung der Schuldenökonomie der privaten Haushalte unternommen worden. Infolge des sich abzeichnenden Konjunkturabschwungs könnte sich die ökonomische Situation des Großteils der privaten Haushalte weiter verschlechtern. Soll die Finanzmarktkrise und die nachfolgende schwere Rezession dauerhaft bekämpft werden, müssten die Regierungen auch beträchtliches Geld in die Hand nehmen, um eine langwierige Schrumpfung des Wirtschaftsprozesses zu unterbinden. Dies muss aber von Beginn an mit einer Neuordnung der Steuerpolitik verbunden sein.

Es gibt durchaus Spielräume für international koordinierte nationale Anti-Krisenprogramme. Deutschland als die ökonomisch führende Macht in Europa hat dabei einen erheblichen Einfluss beispielsweise auf die Europäische Zentralbank, damit diese die Zinsen senkt. Gleichzeitig sollten die Regierungen daran gehen, die Banken zu prüfen und zu entscheiden, welche sie Bankrott gehen lassen und welche sie retten müssen. Wir brauchen ein System, in dem alle Finanzunternehmen ab einer bestimmten Größe den gleichen Vorschriften für das

Vorhalten von Eigenkapital und das zulässige Ausmaß der Verschuldung sowie Berichtspflichten unterliegen. Und diese Regeln müssen verbindlich sein und keine neuen Ausnahmen zulassen. Einige Länder brauchen ein Moratorium für Hypotheken- und Konsumentenkredite. Schließlich müssen wir zügig ein umfangreiches Programm für öffentliche Investitionen auflegen. All dies muss begleitet werden von einer Neuordnung der Verteilungsverhältnisse.

Die kurzfristige Expansion der Neuverschuldung müsste in eine Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte eingebunden werden. Eine Hauptursache für die relative Entkoppelung des Finanzsektors von der Realökonomie liegt eben auch daran, dass die Vermögenseinkommen und die Vermögenswerte völlig unzureichend zur Finanzierung von öffentlichen und sozialen Einkommen herangezogen wurden. Es reicht nicht aus, die Managergehälter zu beschränken. Wir brauchen in allen kapitalistischen Ländern – vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland – eine härtere Besteuerung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Von all diesen Aspekten einer Neuordnung des Finanzsektors ist in den Notprogrammen der Regierungen wenig zu finden. Nicht zuletzt wäre auch eine neue Weltwirtschafts- und Finanzordnung zu fordern, wie sie gegenwärtig unter dem Stichwort »Neues Bretton Woods«¹¹ benannt wird.

Die linken oder sozialistischen Alternativen müssen von den nationalen Besonderheiten ausgehen. Beispielsweise konstatieren selbst Politiker des bürgerlichen Lagers, dass sich die »Berliner Republik« auch von der EU-Kommission in eine gesellschaftspolitische Sackgasse hat hineintreiben lassen. Diese wollte auch das System der Sparkassen und Volksbanken der Kapitalmarktfreiheit unterwerfen. Deren Zerschlagung konnte verhindert werden. Gegenwärtig schieben die Bürgerinnen und Bürger hierzulande ihre Spareinlagen in dieses System um. Die Linke könnte dies befördern und – mit einigen begleitenden Maßnahmen – nicht nur für viele Bürgerinnen und Bürger eine wünschbare Sicherung ihrer Spareinlagen organisieren, sondern zugleich die Grundlage für eine Neuausrichtung des Kreditystems an den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen sowie regionaler Wirtschafts- und Einkommenskreisläufe schaffen.

Politischer Korridor in eine solidarische Ökonomie

Mit einem Maßnahmenbündel, das im Kern eine Veränderung der Verteilungsstrukturen zum Hebel für eine Veränderung des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses und eine planmäßige Veränderung der Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft macht, hatte bereits Keynes im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts für eine Strukturpolitik plädiert, die die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus der Stagnation, Depression und Deflation herausführt¹². Im Kern geht es dabei um folgende Komponenten einer den Fordismus überschreitenden Regulation:

1. Ausweitung des »sinnvollen« Konsums, Zurückdrängung der Sparquote, Ausweitung öffentlicher Investitionen;
2. Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen;
3. Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen.

11 Das Bretton-Woods-System, benannt nach der Konferenz von Bretton Woods, war ein Währungs- und Finanzsystem, das vom goldhinterlegten US-Dollar als Leitwährung bestimmt war. Die Bretton-Woods-Organisationen bzw. -Institutionen sind die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF). 1973 wurde die Golddeckung fallen gelassen. In den massiven Verschiebungen der aktuellen Währungsrelationen kündigt sich eine Neuordnung des überlieferten Systems an.

12 Vgl. John M. Keynes: Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (1928), in: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität; Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg 1998; John M. Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens (1918), zit. in: Joan Violet Robinson: Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt/M. 1968; Karl Georg Zinn: Die keynessche Alternative: Ökonomie und Moral jenseits des kapitalistischen Neofeudalismus, Hamburg 2008.

Sowohl die theoretische Analyse der Stagnation in reifen kapitalistischen Gesellschaften als auch das von Keynes skizzierte Maßnahmenbündel haben für die gegenwärtige gesellschaftliche Auseinandersetzung eine herausragende Bedeutung. Nach den Notplänen für den Finanzsektor und der Herausbildung einer Vollbeschäftigungskonstellation gilt es in die Verteilungsverhältnisse einzugreifen und durch Arbeitszeitverkürzung, Ausweitung sozial-kultureller Dienste und Förderung »sinnvollen« Konsums den Übergang in eine andere Ökonomie zu organisieren. Diese Alternative stellt weder eine »nostalgische« Rückkehr zum fordistischen Sozialstaat mit seinen bornierten Seiten dar noch bloßes Wunschdenken, sondern schließt an Entwicklungsergebnisse des Kapitalismus an. Die Machtverschiebung zugunsten der Vermögensbesitzer durch die neoliberale Deregulierung und Privatisierungspolitik muss korrigiert werden. Unter dem Stichwort »Euthanasie des Rentiers« hat Keynes eine Vision einer kapitalistischen Welt entwickelt, in der Kapitalinvestitionen nur noch eingeschränkte Möglichkeiten einer produktiven Verwendung haben. In einer Konstellation hoher Produktivität und damit des gesellschaftlichen Überschusses müssen wir die mentalen und politischen Hindernisse an der Beseitigung des funktionslosen Reichtums oder des leistungslosen Einkommens in das Zentrum der Kapitalismuskritik rücken.

Der entscheidende Punkt für das Engagement für einen Ausbau des öffentlichen Sektors ergibt sich aus der Notwendigkeit einer neuen Qualität der Programmierung der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie: Stopp der Kürzungen bei Sozial- und Arbeitseinkommen; Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Einführung einer höheren Besteuerung großer Erbschaften; realistische Immobilienbewertung und Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Mit der erzielten Verbesserung der öffentlichen Einnahmen werden öffentliche Investitionen, vor allem im kommunalen Bereich, finanziert. Durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm sorgt der Staat für Investitionen und Beschäftigung und ermöglicht damit Einkommen, die Sozialstaatstransfers erübrigen. Nach der Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation muss das Steuersystem also grundlegend erneuert werden. Alle Unternehmen müssen bezogen auf den Wertschöpfungsprozess angemessene Steuern bezahlen, die unter den Kommunen, Ländern und dem Nationalstaat nach den zu finanzierenden Aufgaben aufgeteilt werden. Darüber hinaus müssen von allen Einkommen je nach Leistungsfähigkeit Steuern zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben und Sozialabgaben erhoben werden.

Literatur

- Elmar Altwater: Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden, in: *Peripherie* 90/91, Münster 2003.
- Elmar Altwater: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2005.
- Joachim Bischoff: *Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die »neue Entfesselung« des Kapitals*, Hamburg 2008.
- Philip Bobbit: *The Shield of Achilles*, Suffolk 2002.
- Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Der säkularisierte Staat*, München 2008.
- Pierre Bourdieu u. a.: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997.
- Ulrich Brand: *Das World Wide Web des Anti-Neoliberalismus*, in: Albert Scharenberg, Oliver Schmidtke: *Das Ende der Politik*, Münster 2003.

- Ulrich Brand, Joachim Hirsch: Suchprozesse emanzipatorischer Politik, in: Das Argument 263.
 Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz 2001.
 Frank Deppe, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban: Notstand der Demokratie, Hamburg 2008.
 Erhard Eppler: Auslaufmodell Staat?, Frankfurt/M. 2005.
 Philipp Hersel: Das internationale Schuldenmanagement. Wenn Gläubiger globale öffentliche Güter pfänden, in: Achim Brunnenbräber (Hrsg.): Globale öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck, Münster 2003.
 Joachim Hirsch: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg 2005.
 Jörg Huffschild: Erdumfassend und porentief: die Privatisierung der Welt, in: Ders.: Die Privatisierung der Welt, Hamburg 2004.
 Bob Jessop: Kapitalismus, Regulation, Staat, Hamburg 2007.
 John M. Keynes: Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (1928), in: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg 1998.
 John M. Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens (1918), zit. in: Joan Violet Robinson: Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt/M. 1968.
 Renate Köcher: Wasser auf die Mühlen der Linken, in FAZ vom 22. Oktober 2008.
 Stephan Leibfried: Rückkehr des Staates? In Blätter für Deutsche und Internationale Politik Heft 5, 2008.
 Brigitte Mahnkopf: Wider die Privatisierung öffentlicher Güter oder: Warum die soziale Demokratie das erste Opfer der Privatisierung wird, in: Die Privatisierung der Welt, Hamburg 2004.
 Matthias Platzeck: Ein besserer Sozialstaat, Bonn 2006.
 Karl Heinz Roth: Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg 2005.
 Rainer Roth: Das Kartenhaus. Staatsverschuldung in Deutschland, Frankfurt/M. 1998.
 Albert Scharenberg, Oliver Schmidtke: Das Ende der Politik, Münster 2003.
 Karl Georg Zinn: Die keynesische Alternative: Ökonomie und Moral jenseits des kapitalistischen Neofeudalismus, Hamburg 2008.

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wir möchten uns an dieser Stelle bei Ihnen – den alten wie den jungen Leserinnen und Lesern – ganz herzlich für Ihre Treue, für Ihre Kritiken und Hinweise bedanken. Unser Dank gilt auch den vielen Bibliotheken, die uns bisher in ihrem Angebot haben, und bei den Nutzern, die unsere Texte nachgedruckt oder ins Internet gestellt haben.

Die Redaktion

MICHAEL R. KRÄTKE

Grundeinkommen, Waren und öffentlicher Sektor

Über den Zusammenhang von Grundeinkommen und Kapitalismus

Wie das Grundeinkommen seinen Charme verlor

Das Grundeinkommen war zu Anfang eine Skandalidee – seine Vorkämpfer in der Bundesrepublik der 1980er Jahre hatten die Idee zwar nicht erfunden, propagierten sie jedoch unter der Fahne der »Befreiung von falscher Arbeit«, Befreiung vom Arbeitszwang, Befreiung vom Vormund Sozialstaat. Dank solcher Debatten gewannen die Grünen den Ruf, eine radikal sozialreformerische Partei zu sein. Aber dem radikalen Projekt zum Umbau nicht nur des Sozialstaats, sondern gleich der ganzen bürgerlichen Gesellschaft wurden die Drachenzähne gezogen, sobald die Vordenker sahen, dass es sich durchaus in Übereinstimmung mit der herrschenden Denkweise bringen und als gut bürgerliche Sozialreform verkaufen ließ.¹ Richtig konzipiert und eingeführt, sollte es die Armutfallen vermeiden beziehungsweise aufheben und ganz entsprechend der Logik der positiven und negativen Arbeitsanreize funktionieren, so wie wir sie in den Arbeitsmarktschemata der Lehrbuchökonomie finden. Danach reagieren die »Arbeitsanbieter« auf höhere Arbeitseinkommen mit vermehrtem »Arbeitsangebot« und entziehen sich dem Arbeitsmarkt, wenn die Löhne zu niedrig werden; umgekehrt reagieren die »Arbeitgeber« auf zu hohe und steigende Löhne, indem sie die Beschäftigung reduzieren beziehungsweise das Ausmaß der Unterbeschäftigung erhöhen. Daher kann es bei »freiem Spiel« der Kräfte keine »unfreiwillige Arbeitslosigkeit« geben. Arbeitslosigkeit entsteht nur, weil die Leute zu hohe Löhne verlangen oder nicht arbeiten wollen; beides erlaubt ihnen der Sozialstaat, der sie übermäßig und alle Marktlogik konterkarierend schützt. Das ist zwar empirisch längst widerlegt, doch tut das dem ideologischen Gebrauchswert dieser pseudowissenschaftlichen Veranstaltung keinen Abbruch.² Es gibt kaum einen besseren Beweis für die ungebrochene Hegemonie dieses Kernstücks der herrschenden Lehre als die Anpassung der Idee eines Grundeinkommens an die Logik der »Anreizstruktur« des Arbeitsmarkts.

Damit verlor die ursprüngliche Idee ihren utopischen Charme und wurde der vermeintlichen »Strenge« konventionellen ökonomischen Denkens geopfert.³ Das Freiheitspathos einer zeitweilig wilden Idee wurde aufgegeben, um respektabel zu werden, das heißt Leuten zu gefallen, deren Horizont die bürgerliche Denktretmühle der angeblichen »Marktgesetze« nicht überstieg. Aus einem anti-kapitalistisch gemeinten Projekt wurde eine Reformidee, die dazu dienen soll, dem neoliberalen Projekt der Beschleunigung und Entfesselung aller

Michael R. Krätke – Jg. 1950, Ökonom, Soziologe und Politikwissenschaftler, ab Januar 2009 Professor für Soziologie und Politische Ökonomie und Direktor des Institute for Advanced Studies an der Universität Lancaster, Großbritannien; letzte Veröffentlichung: Kleine Geschichte der Weltwirtschaft: Staaten und Märkte, Hamburg 2007.

1 Selbst in den radikalsten Varianten wurde das Grundeinkommen als »kapitalistischer Weg zum Kommunismus« gepriesen – vgl. Philippe van Parijs/Robert van der Veen: *A Capitalist Road to Communism?*, in: *Theory and Society*, 15 (1986), S. 635, 655.

2 Jahrzehnte lang wurde die arbeitsmarktpolitische Debatte von der sogenannten Phillips-Kurve be-

herrscht, an der auch nichts stimmte, nicht einmal der Name ihres Erfinders. Jede andere Wissenschaft hätte ihre Reputation auf immer verspielt, nicht so die neoklassische Ökonomie, die davon lebt, dass die kapitalistische Ökonomie für alle Beteiligten ein Mysterium ist, dem sie mit simpelsten Metaphern beizukommen suchen. Das Ausmaß des ökonomischen Analphabetismus übertrifft das des naturwissenschaftlichen Analphabetismus bei weitem.

3 Ich meine natürlich nicht die mathematische Behandlung, die immer höchst simpel war und blieb. Die mathematische Behandlung beruht auf dem Dogma, der Arbeitsmarkt sei ein Markt wie jeder andere.

4 Für den kalkulierenden bürgerlichen Alltagsverstand dürfte bereits der Lohnsenkungseffekt, den ein Grundeinkommen ohne Einschränkungen unweigerlich haben muss, ein hinreichender Grund zur Begeisterung sein. Immerhin kommt nun der Staat nicht nur für die Fußkranken und Opfer des Arbeitsmarkts auf, sondern übernimmt auch freiwillig die elementaren Lebenshaltungskosten für alle Beschäftigten, insbesondere für die prekär Unterbeschäftigten. Dann braucht es nur noch eine intelligente Art der Finanzierung, vorzugsweise über Verbrauchssteuern, um dafür zu sorgen, dass die Proleten auch diese Form von verkümmelter Sozialstaatlichkeit selbst bezahlen müssen. Die Grundeinkommenskonzepte von rechts, aus dem bürgerlichen Lager, zeichnen sich daher auch alle – soweit ihre Autoren sich den Kopf über die Finanzierung zerbrechen – dadurch aus, dass sie eine

Märkte noch mehr Beine zu machen. Mittlerweile wird das Grundeinkommen von entschiedenem Gegnern des Sozialstaats propagiert. Das ist keineswegs ein Beleg für den Einfluss linker Sozialutopien als für die ungebrochene Kraft der Gegenreform, deren Protagonisten sich – im Namen der »Reform« – auch die Alternativen ihrer Gegner anzueignen verstehen.

Die neoliberalen Propagandisten des Grundeinkommens – von der FDP, über Götz Werner, Dieter Althaus zu Thomas Straubhaar – erwarten und erhoffen von einem Grundeinkommen vieles: Es soll zu flächendeckenden Lohnsenkungen in allen Branchen führen, den Niedriglohnsektor kräftig ausweiten und die Bundesrepublik (wie andere hoch entwickelte kapitalistische Länder) insgesamt zu einem Niedriglohnland machen, in dem der Staat für das Existenzminimum der Beschäftigten (und vor allem der wachsenden Zahl der prekär Unterbeschäftigten) aufkommt. Es soll zweitens eine umfassende Deregulierung des Arbeitsmarkts, vor allem den radikalen Abbau des Kündigungsschutzes ermöglichen, da ja jeder jederzeit durch das Grundeinkommen hinreichend abgesichert sei. Es soll drittens dem Abbau der sozialen Infrastruktur, die Privatisierung aller bislang noch öffentlichen Sozialleistungen (vom Erziehungs- bis zum Gesundheitswesen), die Auflösung aller Sozialversicherungen und die Übereignung der sozialen Sicherung an Banken, Versicherungen, Pensionsfonds – an die »Finanzmärkte« schlechthin – Tür und Tor öffnen. Damit würde sich dank des Grundeinkommens und anstelle des altmodischen Sozialstaats ein gigantischer Markt für die privaten Anbieter von Versicherungen und sonstigen finanziellen (und nicht finanziellen) Dienstleistungen auf tun. Und es soll viertens den Leuten endlich die richtige Verhaltensweisen auf dem Arbeitsmarkt beibringen, die »Anreizstruktur« verbessern, kollektives Handeln, Solidarverhalten erschweren, die wachsende Masse der Überflüssigen möglichst geräuschlos entsorgen.

Unausgesprochen steht dahinter der Wunsch, die wachsende Armut, die Verarmung der einst wohlhabenden »Mittelschichten« der mehr oder weniger gut (aus)gebildeten Arbeiter und Angestellten zu entschärfen – durch die Verwandlung der Armutsbevölkerung in einen besonderen Stand, die dank Grundeinkommen respektable »Unterklasse« der bürgerlichen Gesellschaft.

Folgt man der konventionellen Ökonomie, haben die meisten Wohlfahrtsstaaten ihre guten Bürger in den Fallen des Wohlfahrtsstaats gefangen. Dieser hat die Bürger ihrer Marktfreiheit beraubt – ohne seine Wohltaten ginge es ihnen besser. Eine gute, im Sinne der herrschenden Lehre der Ökonomie aufgeklärte Politik sollte die Leute daher vom Wohlfahrtsstaat befreien. Ökonomische ›Freiheit‹ besteht in nichts anderem als der totalen Unterwerfung unter die Imperative eines »freien« Arbeitsmarkts. Diesem Glauben entsprechend sind die ursprünglichen Grundeinkommenskonzepte fallen gelassen worden zugunsten scheinbar »pragmatischer« Konzepte, die dazu dienen sollen, die in die Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe eingebauten »Fallen« zu beseitigen.⁴ So gewendet, wurde die Idee des Grundeinkommens respektabel und fand Eingang in die Welt der offiziellen sozialpolitischen Diskurse und Reformideen.⁵

Ein Grundeinkommen passt nur unter zwei Bedingungen, daher in zwei Varianten in die Welt des real existierenden Kapitalismus: Entweder wird es an alle gezahlt und muss miserabel sein, wenigstens auf oder besser deutlich unter dem heutigen Armutsniveau festgesetzt sein (und bleiben), so dass für jeden ein dauerhaft wirksamer »Anreiz« entsteht, der öffentlich subventionierten Armut so rasch wie möglich wieder zu entkommen.⁶ Oder es darf nur an einige wenige gezahlt werden – zeitlich begrenzt und unter strengen Auflagen. Ein partielles, bedingtes Grundeinkommen (mit Kontrollen und Bedürftigkeitsprüfungen aller Art garniert) passt zur dominanten Logik der Anpassung an die Arbeitsmarktwänge. Nur in dieser Form erlaubt es eine Dosierung von Arbeits»anreizen«, ganz nach herrschender Denkweise. Die neoliberalen Befürworter wollen explizit nichts anderes als eine Verbesserung der »Anreizstruktur« und einen billigen, radikal verschlankten Sozialstaat, den konsequenten Abbau der gesamten sozialen Infrastruktur. Reformern, die dem nicht folgen wollen, bleibt nur eine erweiterte Grundsicherung – in der Hoffnung, damit dem Problem der wachsenden Armut in ihren diversen Formen (Kinderarmut, Altersarmut) beikommen zu können.⁷

Die einst radikalen Vertreter des Grundeinkommens bei den Grünen haben ihren Frieden mit den (kastrierten beziehungsweise neoliberal pervertierten) Kümmerversionen ihrer einstigen Idee längst gemacht. Wer noch an der radikal einfachen Form des bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommens als gleiches Bürgerrecht für alle festhält, findet sich im Lager der Systemgegner des Kapitalismus wieder. Wenn jeder dank Grundeinkommen eine reale ökonomische Alternative zum Arbeitsmarkt hat, mithin ein Recht auf »freiwillige Arbeitslosigkeit« und die Möglichkeit, sich dem Zwang zur permanenten Selbstvermarktung zu entziehen, wird der Warencharakter des Menschen beziehungsweise seiner Arbeitskraft, die wirkliche Grundlage der kapitalistischen Ökonomie, in Frage gestellt.⁸

Als Instrument der heutigen Arbeitsmarktpolitik eignet sich das universelle, bedingungslose Grundeinkommen nicht. Es hat nur einen Sinn, wenn es als Schritt und Teil eines ökonomischen Systemwechsels gedacht wird, als Anstoß und Grundlage zu einer Kulturrevolution, einer radikalen Veränderung von Verhalten und Denken der Bürger. Den Systemwechsel aber kann das Grundeinkommen allein nie und nimmer herbeiführen.⁹ Dazu braucht es schon einiges mehr. Um die neue ökonomische Freiheit zu realisieren, braucht es früher oder später weitere ökonomische Bürgerrechte – so das nicht minder wichtige Recht auf Kredit beziehungsweise das Recht auf Produktionsmittel.¹⁰

Grundeinkommen, Wohlfahrtsstaat und öffentliche Güter

Wohlfahrtsstaaten produzieren eine ganze Reihe von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, bieten sie an, und teilen sie zu. Das gilt generell, obwohl einige Wohlfahrtsstaaten deutlich mehr öffentliche Güter und Dienste als Sozialleistungen anbieten als andere. Für die meisten gilt nach wie vor, dass sie im Kern in der Tat Geldtransfermaschinen sind, die große Summen von Steuergeldern und Sozialbeiträgen einsammeln und umverteilen. Das öffentliche Ge-

finanzierung mittels Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer plus spezielle Verbrauchssteuern) der Finanzierung durch Einkommens- oder Vermögenssteuern bei weitem vorziehen.

5 Vgl. die Beiträge in Robert van der Veen/Luuk Groot (Hrsg.): *Basic Income on the Agenda*, Amsterdam 2000. In Deutschland stehen dafür Unternehmer wie Götz Werner, der für ein Grundeinkommen als Sozialstaatsersatz trommelt, oder konservative Think Tanks wie die Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich ebenfalls für marktkonforme Varianten des Grundeinkommens erwärmen und frühere Vorkämpfer einer radikalen Grundeinkommenskonzeption aus dem Lager der Grünen mit gut bezahlten Forschungsaufträgen zu ködern wissen. Inzwischen haben sogar führende CDU-Politiker wie der thüringische Ministerpräsident Althaus das Grundeinkommen als Universalheilmittel gegen den angeblich viel zu großen und viel zu großzügigen Sozialstaat für sich entdeckt – vgl. Götz Werner: *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen*, Stuttgart 2006; Dieter Althaus: *Das Solidarische Bürgergeld. Sicherheit und Freiheit ermöglichen Marktwirtschaft*, in: Michael Borchart (Hrsg.): *Das Solidarische Bürgergeld – Analysen einer Reformidee*, Stuttgart 2007, S. 1-12; Thomas Straubhaar/Ingrid Hohenleitner: *Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte*, Hamburg 2007.

6 Das hat auch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände klar gesehen, die in einem

ihrer jüngsten Kommentare zur deutschen Grundeinkommensdebatte anmerkt: Will man »negative Konsequenzen auf Wachstum und Beschäftigung« vermeiden, die infolge des steigenden Transfervolumens und der damit steigenden Steuer- und Abgabenlast eintreten müssten, könnte ein (finanzierbares) Grundeinkommen nur »so niedrig bemessen (sein), dass ein sozio-kulturelles Existenzminimum nicht mehr erreicht wird«. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Grundeinkommen: Radikalkur für den Sozialstaat?, in: Volkswirtschaftlicher Argumentendienst Nr. 56, Berlin, November 2006, S. 11.

7 Vgl. dazu den Vorschlag von Michael Opielka für eine »Grundeinkommensversicherung«, die nur eine Erweiterung der in der deutschen Sozialversicherung heute schon bestehenden bedarfsorientierten Grundversicherung (seit 2003 in der Gesetzlichen Rentenversicherung, seit 2005 in der Arbeitslosenversicherung – Arbeitslosengeld II/Hartz IV) darstellt – Michael Opielka: Die Idee einer Grundeinkommensversicherung, in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Hrsg.): Das Prinzip Bürgerversicherung. Die Zukunft im Sozialstaat, Wiesbaden 2005, S. 99-139.

8 Dies allerdings in einer schlecht abstrakten, utopischen Form, da das Grundeinkommen in dieser Form im real existierenden Kapitalismus nicht realisierbar und selbst als »Sozialismus in einer Klasse« nicht finanzierbar ist.

9 Das ist das Grundproblem aller Grundeinkommensprojekte mit erklärt an-

sundheitswesen mit all seinen Unterabteilungen ebenso wie das öffentliche Bildungswesen sind in der großen Mehrzahl der Wohlfahrtsstaaten die Sektoren, in denen in erster Linie persönliche Dienste (Unterricht, Behandlung von Krankheiten) geleistet und konsumiert, aber keine Geldeinkommen finanziert beziehungsweise umverteilt werden.¹¹ Wohlfahrtsstaaten mit einem großen öffentlichen Sektor sind ebenso sehr oder noch mehr mit der Produktion und Distribution von öffentlichen Gütern und Diensten befasst wie mit dem Transfer von Geldeinkommen. Grundeinkommenssysteme würden die Sozialpolitiker nicht arbeitslos machen, sondern auf ein neues Kerngeschäft verweisen: die Produktion und Distribution öffentlicher Güter und Dienstleistungen.¹² Bisher hat sich die Debatte um ein machbares Grundeinkommen auf die Auswirkungen konzentriert, die es auf die Systeme der sozialen Sicherung und ihre Finanzierung haben würde. Wer wird profitieren, wer wird gewinnen, wer wird verlieren und was beziehungsweise wie viel? Aber das ist eben nur ein Teil der Geschichte. Die Blindheit gegenüber den sozialen Infrastrukturen und den öffentlichen Gütern und Diensten, die ein Wohlfahrtsstaat zu produzieren, zu verteilen und zu garantieren hat, hat der Sache des Grundeinkommens nicht genützt.

Alle Grundeinkommenssysteme würden aber unweigerlich nicht nur die Transferseite, sondern wenigstens eben so sehr auch die nicht-monetäre Seite der öffentlichen Güter und Dienstleistungen im Wohlfahrtsstaat erheblich beeinflussen. Tatsächlich hängt die Wirksamkeit eines Grundeinkommenssystems im Wesentlichen davon ab, was mit den öffentlichen Gütern und Dienstleistungen geschieht, die jeder Wohlfahrtsstaat seinen Bürgern zu bieten hat beziehungsweise haben muss, will er seine Legitimation als Wohlfahrtsstaat nicht verlieren.

Die Standardökonomie behandelt die öffentlichen Güter ebenso wie ihr logisches Gegenstück, die privaten Güter oder Waren, als quasi-natürliche Kategorien, deren Unterschied in der »Natur der Dinge«, also in besonderen natürlichen oder technischen Eigenschaften der Dinge begründet liege, ganz gleich wo diese herkommen.¹³ Selbst wenn man solche Unterschiede finden und bestimmen kann – wie zum Beispiel den Unterschied zwischen Produktions- und Konsumtionsmitteln oder den Unterschied zwischen Basis- und Nicht-Basisprodukten – folgt daraus nichts für die Unterscheidung von Waren und Nicht-Waren beziehungsweise die Unterscheidung zwischen Waren und öffentlichen Gütern.

Die übliche Abgrenzung der öffentlichen Güter mit Hilfe von zwei Kriterien – den beiden angeblich natürlichen Gebrauchseigenschaften der Non-Rivalität und der Non-Exklusivität, taugt nicht dazu, natürliche und unveränderliche Grenzen der Warenform zu bestimmen.

Gemeint ist *erstens*, dass bestimmte Güter oder Dienste von vielen gleichzeitig benutzt oder konsumiert werden können, und zwar von beliebig vielen; und *zweitens*, dass niemand vom Gebrauch oder Mitgebrauch dieser Güter oder Dienste wirksam ausgeschlossen werden kann, so dass niemand gezwungen werden kann, sie im Austausch zu erwerben, bevor er sich ihren Gebrauchswert aneignen kann. Beide Kriterien sind höchst unscharf. Auch wenn kollektive

Konsumgüter von vielen gleichzeitig genutzt werden, sie können nie von allen gleichzeitig oder auch nur nacheinander genutzt werden. Irgendwann ist auch das größte Stadion oder Schwimmbad überfüllt, irgendwann stehen alle im Stau. Der freie Zugang zu kollektiven Konsum- oder Produktionsmitteln lässt sich effektiv versperren – das ist eine Frage des Aufwands und der Technik, nicht einer unveränderlichen Natureigenschaft. Die übliche Unterscheidung der Ökonomen zwischen »privaten« und »öffentlichen« Gütern ist daher nicht zu halten.¹⁴ In der Tat: Waren, materielle Güter und (nicht weniger materielle) Dienstleistungen, die von privaten Produzenten für den Austausch auf einem Markt produziert werden, die privat angeeignet und privat ausgetauscht werden können, sind soziale Konstrukte, keine »Dinge«, die sich in der Natur vorfinden ließen. Ihre Wareneigenschaft liegt nicht in der »Natur« oder der materiellen Gestalt oder dem spezifischen Gebrauchswert. Das gleiche gilt für die öffentlichen Güter.

Der Prozess, in dem Waren hervorgebracht werden, die »Kommodifizierung«, kann als ein sozialer Prozess zwischen Produzenten, Konsumenten, Kapitalbesitzern und sonstigen Marktakteuren analysiert und verstanden werden, ebenso wie seine notwendigen Pendanten, die Prozesse der »De-kommodifizierung« und der »Re-kommodifizierung«. In all diesen Prozessen, die in historischer Zeit ablaufen, spielt der Staat, spielt die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle.

Um diese Prozesse zu verstehen, muss man die Alternativen mitdenken. Analytisch gesprochen hat die Kategorie der »Ware« nicht nur einen Gegenpol – die »Nicht-Ware« –, sondern deren mehrere, zum mindesten vier; ergo ist nicht alles, was nicht zur Ware gemacht wird, unweigerlich ein öffentliches Gut und umgekehrt. Jede genaue Begriffsbestimmung der Ware – das heißt der Ware als einer analytischen Grundkategorie der politischen Ökonomie – bedarf erstens der *Produkte der Eigenarbeit* als Gegenstück ebenso wie zweitens der Kategorie der *Gemeingüter* (der Güter, die sich im Gemeinbesitz einer Gemeinschaft von Genossen befinden). Sie bedarf drittens der *Nicht-Waren* (der jeweils vom Austausch ausgeschlossenen Güter und Dienste beziehungsweise der blockierten oder gesperrten Austauschprozesse) wie sie viertens nicht ohne die Kategorie der *öffentlichen Güter* auskommen kann.¹⁵ Mit Hilfe dieser aufeinander bezogenen, analytischen Kategorien und der damit verbundenen Prozesse können wir miteinander zusammenhängende »umkämpfte Terrains« in der Welt des real existierenden Kapitalismus markieren; Terrains, auf denen die Kämpfe um die »Kommodifizierung« beziehungsweise die De-kommodifizierung in verschiedene Richtungen, zwischen verschiedenen Parteien und mit unterschiedlichem Ausgang ausgefochten werden. Welche Wirkung ein Grundeinkommen hat, hängt davon ab, was sich auf diesen umkämpften Terrains abspielt.

Grundeinkommen und öffentliche Sphäre

In allen kapitalistischen Ökonomien steht das hierarchische System der Märkte im Zentrum. Grundeinkommenssysteme setzen eine wohlgeordnete Welt der Märkte stillschweigend voraus, eine Welt, in der jedermanns Rechte als Käufer und Kunde gleichermaßen re-spektiert und garantiert werden. Eine Welt, in der sogar die Armen,

titkapitalistischer Ausrichtung: ohne eine gründliche sozialistische Transformation wird es nichts mit der neuen Freiheit, mit dem erhofften Wandel der Arbeits- und Lebensweise. Davon wollen die Befürworter des Grundeinkommens nichts wissen, die bewusst oder unbewusst als Alternative und Ersatz nicht nur des Sozialstaats, sondern gleich auch jeglicher Form von Sozialismus verstehen.

10 Vgl. Michael Opielka/Heidrun Stalb: Das garantierte Grundeinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht, in: Michael Opielka/Georg Vobruba (Hrsg.): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt/M. 1986, S. 81 f.

11 Das mag paradox erscheinen, da im Gesundheitswesen bekanntlich gewaltige Milliardensummen umgehen. Alle Krankenversicherungssysteme beruhen auf einer Sozialisierung der Krankheitskosten innerhalb der Gruppe der Versicherten, die möglich ist, solange nicht alle Versicherten gleichzeitig krank werden beziehungsweise gleichermaßen kostspielige Behandlungen brauchen. Ein funktionierendes Krankenversicherungssystem braucht daher die Solidarität zwischen den Versicherten mit niedrigem und denen mit hohem Krankheitsrisiko. Die Masse der »Kosten des Gesundheitswesens« bilden eben nicht die Krankengelder, die als Lohnersatzleistungen an die offiziell krank gemeldeten Lohnarbeiter ausgezahlt werden. Verantwortlich für die »Kostens- explosion« sind die Preise, die die Ärzte und Krankenhäuser, die Pharmaunternehmen und die

Unternehmen der medizinisch-technischen Industrie verlangen – sei es direkt von ihren Kunden, sei es indirekt von den Krankenversicherungen, die die zahlungsfähige Nachfrage der Versicherten in gewaltigen Geldpools bündeln. Im Fall der Krankenversicherung ist die »soziale Versicherung« unausweichlich, da ohne Versicherungspflicht (für die Versicherten) und Aufnahmepflicht (für die Kassen) zu viele Leute aus dem Gesundheitssystem ganz oder teilweise herausfallen; die Logik rein privater Versicherung führt unweigerlich zur Spaltung der Gesellschaft durch eine »Klassen-Medizin«. Die haben wir auch in einem gemischten System wie dem der Bundesrepublik. Nur ein vollständig öffentliches und steuerfinanziertes Gesundheitssystem könnte dem entgegen wirken.

12 Da mit einem Grundeinkommen für alle das Volumen der staatlich organisierten Geldtransfers ansteigen würde, kann man diesen Effekt leicht übersehen.

13 Vgl. dazu Elinor Ostrom/Vincent Ostrom: *Public Goods and Public Choices*, in: E. S. Savas (Hrsg.): *Alternatives for the Delivery of Public Services*, Boulder 1977, S. 7-49. In jedem gängigen Lehrbuch der Finanzwissenschaft wird das Konzept der öffentlichen Güter erläutert, das heißt die gängigen Kriterien werden – mehr oder weniger detailliert – kritiklos nachgebetet.

14 Vgl. Jesse Malkin/Aaron Wildavsky: *Why the Traditional Distinction between Public and Private Goods Should be Abandoned*, in:

die Leute, die vom Grundeinkommen allein leben müssen, ebenso fair behandelt, die gleiche Qualität von Gütern und Diensten bekommen und die gleichen fairen Preise zu zahlen hätten wie der reichste Kunde auf dem Markt. Das ist die Utopie des Marktes – als Reich der Freien und Gleichen. Nach wie vor der Einführung eines Grundeinkommens wäre es die Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass alle guten Bürger auf dem Markt tatsächlich die gleichen Rechte als Kunden, als Käufer und Konsumenten haben. Der angebliche Souverän des Marktes, seine Majestät der Kunde, braucht umso mehr Rechte, je weniger Kaufkraft oder private Marktmacht er einsetzen kann. Vor allem aber braucht der arme Bürger, auch der durch ein Bürgerrecht auf ein Grundeinkommen respektabel gemachte Arme, den Rückhalt im Gegenpol des Marktes – in der Welt des öffentlichen Reichtums, der öffentlichen und Gemeingüter, die jedem und jeder, unabhängig von der individuellen Kaufkraft offen stehen.

Denn wer mit einem Grundeinkommen allein in die Welt der Märkte geschickt wird, kommt darin nicht weit. Auch mit 750 oder 800 Euro pro Monat kann man in einer Marktökonomie nur dann auf bescheidenstem Niveau überleben, wenn die Preise (und die Qualität) der wichtigsten Lebensmittel (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Energie, Gesundheit) das erlauben. Offenbar ist so ein Grundeinkommen als Basis einer selbständigen Existenz in einer kapitalistischen Marktökonomie nur so viel wert, wie der Staat durch ständige Kontrolle und Eingriffe an Regulierung und Begrenzung der »freien Marktkonkurrenz«, insbesondere der »freien Preisgestaltung« durch die Marktanbieter, an Preisstabilität und garantierter Mindestqualität zustande bringt. Gelingt es dem Staat, die Marktmacht der privaten Produzenten der elementarsten Lebensmittel wirksam in Schach zu halten, dann haben auch diejenigen eine Chance auf bescheidenes Leben, die auf das Grundeinkommen (beziehungsweise die Grundsicherung) allein angewiesen sind.

Ergo: Ohne »politische Preise« für die wichtigsten Lebensmittel, ohne wirksame öffentliche Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion, des Wohnungsbaus und der Wohnungsvermietung, der Energieproduktion usw. kann ein Grundeinkommen (beziehungsweise eine Rente auf Grundsicherungsniveau) auch die bescheidene Existenz der respektablen »armen Bürger« nicht garantieren.

Um besser und gut zu leben, reicht das nicht. Dazu braucht es mehr, über die Domäne der Märkte hinaus. Für eine Strategie der Sozialstaatsreform spielt es keine Rolle, ob die Güter und Dienstleistungen, die im öffentlichen Sektor produziert werden, nun wahrhaft öffentliche Güter sind oder nicht. Auch wenn eine privatkapitalistische Produktion möglich wäre – entscheidend ist die Frage, ob diese Güter und Dienstleistungen tatsächlich für alle Bürger zugänglich und nützlich, das heißt aber vor allem brauchbar sind. Zumindest für die große Mehrheit der Bürger, die sich privaten Ersatz nicht leisten kann.

Dank der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung wissen wir, dass bisher noch alle Versuche, die realen Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum mit wohlfahrtsstaatlichen Mitteln zu reduzieren, am wohlbekannten Matthäus-Effekt zuschanden gekommen sind.¹⁶ Gemeint ist eine Struktur des ungleichen Zugangs zu und der

dauerhaft ungleichen Nutzung beziehungsweise der dauerhaft ungleichen Qualität der verfügbaren öffentlichen Güter und Dienste, zum Beispiel im öffentlichen Gesundheits- und im Erziehungswesen, im Wohnungswesen wie im öffentlichen Nahverkehr. Die Bevorzugung der Mittelklasse (Mittelklassen-Bias) sitzt tief in den Institutionen des öffentlichen Sektors, in seinen Formen und Praktiken, in stillschweigenden Selektionsmechanismen. Dies ist kein Wunder, werden doch die Institutionen des Wohlfahrtsstaats von Angehörigen der Mittelschichten (im Lohndienst zumeist) bemannt und verwaltet – und dies mit Blick auf den Geschmack und die Bedürfnisse eines Mittelklassepublikums, dessen Ansprüche und Erwartungen. Diese prägen folglich das öffentliche Bildungs- und Erziehungswesen, das Gesundheitswesen, die Gestaltung der öffentlichen (urbanen) Räume.¹⁷ Ein Grundeinkommen für alle würde diese tief verwurzelte Struktur der erweiterten und verstärkten Reproduktion sozialer Benachteiligungen und Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat in keiner Weise verändern, wenn nicht zugleich mit der Einführung eines Grundeinkommens auch eine ernsthafte Reform der öffentlichen Produktion und Distribution der öffentlichen Güter und Dienste stattfände. Wenn die notwendige Reform des öffentlichen Sektors nicht von vornherein auf der politischen Agenda steht oder ausbleibt, kann ein Grundeinkommen den willkommenen Anlass bieten, die gesamte soziale Infrastruktur eines Landes nachhaltig zu demolieren – angefangen bei den Sozialversicherungen und erst endend, wenn alles privatisiert worden ist, was die öffentlichen Hände bislang bewegt und getrieben haben.

Wenn das geschieht, stünden die respektablen Armen mit Grundeinkommen noch ärmer da als zuvor. Denn »privatisierte« öffentliche Leistungen kommen den Bürgern, zumal den nicht zahlungsfähigen, teurer zu stehen als jede noch so miserable Form der öffentlichen Güter- und Dienstleistungsproduktion.

Daher sollte jedes Grundeinkommenssystem, als Teil einer Reformstrategie, mit einer Strategie zum Wiederaufbau und zur Erweiterung der öffentlichen Räume gedacht und konzipiert werden. Nicht weniger, sondern mehr, nicht nur mehr, sondern vor allem bessere öffentliche Güter und Dienste, weniger vom Klassen-Bias geprägt oder möglicherweise sogar frei davon – daher eine erweiterte und gestärkte Mitsprache und Mitbestimmung derjenigen, die öffentliche Güter und Dienstleistungen tagtäglich brauchen und nutzen. Die soziale Infrastruktur, die Gesamtheit der öffentlichen Güter und Dienste, die dazu gehören, und die für die (Um)Verteilungseffekte im Sozialstaat ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger sind als die monetären Sozialtransfers, gehört auf die Reformagenda.

Um dem Matthäus-Effekt zu wehren, müssen öffentliche Güter und Dienste für die Ausgeschlossenen und Benachteiligten erst einmal wieder verfügbar und zugänglich gemacht werden. Eintrittsgelder, Fahrkarten, Gebühren und Abgaben sind klar eine Belastung und wirken abschreckend für die Armen; sie funktionieren als Mittel zur Rationierung und halten die ärmeren Bürger vom Gebrauch der öffentlichen Güter und Dienste ab beziehungsweise fern, vor allem von denen besserer Qualität.¹⁸ Deshalb werden heute schon in manchen Wohlfahrtsstaaten die Eintrittsgelder, Gebühren und Abgaben

Journal of Theoretical Politics, Vol. 3, No. 4 (1991), S. 355-378. Das soll allerdings nicht heißen, dass die – historisch veränderlichen – Grenzen der Warenproduktion beziehungsweise der Warenform überhaupt nicht zu bestimmen wären. Vgl. für die Kategorie der öffentlichen Güter als Gegenpol zur Ware: Michael R. Krätke: Kritik der Staatsfinanzen. Zur Politischen Ökonomie des Steuerstaats, Hamburg 1984, für die Kategorie der Nicht-Waren oder der vom Austausch ausgeschlossenen Güter – Ders.: Gewalt und Ökonomie. Die Halb- und Unterwelten des Weltmarkts, in: Klaus Ahlheim und andere: Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft, Hannover 2001, S. 34-78.

15 Ohne diese komplementären Begriffe bleibt der Begriff der »Ware« auch in der marxistischen Tradition eine schlecht »abstrakte Kategorie«. Da die Marxisten, insbesondere die Anhänger der »neuen Marx-Lektüre«, sich mit Vorliebe in falschen und schlechten Abstraktionen herumtreiben, stört sie das nicht. Sie meinen, die reale Welt der Märkte und Weltmärkte nach wie vor mit den allersempelsten Abstraktionen einfangen zu können – so als hätte Marx nie etwas anderes geschrieben als die ersten drei Kapitel des ersten Bandes des Kapital. Merke: Wer sich nur in den Anfangsgründen herumtreibt, bleibt stets ein Anfänger.

16 Der so genannte Matthäus-Effekt – nach dem Wort aus dem Matthäus-Evangelium »Denn wer da hat, dem wird gegeben wer-

den, dass er Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat« (Matthäus 25, 29) – wurde zuerst von Robert K. Merton 1968 in wissenschaftssoziologischen Überlegungen zur Reputationsbildung untersucht. Inzwischen ist dies Bibelzitat in vielen sozialwissenschaftlichen Disziplinen geläufig.

17 Vgl. Herman Deleeck/Johan Huybrechts/Beatrice Cantillon: Het Matteüeffect. De ongelijke verdeling van de sociale overheidsuitgaven in België, Antwerpen 1983; Herman Deleeck: Der Matthäuseffekt: Die ungleiche Verteilung der öffentlichen Sozialausgaben, in: Sozialer Fortschritt, 8. Jg. (1984), S. 173-182. Der 2002 verstorbene flämische Sozialwissenschaftler Herman Deleeck kann als der Begründer einer systematisch vergleichenden Sozialpolitikforschung gelten, die sich das Aufdecken der Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat zum Ziel gesetzt hat. Leider hat er wenig Nachfolger gefunden. Dabei sind die Resultate eindrucksvoll. Sie widerlegen die Mär, der Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat sei eine Maschine der Gleichmacherei. Entgegen der herrschenden Meinung, findet in den weitaus meisten Sozialstaaten keinerlei Umverteilung von »oben« nach »unten« statt, eher eine von »unten« nach »oben«, bei der die Mittelschichten profitieren. Die dominante Form der Umverteilung im Wohlfahrtsstaat war und ist eine zwischen den »Schichten« und »Gruppen« (zum Beispiel Altersgruppen, aber auch zwischen Kranken und Gesunden) innerhalb ein und derselben sozialen Klasse.

für einige Kategorien von Armen oder von Armutsrisiken Bedrohten (Rentner, Studenten, Kinder beziehungsweise Familien mit vielen Kindern, Alleinerziehende, Behinderte usw.) stark reduziert oder ganz aufgehoben. Das öffentliche Verkehrswesen, die öffentliche Erziehung und das Bildungswesen, das öffentliche Gesundheitswesen und die dazu gehörigen Dienste würden für die große Mehrzahl ihrer Klienten erheblich besser funktionieren ohne die Last (und die bürokratische Verschwendung), die mit der Erhebung von Gebühren und Abgaben, mit dem Eintreiben von Fahrgeld und dem Verkauf von Eintrittskarten einhergehen.

Als reales Einkommen gemessen, würde ein Grundeinkommen von 800 oder 900 Euro pro Monat sofort in die Höhe gehen, sobald diese vielfältigen fiskalischen Schikanen abgeschafft oder zumindest durch die Einführung von Sondertarifen und Sozialtickets für die Armen erleichtert würden. Mit jedem Schritt hin zu einer vollständigen Steuerfinanzierung im öffentlichen Sektor, mit jeder Erweiterung und Verbesserung des Angebots an öffentlichen Gütern und Diensten ohne Zugangsbeschränkungen und Rationierungen mittels Gebühren, Beiträgen, Eintrittsgeldern würde ein nominal gleichbleibendes Grundeinkommen real steigen.

Selbst die Freunde eines reduzierten und bedingten Grundeinkommens können und sollten dem zustimmen. Denn je weiter die Bandbreite, je reichhaltiger das Angebot an öffentlichen Gütern und Diensten, die gebühren- und beitragsfrei, ohne Eintrittsgelder, Fahrkarten oder sonstige Rationierungen für jedermann verfügbar sind, desto niedriger kann man das Niveau eines monetären Grundeinkommens ansetzen.

Ganz ähnlich mit Blick auf die Stabilität eines garantierten Grundeinkommens: Was die Garantie eines solchen kontinuierlichen Geldtransfers wert ist, erweist sich erst, wenn man die Entwicklung des realen Grundeinkommens, die Entwicklung seiner »Kaufkraft« in der Zeit betrachtet. Die ist aber von der Entwicklung der Preise auf vielen Märkten, vor allem auf den Märkten für »notwendige Lebensmittel« abhängig. Werden nun einige dieser »notwendigen Lebensmittel« dem Regime der Märkte ganz oder teilweise entzogen, werden die »notwendigen Lebensmittel«, die als Waren zum Kauf stehen, durch ein reiches Angebot an öffentlichen Gütern und Diensten ergänzt, zum Teil auch ersetzt, braucht man sich über das Niveau des Realeinkommens, das ein Grundeinkommen von gegebener oder gleichbleibender nominaler Höhe tatsächlich garantieren kann, weniger Sorgen zu machen. Unter der Bedingung natürlich, dass diese öffentlichen Güter und Dienste den guten Bürgern, wenigstens doch den offiziell »Armen«, tatsächlich gebühren- und beitragsfrei angeboten werden.

Deshalb bedingt die Einführung eines Grundeinkommens nicht nur eine Steuer- und Sozialversicherungsreform, sondern auch eine gründliche Reform des gesamten öffentlichen Sektors.

Ferner wären, mit Blick auf den Matthäus-Effekt, die Produktion und Distribution öffentlicher Güter und Dienste – wenigstens in den Schlüsselsektoren wie Erziehung und Bildung, Gesundheit und Wohnung – so zu reformieren, dass sie in der Tat die vorhandenen sozialen Ungleichheiten der Lebenschancen verringern und die

grundlegende »Autonomie« (Handlungs- und Entscheidungsfreiheit) für jeden – zumindest aber, und mit Vorrang, für die heute am stärksten benachteiligten Bürger vergrößern können. Ohne ein garantiertes »Recht auf Bildung und Ausbildung« ist ein garantiertes Grundeinkommen wenig wert und wird die Armutsghettos nicht öffnen.

Zu »de-kommodifizieren« wäre gleichfalls der freie Zugang zu Informations- und Kommunikationsnetzwerken aller Art, der heute schon fast ebenso wichtig ist wie der freie Zugang zu Schulen, Universitäten, Krankenhäusern und öffentlichen Transportmitteln. Da es die »sozialen Ausschließungen« sind, die uns im aktuellen »Kampf gegen die Armut« die größten Sorgen machen, kann genau das – die Herstellung realer Informations- und Kommunikationsfreiheit für alle – ein entscheidender Schritt sein. Die Informations- und Kommunikationsnetzwerke als Teil der öffentlichen Sphäre zu erhalten, die privaten Marktakteure, die sich dort tummeln, auf Abstand zu halten – das kann auf längere Sicht Bestandteil einer Strategie sein, die auf die »Sozialisierung der Märkte« und die Erweiterung der Sphäre ökonomischer Selbstverwaltung für alle Bürger abzielt.

Aber mit der Erweiterung der öffentlichen Domäne, mit der Ausbreitung des Feldes der öffentlichen Güter und Dienste ist es noch nicht getan. Die Wiederentdeckung und Wiedergewinnung der Gemeingüter, zumindest einiger Arten von Gemeingütern für einige »alte« und »neue« Kategorien und Gruppen von Gemeineigentümern, kann eine sinnvolle, ja notwendige Ergänzung zu dieser Strategie sein.

Dieser höchst wichtige Gesichtspunkt, bei dem es insbesondere darum geht, ökonomische Selbstverwaltung neu zu denken, muss freilich an anderer Stelle weiterverfolgt werden. Hier sei lediglich zusammenfassend festgehalten: »Linke« und »rechte« Strategien der Sozialstaatsreform unterscheiden sich nicht in erster Linie durch die vorgeschlagene Höhe eines Grundeinkommens. Sie unterscheiden sich durch die Finanzierung (mittels Einkommens- und Vermögenssteuern oder mittels Verbrauchssteuern). Sie unterscheiden sich aber vor allem durch die Verbindung mit einer Strategie der Erweiterung beziehungsweise des Abbruchs des öffentlichen Sektors und insbesondere der sozialen Infrastruktur.

Eine »linke« Grundeinkommensstrategie gibt sich mit dem Bürgerstatus für respektabel gemachte Arme nicht zufrieden und zielt auf einen anderen Wohlfahrtsstaat. Einen Wohlfahrtsstaat, der seinen Bürgern nicht nur stabile (inflationbeständige) und kontinuierliche Einkommenstransfers garantiert, sondern vor allem ein zuverlässiges und reichhaltiges Angebot an öffentlichen Gütern und Diensten. Darüber hinaus ermöglicht ein solcher Wohlfahrtsstaat eine Vielzahl von Gemeingütern und -diensten, die jeweils besonderen Gruppen von Genossen zugute kämen. Ein solcher Wohlfahrtsstaat kann leicht auf viele der Plagen verzichten, die den guten Bürgern das Leben im neoliberal »reformierten« Sozialstaat der Gegenwart zur Qual machen: Die ständig wachsende Zahl von ständig steigenden Gebühren, Beiträgen, Eintrittsgeldern, die ständig wachsende Zahl der Bürokratien, der privaten wie der öffentlichen, das ständig wachsende Chaos der organisierten Unverantwortlichkeiten, die sich

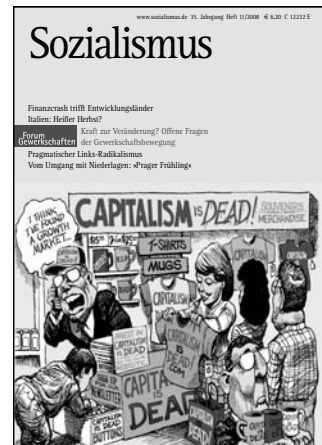
18 Wegen der wachsenden Zahl und Höhe der Gebühren, Beiträge und Umlagen, die heute von allen Bürgern in den entwickelten (wie den »unterentwickelten«) Ländern für eine wachsende Zahl von eigentlich öffentlichen Gütern und Diensten verlangt werden, gibt die offizielle Steuerquote nur ein sehr unzulängliches Bild von der tatsächlichen finanziellen Belastung der Bürger. Die Abgabenquote, in der auch Gebühren und Beiträge zum Teil mit enthalten sind, bietet da ein weit besseres Bild. Für die schiefe und stets ungleiche Verteilung der Abgabenlasten spielen die Gebühren und Beiträge und sonstigen Eintrittsgelder (neben ihrem Rationierungseffekt) eine zentrale Rolle. Sie werden in der Regel nicht nach Zahlungsfähigkeit differenziert, sondern sind für alle gleich. Bezieht man sie ein, zeigt sich, dass die tatsächliche Verteilung der gesamten öffentlichen Lasten sehr viel regressiver ausfällt, als das bei einer Betrachtung der Steuerlastverteilung allein heraus kommt. Allerdings beginnt der »Gebühren- und Abgabenstaat« erst zu blühen, wenn die Neoliberalen an die Macht kommen und anfangen, den Staat und den gesamten öffentlichen Sektor nach »Marktlogik« umzumodeln. Gemäß der neuen Herrschaftsideologie wird versucht, jede beliebige staatliche Leistung zu »rationieren« und mit Preisen zu versehen. Merke: Überall, wo Neoliberale an die Macht kommen, werden die öffentlichen Güter und Dienste knapp, schlecht und teuer, wird das Geldeintreiben (vulgo: die Abzockerei) auf allen Ebenen perfektioniert. Da im ideologischen Weltbild der Neoliberalen

Werte nicht vorkommen, gilt ihnen nur etwas, was einen Preis hat. Wo der nicht ist, wird er künstlich eingeführt, ebenso wie der allein seligmachende »Wettbewerb«.

stets rat- und machtlosere Behörden mit privaten Anbietern, die niemand Rechenschaft schulden, zu teilen haben.

Es liegt auf der Hand, dass ein Grundeinkommen ohne eine stabile und hinreichend differenzierte soziale Infrastruktur nicht bestehen kann. Die Einkommensarmen brauchen den öffentlichen Sektor, sie brauchen bessere und mehr öffentliche Dienste, eine Erweiterung der öffentlichen Domäne in viele Richtungen. Daher sollten sich die Befürworter eines Grundeinkommens – ganz gleich in welcher abgespeckten, pragmatisch reduzierten Form – schon ein paar Gedanken über die Zukunft des öffentlichen Sektors machen; oder den Kampf aufgeben und sich mit der »rechten« Variante, einer miserablen Form der Armut, symbolisch zum Bürgerrecht aufgewertet, zufrieden geben.

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Erdbeben in Bayern und Österreich | Joachim Bischoff/Richard Detje: Ende des Wallstreet-Dollar-Regimes | Redaktion Sozialismus: SPD – »Heißes Herz und »Klare Kante« | Ernst Bienert: Alternativen für die Herstellung einer solidarischen Rentenversicherung

Richard Detje/Otto König: Konfliktlagen in der Metall- und Elektroindustrie | Michael Wendt: Fallstricke der Tarifpolitik Klaus Dräger: Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie

Guenther Sandleben: Geld und Wert bei Michael Heinrich | Fritz Fiehler: Über die Manuskripte zum »Zweiten Buch des Kapitals« | Richard Lauenstein: Rechten Meinungsmachern nicht das Feld überlassen!

Supplement: Ingar Solty, Das Obama-Projekt. Krise und charismatische Herrschaft

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

RALPH GRAF

Der wiederkehrende Traum von der Vollbeschäftigung

Die SPD-Spitze hält Vollbeschäftigung für möglich

Der (damalige) SPD-Vorsitzende Kurt Beck und sein Vize Außenminister Walter Steinmeier haben im Frühjahr dieses Jahres ein Papier verfasst, in dem explizit das Ende der Arbeitslosigkeit für möglich gehalten wird. »Wir wollen die Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen – wir wollen sie besiegen. Unser Ziel für das nächste Jahrzehnt ist: Vollbeschäftigung in Deutschland zu guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen. Und wir wollen nicht nur, dass jeder Mensch in unserem Lande gute Aussichten hat, Arbeit zu finden, sondern auch die realistische Chance auf seinen sozialen Aufstieg erhält. Wir sind überzeugt, dass wir dieses Ziel mittel- und langfristig erreichen können. Mit einer Politik, die entschlossen auf Innovation und Wachstum setzt, die konsequent die Chancen der Globalisierung nutzt und im Binnenmarkt neue Dienstleistungen fördert« (Beck/Steinmeier 2008). Durch den Beschäftigungsaufschwung der letzten Jahre fühlen sich die führenden Sozialdemokraten ermutigt, eine hoffnungsfrohe Botschaft zu senden. Seht her, »wir (haben) die Wende zum Besseren geschafft« (Beck/Steinmeier 2008) die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist der Erfolg unserer Politik, wir sind auf dem richtigen Weg.

Der SPD-Spitze geht es zunächst einmal um die programmatische Profilierung und Kompetenzbehauptung auf dem Feld der Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Sie will zudem ein positives und mobilisierendes Signal für ihre noch verbliebenen Anhänger und potenziellen Wähler senden. Und mit ihrer Forderung nach Mindestlöhnen versucht die SPD, auch wieder für einfache Arbeiter attraktiv zu werden. Statt der Zumutung stets neuer Sparrunden (zwecks Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushalts) und Einstimmung auf harte Zeiten nähren Beck und Steinmeier die Hoffnung auf künftige Beschäftigungschancen und Einkommenszuwächse auch für diejenigen, die bislang wenig oder gar nicht vom Aufschwung profitierten. Und das sind bekanntlich nicht wenige. Vor allem aber verunsichert die nicht unberechtigte Angst vor dem Absturz die sogenannten Leistungsträger in den Mittelschichten. Jüngst hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf die Auszehrung der sozialen Mitte hingewiesen. Daraus resultieren nicht nur lähmende Zukunftsängste, sondern auch eine Legitimationskrise demokratischer Institutionen. In der großen Koalition leidet insbesondere die SPD unter einem rapiden Ansehensverlust. Anhaltender Mitgliederschwund und miserable Umfragewerte machen den So-

Ralph Graf – Jg. 1957; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Schwerpunkt Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Krise der Staatsfinanzen, Heft 69/70 (Juli/August 1996).

zialdemokraten arg zu schaffen. Aus diesem Tal wird die SPD nur wieder aufsteigen, wenn es ihr gelingt, ein glaubwürdiges und überzeugendes Politikkonzept zu entwickeln. Allgemeine Zuversicht zu propagieren und Leerformeln, wie »Arbeit für alle«, reichen sicher nicht aus. Es muss auch deutlich werden, welchen Weg die SPD gehen will, um die Beschäftigungschancen zu erhöhen und »gute Arbeit« zu fördern, also Arbeit, die qualifiziert, auskömmlich und nicht auszehrend ist. Beck und Steinmeier wähen ihre SPD auf dem richtigen Weg. Doch ist der Reformpfad, den die Regierung Schröder eingeschlagen hat, und den Beck und Steinmeier nicht verlassen wollen, zielführend? Kann es auf diesem Weg wirklich gelingen, »Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen« und »Vollbeschäftigung zu guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen« (Beck/Steinmeier 2008) zu erreichen?

Die Agenda 2010: eine Erfolgsgeschichte?

In der Tat hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im jüngsten Konjunkturaufschwung spürbar entspannt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im Jahr 2007 gegenüber 2006 um 700 000 auf 3,8 Millionen gesunken. Die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in Prozent aller abhängig beschäftigten Erwerbspersonen), die 2005 einen Höchststand von 13 Prozent erreichte, verringerte sich auf 12 Prozent in 2006 und auf 10,1 Prozent in 2007 (siehe Tabelle). Auch der Wirtschaftsforscher Hans-Werner Sinn führt diese positive Beschäftigungsentwicklung auf die Agenda 2010 zurück. »Die Agenda hat den deutschen Mindestlohn durch zwei Maßnahmen verringert: Erstens wurde die Arbeitslosenhilfe gestrichen und zweitens ein Lohnzuschussystem eingeführt, die Aufstockung bei Hartz IV. Beides hat die Lohnansprüche gesenkt. Je mehr Zuschuss man vom Staat kriegt, desto kleiner kann der Lohn sein. Als Folge dieser Reformen entstand ein Niedriglohnsektor. Und deshalb ist erstmals seit 1970 vom einen zum anderen Aufschwung die westdeutsche Sockelarbeitslosigkeit nicht um 800 000 gestiegen, sondern um 300 000 gesunken. Das macht in der Summe eine Verbesserung von 1,1 Millionen Stellen wegen der Agenda 2010. Diese Trendumkehr ist ein Riesenerfolg« (Sinn 2008, S. 82). Freilich verdankt sich diese »Erfolgsgeschichte«, darauf verweist Hans-Werner Sinn explizit, der Ausweitung eines Niedriglohnsektors. Mit ihren Arbeitsmarktreformen hat die Regierung Schröder/Fischer diesen Sektor kräftig stimuliert. Der Zwang zur Annahme jeder Arbeit, Niedrigstlöhne und die Aufweichung des Tarifschutzes durch prekäre Beschäftigungsformen sind der Preis für vermeintlich neue, zusätzliche Beschäftigungschancen. Die Beschäftigungsgewinne im jüngsten Aufschwung verdanken sich nicht zuletzt der boomenden Zeitarbeitsbranche.

Die These, mit Leiharbeit zusätzliche Beschäftigung schaffen zu können, darf allerdings bezweifelt werden. »Mit der Bilanz des Arbeitsmarktes lässt sich die Behauptung der Verleiher jedenfalls nicht belegen. So sind zwar während des laufenden Aufschwungs in den drei Jahren bis Ende 2007 rund 650 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zusätzlich entstanden. Doch das war während der vorherigen Wachstumsperiode in den Jahren 1998 bis 2001 genauso. Damals entstanden bei gleichem Wachstumstempo binnen drei Jah-

ren sogar 30 000 Jobs mehr, und das weitgehend ohne Zutun der Zeitarbeits-Anbieter« (Schumann 2008). Dass die Zeitarbeitsbranche binnen weniger Jahre einen solchen Bedeutungszuwachs erzielen konnte, ist das Resultat der Reform des Gesetzes zur Arbeitnehmerüberlassung, mit der die rot-grüne Bundesregierung »ab 2004 die bis dahin geltenden Beschränkungen weitgehend aufhob. Seitdem ist nicht nur das Vermieten von Arbeitnehmern ohne jede zeitliche Frist erlaubt. Zugleich wurde es den Verleihern freigestellt, Mitarbeiter auch nur für einen einzelnen Einsatz in einem Unternehmen anzuheuern und anschließend wieder zu entlassen. Vor allem diese Aufhebung des so genannten Synchronisationsverbots öffnete den Verleihern alle Schleusen. Sie können je nach Auftragslage einstellen und wieder entlassen« (Schumann 2008). Diese Flexibilisierung des Arbeitsmarktes geht eindeutig zu Lasten der Leiharbeiter, die nicht nur eine größere Beschäftigungsunsicherheit erdulden müssen, sondern zudem auch noch schlechter bezahlt werden als ihre regulär beschäftigten Kolleginnen mit gleichem Tätigkeitsprofil. Zahlreiche Unternehmen dünne ihre Stammbesetzung aus und greifen verstärkt auf Leiharbeiter zurück, was einen Verdrängungseffekt regulärer Arbeit durch Leiharbeit indiziert. So verschärft der Boom der Zeitarbeitsbranche die Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt, ein kaum geschützter Niedriglohnssektor wird gefördert, doch die Rechtfertigung, gerade dadurch zusätzliche Beschäftigungsgewinne erzielt zu haben, überzeugt nicht.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist im Wesentlichen konjunkturell bedingt. Die Hartz-Reformen erweisen sich vielmehr als Programm zur Arbeitsumverteilung, freilich in einer höchst unsolidarischen Form. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Ein-Euro-Jobs, prekäre Selbstständigkeit und Leiharbeit verteilen das insgesamt kaum gestiegene Arbeitsvolumen auf mehr Köpfe um, die Erwerbstätigkeit steigt (siehe Tabelle). Da diese teilweise recht fragwürdigen und prekären Erwerbsformen gleichermaßen wie ein tarifgeschützter Vollzeitarbeitsplatz als Beschäftigung gelten, wird damit zugleich die Arbeitslosenstatistik erheblich bereinigt. Die »Erfolge« auf dem Arbeitsmarkt zeitigen also nicht nur problematische Resultate, sie sind auch quantitativ keineswegs so spektakulär wie von interessierter Seite immer wieder verkündet wird. Damit stehen freilich auch die Politikempfehlungen des Mainstreams der ökonomischen Zunft auf dem Prüfstand.

Die radikalen Strukturreformer des Arbeitsmarktes

Hans Werner Sinn, einer der einflussreichsten Ökonomen in Deutschland, macht institutionelle Verkrustungen des Arbeitsmarktes bzw. zu hohe Löhne im unteren Einkommensegment für eine unzureichende Nachfrage nach Arbeitskräften verantwortlich. »Wie viel Arbeit vorhanden ist, hängt von den Lohnstrukturen in einer Gesellschaft ab. Je niedriger der Lohn, desto mehr Arbeit ist da. Man kann den Jobkuchen größer machen, wenn man den Lohn für einfache Arbeit senkt« (Sinn 2006). Folgt man der neoliberalen Theorie, ist ein Angebotsüberschuss auf dem Arbeitsmarkt gleichbedeutend mit zu hohen Preisen (Löhnen), ergo muss der Preis für die Ware Arbeitskraft sinken, und zwar bis auf ein markträumendes Niveau, bei dem schließlich Angebot und Nachfrage zum Ausgleich kommen. Demnach verursachen

Im Jahr 2007 wurden in der Gruppe der ALG I-Bezieher 225 000 Personen, die älter als 58 Jahre sind (»58-Regelung«), 25 000 in Trainingsmaßnahmen, 26 000 »arbeitsunfähig Erkrankte« und 16 000 »vermindert Leistungsfähige« offiziell nicht als arbeitslos registriert. In der Gruppe der ALG-II-Bezieher waren dies 418 000 Personen mit Ein-Euro-Jobs beziehungsweise in Qualifizierungsmaßnahmen, 484 000 Personen unter 20 Jahren, 312 000 über 58 Jahren (Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP, Bundestagsdrucksache 16/8 458). Insgesamt wurden somit 1 506 000 Menschen, die zweifellos als arbeitslos zu betrachten sind, nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst.

alle politischen Maßnahmen und rechtlichen Regelungen, die Lohnspreizung beziehungsweise -flexibilität (nach unten) begrenzen, eine Verfestigung oder gar Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Das sozialpolitisch und moralisch redliche Motiv, gegenüber dem grenzenlosen Exploitationsinteresse des Kapitals Sperrzonen zu errichten, erweist sich nach liberaler Lesart somit weniger als Segen denn als Fluch, zumindest für Geringqualifizierte und für die dauerhaft vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten. Die neoliberalen Reformer können zudem auf einen populären Sachverhalt verweisen, der ihren Reformvorschlägen Überzeugungskraft verleiht: Im Zuge der Globalisierung habe sich der internationale Standortwettbewerb derart verschärft, dass Beschäftigungsgewinne hierzulande nurmehr erzielt werden könnten, wenn der Lohnkonkurrenz aus Niedriglohnländern Rechnung getragen werde, also Individual- und Soziallöhne gesenkt werden.

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Zeiten der Globalisierung

In der Tat haben die Entgrenzung der Märkte und die Durchsetzung eines »finanzmarktgetriebenen Kapitalismus« die Bedingungen für wirtschaftliches und politisches Handeln grundlegend geändert. Durch die Konkurrenz der Standorte um anlagesuchendes Kapital lässt sich die Politik zunehmend am Gängelband renditehungriger Investoren führen. Die neoliberale Politik der Deregulierung, Privatisierung und Steuersenkungen auf Kapitalgewinne sollte nicht nur eine neue wirtschaftliche Dynamik einleiten, sondern angesichts verschärfter Weltmarktkonkurrenz auch Standortsicherung gewährleisten. In der Logik dieser Politik liegt aber nicht nur eine politische Selbstentmachtung, sondern auch ein »race to the bottom«, da jede Lohn- oder Steuersenkung zwecks Verbesserung der Profitabilität an einem Standort, eine entsprechende Anpassung und Reaktion konkurrierender Standorte zur Folge hat. In diesem Unterbietungswettbewerb stehen in letzter Konsequenz angemessene Entlohnung und sozialstaatliche Errungenschaften zur Disposition. Der rohe kapitalistische Geist, den die Politik vorsätzlich aus der Flasche entweichen ließ, lässt sich nun nicht mehr bändigen. Jedenfalls nicht mehr im nationalen Alleingang, wie auch viele Kritiker der Globalisierung vermuten. Allenfalls mit vereinten transnationalen politischen Kräften könne das Primat der Politik wieder hergestellt werden.

Die Kritik der Neo-Keynesianer

Neo-Keynesianisch orientierte Ökonomen halten die behauptete Ohnmacht nationalstaatlicher Politik für eine Schimäre. Vor allem aber kritisieren sie die neoliberale Gleichsetzung des Arbeitsmarktes mit Warenmärkten. Die Besonderheit des Arbeitsmarktes besteht nämlich darin, dass Löhne nicht nur Kostenfaktor für Unternehmen sind, sondern zugleich ein wesentliches Aggregat der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bilden. Eine Lohnpolitik, die die vorhandenen Verteilungsspielräume nicht ausschöpft, also nicht mit den volkswirtschaftlichen Produktivitätszuwächsen Schritt hält, ganz zu schweigen von Reallohnsenkungen, führt daher sehr wahrscheinlich zu einer Verringerung der privaten Konsumnachfrage und weitergehend zu Investitionsrückgängen (vgl. Bofinger 2005, S. 178 ff.).

Die einen »Sachzwang Weltmarkt« postulierenden Theorien unterschätzen die durchaus noch vorhandenen Spielräume nationaler beziehungsweise regionaler Politik und Lohngestaltung. So warnt etwa der renommierte US-Ökonom Paul Krugman vor »dem Fatalismus, man könne national nichts ausrichten, weil die Globalisierung dieses oder jenes erfordere. Dafür gibt es keine seriösen wissenschaftlichen Belege – aber es ist eine beliebte Ausrede der Politik« (Krugman 2008). Die sich vertiefende soziale Spaltung und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind daher kein Naturgesetz, sie sind kein schicksalhaft hinzunehmendes Resultat der Globalisierung. Die Politik kann diesen Trends durchaus entgegen wirken, statt sie zu fördern. Krugman plädiert deshalb für Mindestlöhne und eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen. Dies seien nach wie vor unverzichtbare und wirksame Instrumente (nationaler) politischer Steuerung.

Auch die Ausweitung eines öffentlichen Beschäftigungssektors steht nicht zwangsläufig im Widerspruch zur Globalisierung der Wirtschaft. Im Gegenteil, die erfolgreiche ökonomische Entwicklung in den skandinavischen Ländern demonstriert, dass ein hoher Anteil öffentlicher Beschäftigung (und eine entsprechend hohe Steuerquote) keineswegs mit einer schwachen internationalen Konkurrenzfähigkeit oder geringen Wachstumsraten einhergehen muss.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt

Die Hoffnung auf eine Verringerung der Arbeitslosenquote wird auch durch die Abnahme des Arbeitskräfteangebots genährt. »Seit Jahren sinkt durch die demografische Entwicklung die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Es gehen mehr in Rente, als junge Menschen in den Arbeitsmarkt nachwachsen. Auf der anderen Seite stieg das Arbeitsangebot durch Zuwanderung und eine wachsende Erwerbstätigkeit der Frauen. Seit 2006 haben diese Effekte die demografische Entwicklung nicht mehr kompensieren können. Insgesamt ging deshalb das Arbeitskräfteangebot 2007 um 77 000 zurück; der Arbeitsmarkt wurde entlastet« (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2008, S. 99 f.).

Mittel- und vor allem langfristig wird der demografische Wandel zu einer Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials führen. In Arbeitsmarktsegmenten mit hohem Qualifikationsprofil ist durchaus mit wachstumshemmenden Engpässen des Arbeitskräfteangebots zu rechnen. Im Segment gering qualifizierter und niedrig entlohnter Beschäftigung führt die demografische Entwicklung vermutlich nicht zu einer spürbaren Entspannung, da hier mit weiteren Jobverlusten in Folge von Rationalisierung und Verlagerungen in sogenannte Biliglohnländer gerechnet werden muss.

Entscheidend wird sein, wie sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen weiter entwickeln wird. Im historischen Verlauf ist es rückläufig. Darin spiegeln sich stetige, meist über den Wachstumsraten des Sozialprodukts liegende Produktivitätsfortschritte. Weitere Beschäftigungszuwächse werden sich daher nur ergeben, wenn die auch zukünftig zu erwartenden Produktivitätsgewinne durch ein entsprechend hohes Wirtschaftswachstum kompensiert und/oder von Arbeitszeitverkürzungen – in welcher Form auch immer – begleitet werden.

Kurzfristig ist zunächst mit einem Ende des Beschäftigungsaufschwungs zu rechnen. Die Konjunkturaussichten trüben sich ein. Für 2009 rechnen die Konjunkturforscher nur noch mit einem mäßigen Wachstum von etwa einem Prozent. Und höchst ungewiss ist, in welchem Maße die Krise auf den internationalen Finanzmärkten die Realökonomie in Mitleidenschaft ziehen wird. Die Beschäftigungslücke insgesamt (registrierte und verdeckte Arbeitslosigkeit, stille Reserve) liegt gegenwärtig bei etwa 5,5 Millionen. Eine länger anhaltende Wachstumsschwäche würde die Arbeitslosigkeit wieder deutlich anschwellen lassen.

Alles auf (Aus)Bildung?

Zu Recht verweisen Beck und Steinmeier auf die zunehmende Bedeutung von Bildung und Ausbildung im globalen kapitalistischen Zeitalter. Die Sicherung eines nachhaltigen und zukunftsfähigen Wohlstands ist mehr denn je abhängig von der »Ressource Wissen« und dem Qualifikationsniveau ihres Erwerbsspersonentials. Allerdings sind wissensbasierte und -intensive Produktionsformen nicht per se beschäftigungsintensiv. Nicht nur deshalb sollte die positive Wirkung von Bildung und Ausbildung auf die Beschäftigungsförderung und die Vermeidung von Armut nicht überschätzt werden. Eine bessere (Aus)Bildung erhöht die Konkurrenzfähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeitsmarkt, ohne jedoch Erwerbslosigkeit und (Kinder)Armut als gesellschaftliche Phänomene zu beseitigen. Was unter günstigen Umständen zum individuellen beruflichen Aufstieg taugt, versagt als Patentrezept. Denn wenn alle Jugendliche – was durchaus wünschenswert wäre – mehr Bildungsmöglichkeiten bekämen, würden sie um die wenigen Ausbildungsbezugswise Arbeitsplätze womöglich nur auf einem höheren Niveau, aber nicht mit besseren Chancen konkurrieren. Dann gäbe es wieder mehr Taxifahrer mit Abitur oder Hochschulabschluss, aber nicht weniger Arme (vgl. Butterwegge 2008, S. 9). Wenn der Markt und die demografische Entwicklung es nicht richten und vermehrte Investitionen in Bildung nur einen begrenzten Beitrag zur Beschäftigungsförderung erwarten lassen, werden solidarische Formen der Arbeitsumverteilung und der Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors eine größere Rolle spielen müssen, zumindest dann, wenn man nicht einseitig dem Wirken des Marktes und den individuellen Anstrengungen der »Arbeitskraft-Unternehmer« (Voß 2001) die Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen überlassen will.

Den Postulaten zu vermehrten Bildungsanstrengungen, wie sie in der öffentlichen Debatte und im wissenschaftlichen Diskurs zu vernehmen sind, liegt ein funktionaler Begriff von Bildung zugrunde. »Mit Bildung ist nicht die Sphäre der Allgemeinbildung gemeint, die die Fragen, Beiträge und Positionen zur kontroversen Selbstverständigung der Gesellschaft über legitime Lebensformen und utopische Lebensentwürfe bewahrt, sondern ein ›Kapital‹ der Selbstdurchsetzung und Sozialformierung. Es geht um ein Gut, das man erwerben, nutzen und mehrnen kann, nicht um ein Medium, in dem wir uns alle den Spiegel vorhalten. Das erklärt die eigentümlichen Machbarkeitsphantasien, die gegenwärtig mit dem Thema Bildung verbunden werden.« Bude, Heinz: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, Bonn 2008, S. 103 f.

Post-Skriptum: Die SPD als »Schutzmacht der neuen Mitte«

Die Vollbeschäftigungsfantasien, die nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch die CDU und Wirtschaftssachverständige hegen, erweisen sich – vorsichtig formuliert – als Schönfärberei einer zunehmend rauer und mitleidloser werdenden kapitalistischen Wirklichkeit. Die SPD ist spätestens mit Schröders Agenda-Politik der neoliberalen Weltsicht gefolgt. Sie hat damit entsprechende Realitäten gefördert und die soziale Desintegration beschleunigt. Mit den sozialen und (partei)politischen Folgen ihrer Politik muss sie sich nun herumschlagen. Indes blieb ungeklärt, »welche Leitidee der

Agenda eigentlich zu Grunde lag. War hier der Sozialstaat Kern und Wurzel des wirtschaftlichen Übels, da er die Staatsquote nach oben getrieben, Eigenverantwortung, Selbstbeteiligung, Investitionsbereitschaft, Wachstumspotenziale, ja den Raum für individuelle Freiheit begrenzt und beschränkt hat? Oder war der Sozialstaat für die Betreiber der Agenda ein zwar sanierungs- und umbaubedürftiges, aber doch gelungenes, attraktives, erhaltungswürdiges Sozialmodell zum Abbau scharfer Klassengegensätze, zur Förderung von Lebenschancen, zur Integration komplexer Gesellschaften? Eine gültige, verbindliche Antwort darauf haben die Sozialdemokraten bis heute nicht gegeben« (Walter 2008). Aber auch wenn die Sozialdemokraten es sich nach wie vor nicht nehmen lassen wollen, weiterhin, etwa auf dem jüngsten Parteitag, Bekenntnisse zum »Demokratischen Sozialismus« abzulegen, kann man wohl davon ausgehen, dass die SPD ihre historische Rolle als »Schutzmacht der kleinen Leute« und der neuen Unterschichten aufgegeben hat und zukünftig als »Interessenformation der Neo-Arrivierten« (Walter 2008) eine veränderte Rolle spielen wird. »Die Ausgeschlossenen« (Bude 2008) werden daher in den aufbrechenden Statuspositionskämpfen und Verteilungskonflikten nur noch auf wenig Verständnis und Unterstützung in der neuen Sozialdemokratie stoßen.

Arbeitsmarktbilanz in Deutschland (Jahresdurchschnitte in 1000 Personen)

	2000	2005	2006	2007	2008 (Prognose)
Erwerbstätige	39 144	38 749	39 006	39 659	40 130
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28 285	26 237	26 366	26 942	27 477
Arbeitslose	3 889	4 861	4 487	3 776	3 212
Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen)		11,1	10,3	8,7	7,4
Arbeitslosenquote gem. Definition der Bundesanstalt f. Arbeit (Arbeitslose in % aller abhängig beschäftigten Erwerbspersonen)	10,7	13,0	12,0	10,1	8,8
Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen (in Mio. Std.)	57 659	55 740	56 001	56 943	n.v.
Arbeitslosenquote (gem. Definition der BA) in Westdeutschland (alte Bundesländer) in %	8,4	11,0	10,2	8,4	n.v.
Arbeitslosenquote (gem. BA-Definition) in Ostdeutschland (neue Bundesländer und Berlin, in %)	18,5	20,6	19,2	16,8	n.v.

Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008; Memorandum 2008

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2008: Memorandum 2008. Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht. Alternativen zur Bedienung der Oberschicht, Köln.
- Beck, Kurt/Steinmeier, Frank-Walter 2008: Wir wollen Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen, sondern besiegen, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. April 2008.
- Bude, Heinz 2008: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, Bonn.
- Bofinger, Peter 2005: Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle, München.
- Butterwegge, Christoph 2008: Bildung schützt vor Armut nicht, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Juni 2008, S. 9.
- Krugman, Paul 2008: Die USA sind kein Vorbild, in: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,554651,00.html>.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2008: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008: Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur.
- Schumann, Harald 2008: Verwischte Versprechen. Zeitarbeit boomt. Aber werden dadurch wirklich Jobs geschaffen? Jobs, die es sonst nicht gäbe? Einiges spricht dagegen, in: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Die-Dritte-Seite:art705,2547715>.
- Sinn, Hans-Werner 2006: Kombilohn oder Revolution? Begegnung: Hans-Werner Sinn und Christian Führer, in: <http://www.chrismon.de/699.php>.
- Sinn, Hans-Werner 2008: Besser schlechte Jobs als keine, in: Der Spiegel, Nr. 25 vom 16. Juni 2008, S. 82-86.
- Voß, G. Günter 2001: Der Arbeitskraftunternehmer. Ein neuer Typus von Arbeitskraft und seine sozialen Folgen, in: Hermann, Reichold/Löhr A./Blickle, G. (Hrsg.): Wirtschaftsbürger oder Marktopfer? Neue Beschäftigungsverhältnisse – ein Risiko für Gesellschaft, Recht und Ethik? München, S. 15-32. Walter, Franz 2008: Eine Volkspartei implodiert. Nachruf auf die SPD, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,557574,00.html>.

GAZI ÇAĞLAR

Soziale Arbeit nach dem sozialpolitischen Paradigmenwechsel

Das Verhältnis von Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft ist vom sozialpolitischen Paradigmenwechsel der letzten Jahre grundlegend betroffen.¹ Es ist auch wichtig, an die Diskussion zur Positionsbestimmung der Sozialen Arbeit angesichts des rasanten Wandels der Gesellschaft anzuknüpfen, der mit einer Krise der Natur, des Körpers, der sozialen Beziehungen, der Ökonomie und Kultur einhergeht. Dieser Wandel macht es notwendig, dass die Soziale Arbeit sich ihrer normativen Orientierungen neu versichern muss. Die Soziale Arbeit muss also gegenüber der aktivierenden Sozialpolitik einen aktiven kritischen Standort entwickeln. Dabei kann sie durch eine kritische Zivilgesellschaftsorientierung im Sinne Gramscis nur gewinnen.

Der Wandel im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist struktureller Natur. Eine neue Terminologie prägt seit geraumer Zeit die Diskurse und die Praxis des Sozialen und damit die Soziale Arbeit am Ende des »sozialpädagogischen Jahrhunderts«². Die Schlagwörter lauten »Selbsthilfe«, »Eigenverantwortung« und »Bürgergesellschaft« an Stelle von »Unterstützung«, »Solidarität« und »Wohlfahrtsstaat«. Viele Bereiche der Sozialverwaltung sind im Umbruch, und das Rad der tatsächlichen Reformen hat sich immer schneller in Richtung »Aktivierung« gedreht. Auf der Basis einer Kritik gewohnter sozialstaatlicher Versorgungsformen wurden sozialpolitische Zielsetzungen und Handlungskonzepte umformuliert. Der Sozialpolitik und Sozialen Arbeit wurde die Aufgabe übertragen, die Menschen in allen ihren marktbezogenen Reproduktionspotentialen möglichst optimal zu aktivieren.³

Der Gesamtzusammenhang, in dem dieser Wandel unter dem eindeutigen Diktat der Ökonomie stattfindet, kann mit mehreren Tendenzen der Gegenwart angegeben werden:

1) Die Globalisierung im Lichte der neoliberalen Doktrin der Dreifaltigkeit von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung.

2) Die Transformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaates (wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik, Anwendung eines gesamtwirtschaftlichen Steuerungsinstrumentariums, Sozialpartnerschaft; fordistischer Staat ist »Sicherheitsstaat« im doppelten Sinne des Wortes: als »Wohlfahrts-« und als »bürokratischer Kontroll- und Überwachungsstaat«⁴) in den »nationalen Wettbewerbsstaat«⁵ oder den schumpeterschen Workfare-Staat, dessen Funktion in der umfassenden Mobilisierung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit beruht. Es geht in Zeiten globaler Standortkonkur-

Gazi Çağlar – Jg. 1968, Prof. Dr. habil., Politikwissenschaftler, Schwerpunkte: internationale Politik, Migration, Rassismus, Staatstheorie; HAWK-Fakultät für Soziale Arbeit und Gesundheit Hildesheim, Auswahl Veröffentlichungen: Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt, Münster 2002; Die USA im Nahen Osten. Geschichte und Gegenwart einer imperialistischen Beziehung, Münster 2005. E-mail: caglar@hawk-hhg.de

1 Dieser Text ist der Entwurf eines Vortrages. Daher wird kein Anspruch auf Systematik und Stringenz erhoben. Ebenso wenig konnte auf jeden Autor hingewiesen werden, durch dessen Lektüre in den letzten Jahren dieser Beitrag entstanden ist. Ihnen allen sei für Nachsicht gedankt.

renz um die totale Ertüchtigung der Bevölkerung für einen »Wirtschaftskrieg« mit »feindlichen Übernahmen«.

3) Die Wandlung vom fordistischen Regime (ein auf tayloristische Arbeitsprozesse und die standardisierte Massenproduktion gestütztes Akkumulationsregime) zum postfordistischen Modell (veränderte Betriebs- und Arbeitsformen, Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse, Informatisierung der gesellschaftlichen Arbeit, deren Bedeutung Negri als »immaterielle Arbeit« überhöhte) und die damit entstandene Krise der Arbeitsgesellschaft: also Massenarbeitslosigkeit.

4) Die damit begründete These von der finanziellen Überforderung der sozialen Sicherungssysteme, weil immer weniger Lohnabhängige in die Sozialkassen einzahlen, und vom Leistungsmissbrauch (Stichwort: Sozialschmarotzer).

5) Das führe, so die vorherrschende These, zum Schwinden der öffentlichen Legitimität des Sozialstaats, so dass er »umgebaut« werden müsse. Daher beinhaltet die praktizierte neoliberale Angebotspolitik auch kein explizites Sozialmodell, denn Sozialpolitik ist nach ihr eigentlich überflüssig.

6) Und nicht zuletzt die Pluralisierung der Lebensformen und kultureller Werte, die Auflösung von klassischen Formen der Familie durch wachsende Frauenerwerbsarbeit und die Individualisierung.

Behauptet wird im herrschenden Diskurs ein grundlegender Strukturwandel der Gesellschaft durch diese Tendenzen, der aber Chancen in sich berge. Die Zielrichtungen dieser Veränderung wurden unterschiedlich angegeben: Ulrich Beck möchte eine »zweite Moderne«, bei der er auf die »Kunst, zum Aufbruch zu verführen«, setzt.⁶ Becks Ziel ist die »Weltbürgergesellschaft«. Die Globalisierungskritiker Negri und Hardt fordern den Aufbau eines »Gegen-Empire«. Sie wollen dem »Elend der Macht die Freude am Sein« entgegensetzen. Sie legen den Ausgeschlossenen eine »Revolution in Liebe« ans Herz.⁷ Habermas spricht von der »entfesselten Weltgesellschaft«⁸ in der »postnationalen Konstellation«, andere sprechen von einer neuen »kosmopolitischen Demokratie«, der »Bürgergesellschaft«⁹, »Zivilgesellschaft« oder »internationaler Zivilgesellschaft.«¹⁰

Um den Gesamtzusammenhang zu verstehen, in dem die Wandlung der Sozialpolitik erfolgt, ist es wichtig, kritisch auf die Mythen der Globalisierung und der Krise der Arbeitsgesellschaft einzugehen. So können die Ökonomisierung des Sozialen und die Konzepte der Bürgergesellschaft und des aktivierenden Staates auch besser verstanden werden. Denn die Globalisierung und die Krise der Arbeitsgesellschaft bilden den Hintergrund und das Bewegungszentrum des sozialpolitischen Wandels. Notwendig bruchstückhaft werde ich auch auf das Menschenbild eingehen, das gegenwärtig vorherrscht und propagiert wird. Dieses Menschenbild ist deswegen so wichtig, weil es auch den Konzepten von der aktivierenden Sozialpolitik zugrunde liegt.

Der Mythos der Globalisierung

Die Propheten der Globalisierung, die diese als quasi-naturaler Prozess beschreiben, zeichnen ein Bild von einem Kapitalismus, in dem nur noch staatenlos gewordene multinationale Konzerne global

2 Hans Thiersch: Das sozialpädagogische Jahrhundert, in: Thomas Rauschenbach u. a. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Erziehung in der Risikogesellschaft, Neuwied 1992, S. 9-23.

3 Vgl. Stefan Bandemer, Josef Hilbert: Vom expandierenden zum aktivierenden Staat, in: Stephan Bandemer u. a.: Handbuch zur Verwaltungsreform, Opladen 1998; Bodo Hombach: Aufbruch: Die Politik der neuen Mitte, München 1998.

4 Joachim Hirsch: Der Sicherheitsstaat, Frankfurt/M. 1980.

5 Ders.: Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin 1995.

6 Ulrich Beck: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft, Frankfurt/M. 1999, S. 127.

7 Michael Hardt, Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/M. 2002, S. 217, S. 420.

8 Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation, Frankfurt/M. 1998, S. 89.

9 Vgl. Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/M. 1997.

10 Reinhardt Kößler: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt/M. 1993.

11 Beispielhaft: Kenichi Ohmae: *The Borderless World*, London – New York 1990.

12 Vgl. Russel Cooper: *Economic Policy in an Interdependent World*, Cambridge 1986.

13 Vgl. Elmar Altvater: *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg 1987.

14 Vgl. Paul Krugman, *Growing World Trade*, *Microeconomics*, 1/1995, 25th Anniversary Issue.

agieren.¹¹ Diesem Idealbild entsprechend dominiert nur noch Standortkonkurrenz zwischen den Staaten, die sich gegenseitig zur Wirkungslosigkeit verurteilen. Die globale Entwicklung der Finanzmärkte, die zunehmende Herausbildung eines internationalen Marktes für den Warenabsatz und die weltumfassenden Aktivitäten der Konzerne griffen die Autonomie der Nationalstaaten in ihren Kernaufgaben, vor allem aber im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, an.¹² Die Ohnmacht der Nationalstaaten in Zeiten des globalisierten Weltmarktes ist aber ein folgenreicher Mythos, weil damit der von benennbaren Interessen beherrschte politische Umbau zum technologisch notwendigen Zugzwang erklärt wird.¹³

Ernstzunehmende Studien zeigen jedoch immer wieder, dass die Globalisierung nicht gegen die Nationalstaaten funktioniert. Diese haben sie politisch nach den vorherrschenden Interessen gestaltet. Es waren politische Entscheidungen (die USA gaben die Golddeckung ihrer Währung als stabiles Weltgeld 1974 auf, England und vor allem Japan folgten unter massivem Druck der USA; Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems: Abkommen am Ende des Zweiten Weltkrieges zur Befreiung des internationalen Kreditgeldsystems vom Zwang der Golddeckung, Ermöglichung einer autonomen nationalstaatlichen Geldschöpfung über die Zentralbanken), die die Finanzmärkte entreguliert haben und den gegenwärtigen Siegeszug des spekulativen Kapitals begünstigten. Die neuen Technologien haben lediglich die weltumspannende Zirkulation riesiger Summen des Geldkapitals begünstigt, die kaum noch irgendetwas mit dem weltweiten Warenhandel zu tun haben, so dass sie in ihrer Aufgeblasenheit höchst risikoreich sind.

Die Globalisierung als Sammelname für widersprüchliche Entwicklungen ist also ein Mythos, wie wir inzwischen wissen:

- Der internationale Welthandel wächst zwar, wird aber von einer Triadisierung mit den drei Welthandelsregionen (Regionalmärkte mit Japan und China als Zentrum, Europa und Nordamerika) beherrscht.¹⁴ Immer größere Teile der Welt werden dagegen an die prekären Verhältnisse der Peripherie gedrückt. Afrikas Anteil am gesamten Welthandel beträgt kaum mehr als ein Prozent.

- Die multinationalen Konzerne sind keineswegs »heimatlos«. Die Multis sind immer noch nationale Megaunternehmen mit vielen Aktivitäten auf internationalen Märkten.

- Wir können nach wie vor, also trotz fortschreitender Internationalisierung beim Warenexport, von der Dominanz »heimischer« Absatzmärkte sprechen.

- Vor allem das Eigentum an den multinationalen Konzernen ist kaum international gestreut.

- Global revolutioniert wurden vor allem die Telekommunikations- und Transporttechnologien. Ihre unkritische Feier unterschlägt jedoch den Tatbestand, dass nach wie vor die Mehrheit der Menschheit weder über Fernsehen noch über Telefon verfügt, geschweige denn über Zugang zum Internet.

- Auch die Globalisierung der Kulturlandschaft geht mit einer rasanten Lokalisierung einher. Ethnizismen, Nationalismen, religiöse Fundamentalismen bestimmen die Welt ebenso.

- Von der Globalisierung politisch ausgenommen sind trotz wach-

sender Migrationsbewegungen die Arbeitsmärkte: Rigide Migrationsregime und restriktive Arbeitsmarktpolitiken behindern und kontrollieren weitgehend die Mobilität von Arbeitskräften. Sie dienen vor allem dazu, die Hierarchie höchst unterschiedlicher Einkommens- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen des Globus aufrechtzuerhalten.

- Was in der Tat globalisiert ist, sind die Gefahren: Die Zerstörung der Natur und der Lebewesen, die Anhäufung von atomaren Waffensystemen, die unsere Welt mehrfach zerstören könnten, sowie die Verwandlung von ganzen »Krisenregionen« in internationale Kriegsgebiete. Man muss sich mal klar machen: 20 Dollar je Erdenbürger würde es kosten, die Armut auf dem Globus zu halbieren. Doch die Welt der Herrschenden zahlt stattdessen über 200 Dollar pro Kopf für Rüstung. In den letzten zehn Jahren, in denen wir über die Finanzierungskrise des Sozialstaates diskutieren, sind die Rüstungsausgaben um 45 Prozent gestiegen.

Der Sinn also, die Globalisierung als Quasi-Naturprozess zu denken, liegt darin, die Verantwortung wegzuschieben, gerade weil die Globalisierung ein ökonomisch-politisches Projekt ist, das Nationalstaaten und internationale Organisationen durchsetzen. Die neoliberalen Denkfabriken liefern dabei die nötigen Stichworte und Strategien.

Die Krise der Arbeitsgesellschaft

Die Machteliten der dominanten Ökonomie setzen auf maßlose Deregulierung und Flexibilisierung als Heilmittel zur Lösung der Krise der Arbeitsgesellschaft. Dabei sind gerade die betriebswirtschaftliche Kalkulation und die skrupellose Steigerung des Profitmotivs Ursachen für die massenhafte Freisetzung lebendiger Arbeitskraft. Der kritische Soziologe Negt nennt diese Form der Ökonomie »eine der *toten Arbeit*«. In dieser Ökonomie plündern die rationalisierten Einzelbetriebe das Gemeinwesen, ihre eingesparten Kosten werden von der Allgemeinheit übernommen. In der gegenwärtigen Bankenkrise erleben wir Beispiele davon, wie Milliarden verspekuliert und sie dann durch Steuermittel ersetzt werden. Diese Ökonomie ist in Negts Worten »ein ausgeklügeltes, auf organisierter Verantwortungslosigkeit beruhendes System der Kostenverschiebungen«. Die öffentliche Armut wächst in dem Maße, wie sich der privatkapitalistisch angesammelte Reichtum rasant vermehrt.¹⁵ Man muss heute von einer realistischen Größenordnung von ca. 15 Millionen Armen ausgehen. Tendenz steigend. Für den Politikwissenschaftler Seifert kann sich die Bundesrepublik die »Dominanz eines begrenzt-ökonomischen Ansatzes nicht mehr leisten. Sie braucht eine Ökonomie auch für das soziale Ganze und auch für den Haushalt der Natur«.¹⁶

Es ist der »Grundskandal« unserer Gesellschaft, dass sie enorme Reichtümer anhäuft und gleichwohl nicht zulässt, »Millionen von Menschen das *zivilisatorische Minimum* für eine menschliche Existenzweise zu sichern: nämlich einen Arbeitsplatz.« Dieses »moralische und kulturelle Problem der Arbeitslosigkeit« betrifft unmittelbar die »menschliche Würde«, die immer noch wesentlich durch Arbeit vermittelt ist¹⁷. Forschungen bestätigen, dass Arbeitslosigkeit

15 Oskar Negt: Macht-politischer Kampfplatz zweier »Ökonomien«, in: Kritische Interventionen, Nr. 1/ 1997, S. 9-44, hier S. 18.

16 Jürgen Seifert: Wir brauchen eine Ökonomie für das ganze Haus, in: Vorgänge, 28/1989, S. 25.

17 Oskar Negt, a. a. O., S. 26.

18 Alfred Krovoza: Arbeitslosigkeit als Zerstörung innerer Natur, in: Kritische Interventionen, Nr. 1, Hannover 1997, S. 91.

19 Oskar Negt, a. a. O., S. 26-27.

20 Oskar Negt, a. a. O., S. 25.

21 Richard Sennett: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Frankfurt/M. 2000.

22 Vgl. Ulrich Beck, Anthony Giddens, Scott Lash: Reflexive Modernisierung, Frankfurt/M. 1996, S. 25 ff.

23 Ulrich Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M. 2000, S. 190 f.

nicht nur den Verlust des bisherigen Lebensstandards zur Folge hat, sondern auch ein Stück »Zerstörung innerer Natur«¹⁸ ist. Das Massenproblem der Arbeitslosigkeit verweist lediglich auf die fundamentale Strukturkrise der durch Lohnarbeit definierten Industriegesellschaft. Die geschönten Statistiken, die seit dem sozialpolitischen Paradigmenwechsel mit den Hartz-Reformen von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit sprechen, verdecken lediglich den Umstand, dass Arbeitslosigkeit und Armut nunmehr anders organisiert, verwaltet, benannt werden. Wir brauchen daher eine »zweite Gesellschaftsreform«, die den Verfassungsgrundsatz in Artikel 14, Absatz 2 ernst nimmt, wonach »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen kann nicht gelingen ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und ohne Infragestellung des Produktionsmythos und des Warenfetischismus«.¹⁹

Statt eine solche Gesellschaftsreform zu initiieren, schreitet die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit dem Ziel der Schaffung von niedrig bezahlten Jobs voran. Mini- und Midijobs, Ein-Euro-Jobs, Zeitarbeit, Teilzeitarbeit, Scheinselbstständigkeit als Flucht vor der Arbeitsverwaltung boomen in einer Konjunktur der Angst. § 10 SGB II formuliert ja eindeutig: »Dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist jede Arbeit zumutbar.« Statt einer grundlegenden Reform bekämpft man Arbeitslosigkeit mit der Zwangsverrentung von Erwerbslosen bei Abschlüssen und Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die EU hat gerade in einer Richtlinie 48 Stunden Wochenarbeitszeit für »menschewürdig« erklärt (9,5 Stunden pro Tag), bei Bereitschaftsdiensten gar 65 Stunden.

Zwar seit Mitte der 1970er Jahre, aber sicherlich rasant seit 2003 ist der Sozialstaat umgebaut worden. Der Abbau des Sozialstaates ist »auch Resultat der von allen kulturellen, politischen und moralischen ›Beißhemmungen‹ freigesetzten Kapital- und Marktlogik.«²⁰

Menschenbild

Diese Welt propagiert im kulturell hegemonialen Diskurs auch eine bestimmte Definition vom Menschen, die Richard Sennett »der flexible Mensch« genannt hat.²¹ Die neoliberale Kulturpolitik des idealen Subjekts zielt auf den allseits verfügbaren, mobilen, von allen Nahbindungen losgelösten Menschen hin, der überall und jederzeit nach seinen Marktchancen Ausschau hält.

Bei Beck, dem Theoretiker der Risikogesellschaft, der gemeinsam mit dem britischen Soziologen Anthony Giddens mit der Konstruktion einer Zweiten Moderne das Bündnis zwischen Neoliberalen und Konservativen sprengen²² und die Bürgergesellschaft stärken wollte, wobei sie in Wirklichkeit im Bunde mit der Sozialdemokratie das passende Sozialmodell zur neoliberalen Transformation formuliert haben, finden wir diesen Menschen als Idealbild ihres Weltbürgers: Angesichts der »Lebensunsicherheit«, die gesellschaftlich erzeugt ist, sei das Individuum gezwungen, ein »riskantes Leben« zu führen. Er müsse ständig Entscheidungen treffen. Der Mensch der Zweiten Moderne sei entscheidungsfreudig. Eigenverantwortliche »Selbsttätigkeit« und »Selbstorganisation« seien seine Kennzeichen.²³ An die Stelle der »Sozialfigur des Lohnarbeiters und Arbeitnehmers«

sei das »Leitbild des Selbst-Arbeiters« getreten, der ein »Unternehmer seiner selbst« sei.²⁴ Die Schattenseiten des »Selbst-Unternehmers«, seine Zurichtung im Konkurrenzkampf, egoistisch eiskalte Instrumentalisierung anderer, Habsucht, wachsende Erkrankung durch Arbeit usw. sind bei Beck kein Thema. Seine Lösung für die Krise der Arbeitsgesellschaft ist die »Bürgerarbeit«, ihre Bezahlung erfolgt durch »Bürgergeld«, dessen Höhe »in etwa der Sozialhilfe« entsprechen soll.²⁵ Der Bürgerarbeiter ist ein »Gemeinwohlunternehmer«, »der Sozialfigur nach sozusagen eine Verbindung zwischen Mutter Teresa und Bill Gates.«²⁶ Ein-Euro-Jobber als Mix von Mutter Teresa und Bill Gates – dies ist nur noch zynisch!

Das neoliberale Menschenbild bekräftigt das Selbstvertrauen der kapitalistischen Geschäftswelt und betrachtet die Lebenswelten der lohnabhängig Beschäftigten und Erwerbslosen als zu aktivierende Masse von Passivität. Die letzteren werden direkt oder indirekt mit Schuldzuweisungen attackiert. Sie sind schuld, weil ihnen die Bereitschaft und Fähigkeit fehlt, sich marktfähig zu halten und zu erhalten. Darin liegt tatsächlich ein Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik, weg von der solidarischen gesellschaftlichen Verantwortungskonzeption für hilfebedürftige Lebenslagen hin zu einer autoritären verpflichtenden Gemeinwohlpraxis.

Mit diesem Leitbild des Menschen verbunden ist die fortschreitende Ökonomisierung des Sozialen. Workfare-Sozialpolitik wird nur noch verstanden als Investition ins Humankapital und muss sich lohnen. Dieses Leitbild sollte nicht mit dem Menschenbild der Sozialen Arbeit verwechselt werden, die sich dem Wohlergehen und der Selbstverwirklichung des Menschen widmet, den Eigensinn der Klienten akzeptiert und auf das Gebot der Freiwilligkeit Wert legt.

Die Bürgergesellschaft: Ideologie für die Ökonomisierung des Sozialen?

Die Debatte zur Bürgergesellschaft und Zivilgesellschaft bildet einen weiteren Hintergrund der fortschreitenden Ökonomisierung des Sozialen. Diese Debatte erfuhr seit mehr als einem Jahrzehnt eine beachtliche Konjunktur. Die sozialpolitische Operationalisierung der Bürgergesellschaft strebt eine neue Balance zwischen Freiheit und Gleichheit in heutigen Gesellschaften an. Es geht um ein Konzept gesellschaftlicher Modernisierung in der Krise der Arbeitsgesellschaft und des modernen Wohlfahrtsstaats.

Die konservativ-autoritären Strategien der Bürgergesellschaft fordern »mehr Bürgersinn, Pflichtgefühl und Dienst an der Gemeinschaft«. Sie betonen mehr die Pflichten als die Rechte. Die wertevermittelnden Institutionen wie Familie und Schule sollen gestärkt, die Moral in der Gesellschaft gefördert und bei der Erziehung wieder auf Vorbilder und Autoritäten gesetzt werden.²⁷

Kommunitaristische Strömungen stellen fest, dass »staatliche Fürsorge die Gesellschaft nicht sozialer gemacht« habe.²⁸ Der Sozialstaat habe gesellschaftliche Solidaritätsbeziehungen paternalistisch geschwächt. Mehr »Bürgersinn« und »Zivilität« seien daher gefordert.²⁹ Wendt, der eine bürgergesellschaftliche Orientierung der Sozialen Arbeit anregt³⁰, will das »Klientel des fürsorglichen Staates zu verantwortlichen Subjekten machen«.³¹

24 Ulrich Beck: Was ist Globalisierung? Frankfurt/M. 1998, S. 251.

25 Ebenda, S. 236.

26 Ulrich Beck: Schöne neue Arbeitswelt, a. a. O., S. 131, 156.

27 Wolfgang Schäuble: Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994, S. 53 ff.

28 Wolf R. Wendt: Zivil sein und sozial handeln. Das Projekt der Bürgergesellschaft, in: Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 9/1993, S. 257-261, hier S. 257.

29 Vgl. Christoph Butterwege: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005, S. 87 f.

30 Wolf R. Wendt: Zielorientiert, aber ergebnisoffen. Professionelle Sozialarbeit muss sich zivilgesellschaftlich organisieren, in: Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 9/1993, S. 262-266.

31 Wolf R. Wendt: Zivil sein und sozial handeln. A. a. O., S. 261.

Interessant ist, dass alle diese Debatten kaum an die frühere Theoriebildung zur Zivilgesellschaft oder zur bürgerlichen Gesellschaft anschließen, so dass sie vielfach eine Dichotomisierung von Staat und Zivilgesellschaft betreiben und damit auf das liberale Niveau vorhegelscher bzw. vormarxscher Zeit zurückfallen. Die Ausdifferenzierungsprozesse der bürgerlichen Gesellschaft analysierte Antonio Gramsci ebenfalls, indem er die neuen Dimensionen der Parteiformationen, der Öffentlichkeit, der Literatur und Presse, des Bildungswesens und der Kultur ebenso untersuchte, wie er der Frage des Staates und seiner Apparatur nachging. Auch die Ausweitung der Sozialpolitik war ihm wichtig. In seiner Theorie der Zivilgesellschaft hat diese die Funktion der »Hegemonie«, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, der Staat die Funktion der »direkten Herrschaft« oder des Kommandos.³² Die methodische Isolierung dieser Sphären dient lediglich einem besseren Verständnis, sagt er. Die Zivilgesellschaft enthält bei Gramsci also alle Institutionen und Prozesse, die im engeren Sinne nicht der politischen Gesellschaft oder der ökonomischen Struktur zuzurechnen sind. Gerade die kulturelle Dimension in der Zivilgesellschaft ist eine widersprüchliche: In ihr findet hegemoniale Legitimation der gegebenen Herrschaft ebenso statt wie ihre kritische Hinterfragung und Zurückweisung.

Mit der Entstehung der Zivilgesellschaft ist der Staat nicht mehr bloß Gewaltapparat, er ist vielmehr erweitert durch die Zivilgesellschaft, in die die Organisations- und Meinungspotentiale der subalternen Klassen verwoben sind.³³ Zwischen politischer und Zivilgesellschaft existiert ein widersprüchliches Verhältnis, aber keines der Entgegensetzung.³⁴ Dieser Begriff der Zivilgesellschaft überwindet also die Dichotomisierung von Staat gegen Zivilgesellschaft bzw. Bürgergesellschaft. Die Zivilgesellschaft bezeichnet bei Gramsci keine Zukunftsutopie. Sie ist bereits Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft. Zivilgesellschaft bedeutet also nicht mehr Freiheit für den Bürger im Vergleich zum Staat, und ist auch nicht demokratischer.³⁵ In ihr sind Momente von Gewalt und Unfreiheit ebenso vorhanden wie diskursbestimmte Verständigung. So könnte der Staat der bürgerlichen Spätphase mit einem weiten Staatsverständnis durch die Formel begriffen werden, dass Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft ist, so Gramsci.

Ein solcher kritischer Begriff der Zivilgesellschaft kann zur Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit fruchtbar gemacht werden, ohne dem diffusen Begriff der Bürgergesellschaft zu erliegen. Das Zivilgesellschaftskonzept Gramscis ist, so denke ich, in Teilen für die Aufgaben einer modernen Sozialen Arbeit aktualisierbar. Sie blendet nämlich Macht und Herrschaft innerhalb der Zivilgesellschaft nicht aus. Zudem sind ihr Lebenswelt- und Alltagsorientierung nicht fremd. Eine so verstandene Soziale Arbeit würde sich dagegen wenden, die Zivilgesellschaft gegen den demokratisch-parlamentarischen Staat zu konzipieren, um sie in Form von Bürgergesellschaft für eine neoliberale Umverteilungspolitik zu missbrauchen.

Die Debatte zur Bürger- und Zivilgesellschaft bildet den legitimationstheoretischen Hintergrund für die fortschreitende Privatisierung sozialer Aufgabenfelder.³⁶ Es geht um ein Immer-Mehr an Markt

32 Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg 1991, S. 1502 ff.

33 Ders., Bd. 2, S. 410.

34 Ders., Bd. 4, S. 783.

35 Das gilt auch für die NGOs. Vgl. Elmar Altvater (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster 1997.

36 Vgl. Hans-Uwe Otto, S. Schnurr u. a.: Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe: marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied 2000.

und Wettbewerb, um eine Vermarktlichung des Sozialen und eine Erziehung des Menschen zur Marktlichkeit. Die Nutzerinnen und Nutzer sozialer Hilfen werden zu »Kunden« umbenannt. Staatliche Institutionen und bisherige Wohlfahrtsverbandsaktivitäten werden durch private Firmen ersetzt bzw. ergänzt.³⁷ Gesellschaftliche Kontrollstrategien erscheinen nunmehr unter dem schillernden Termini »Selbstmanagement-Strategien«. Die Kontrolle wird also weiter in die Subjekte und die Zivilgesellschaft hinein verlagert. Willigkeit und Bereitschaft verschleiern die Frage nach den Möglichkeiten der Individuen. »Effizienz« und »Effektivität« sozialer Dienstleistungen befördern die Umorganisation der Felder der Sozialpolitik unter dem Diktat scheinbar ökonomischer Kapitallogik. Die behauptete Ineffizienz staatlicher Organisation sozialer Dienstleistungen lässt dabei bis heute eine Beweisführung vermissen. Der Vorteil privater Organisation scheint aber jetzt schon klar zu sein: Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, mit der Folge, dass dadurch wiederum die Kosten für das Gemeinwesen steigen werden.

Diese Logik lebt vom Mythos der Rationalität privater Eigentumsverhältnisse und überhöht die tatsächlichen Selbsthilfepotentiale. Die Selbsthilfe der Bürgergesellschaft wird als Gegenpol zur entmündigenden bürokratischen Organisation gedacht. Die Grenzen der Rationalisier- und Industrialisierbarkeit der Sozialen Arbeit werden kaum bedacht. Die Schlagworte »geringe Bürokratie«, »Flexibilität«, »Autonomie«, »Qualitätskontrolle« und »Trägerwettbewerb«, die durch die aktivierende Sozialpolitik um sich greifen, verschleiern zumeist die harte Realität des Sozialabbaus. Dadurch wird die Grammatik der sozialen Verantwortung durch eine Grammatik der aktivierenden sozialen Härte abgelöst.

Die aktivierende Soziale Arbeit ist ein Teil der neuen Programmatik des »aktivierenden Staats« und der aktivierenden Sozialpolitik. Die Aktivierungsthese unterstellt Passivität, so dass sich die Opfer von »Modernisierungsprozessen« in der Arbeitsökonomie sich in Täter verwandeln. So werden gesellschaftliche Widersprüche und Strukturmakel auf subjektive Probleme reduziert. Staub-Bernasconis Verdienst, die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession zu definieren und vom Triple-Mandat zu sprechen, darf nicht über die aktuelle Umwandlung der Sozialen Arbeit zur rationalisierten Sozial- und Kontrolltechnologie hinwegtäuschen, die immer mehr auf Zwang zurückgreift. Die Aktivierungsinstrumente wie Casemanagement, Eingliederungsvereinbarungen, Potenzialanalyse, Assessment, Bewerbungstrainings, Coaching, Monitoring, Screening, Profiling etc. sind Methoden sozialtechnologischer Disziplinierung der Bevölkerung. Das Aktivierungskonzept gewährt geschrumpfte existenzielle Grundsicherung im Gegenzug zum erwünschten Verhalten. Damit werden konformistisches Verhalten und Erwartungen an die Bevölkerung als demokratische Souveränität formuliert, von der der Staat – der Theorie nach – seine Staatsgewalt bezieht. Damit sind fundamentale Prinzipien von demokratischer Rechts- und Sozialstaatlichkeit selbst in Frage gestellt. Der aktivierende Sozialstaat gibt diesen aus den Anfängen der Bundesrepublik stammenden Grundkonsens auf und definiert sich immer mehr zu einem Unternehmen um, wobei die Bürger seine Kunden sein sollen.

37 Vgl. Fabian Kessl, Hans-Uwe Otto: Entstaatlicht? Die neue Privatisierung personenbezogener sozialer Dienstleistungen, in: Neue Praxis, 2/2002, S. 122-139, hier S. 122.

Auch Stimmen aus der Wissenschaft der Sozialen Arbeit haben kräftig mitgeholfen, das neue Verständnis von Sozialpolitik durchzusetzen. Schulze-Böing forderte, »Fördern und Fordern« als neues »Doppelimperativ« zu verstehen und festzuschreiben, dass »die Verweigerung von aktiver Mitwirkung (...) klarer als bisher zu einem Abstand in der materiellen Situation gegenüber mitwirkungsbereiten Klienten führen« muss. Er fordert »Eingliederungsverträge und Eingliederungsvereinbarungen« mit »Kunden« und ein »Pflichtenheft einer vernünftigen Aktivierungsstrategie.«³⁸ Er hat sein Ziel erreicht: Sie sind nun praktizierte Instrumente in der Arbeitsverwaltung und in vielen Bereichen der sozialen Arbeit. Die Ökonomisierung der Sozialpolitik ist von einer Raserei der Maßlosigkeit ergriffen, mit der Folge einer unmittelbaren Verschärfung der sozialen Frage zu Beginn des neuen Jahrhunderts.

38 Matthias Schulze-Böing: Fördern durch Fordern – Fordern durch Fördern? Aktivierende Arbeitsmarktpolitik und die Rolle der Kommunen, in: Sozialer Fortschritt, Nr. 7-8 / 2002, S. 161.

Die neue Ehrenamtlichkeit

»Neue Ehrenamtlichkeit« und »bürgerschaftliches Engagement« sind vor diesem Hintergrund seit einigen Jahren von großem Interesse³⁹. Die ehrenamtliche Arbeit soll die Demokratie durch eine größere Bürgerbeteiligung stärken. Sie soll die öffentlichen Haushalte entlasten und Erwerbslosigkeit vermindern.

39 Vgl. Karin Behr, Thomas Rauschenbach: Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozeß, Weinheim 2000; Rolf Heinze, Thomas Olk: Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement, in: Ernst Kistler u. a.: Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin 1999, S. 77-100; Rolf Heinze u. a.: Die Verzinsung des sozialen Kapitals. Freiwilliges Engagement im Strukturwandel, in: Ulrich Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M. 2000, S. 171-216.

Empirische Studien zeigen aber, dass Ehrenamtlichkeit als soziales Kapital ein Mittelschichtsgesicht hat. Es sind also kaum die Empfänger sozialer Leistungen, die sich ehrenamtlich engagieren. Die Kampagnen zur Förderung der neuen Ehrenamtlichkeit befördern vielfach die Etablierung eines scheinbar gemeinnützigen Niedriglohnssektors⁴⁰ und den Abbau von Personal. Die soziale Sicherheit der Lohnarbeitsgesellschaft Deutschland ist vor allem eine der Arbeit. Bürgerengagement und ehrenamtliche Arbeit können vielleicht ein Einstieg sein, müssen es aber nicht. Die neuesten Arbeitsamtsstatistiken widerlegen z. B. eine massenhafte Brückenfunktion von Ein-Euro-Jobs. Die Heiligung der Bürgerarbeit dient allzu oft der Flucht des Staates aus seiner sozialen Verantwortung.

40 Vgl. z. B. Zukunftskommission der Landesregierung Baden-Württemberg: Solidarität und Selbstverantwortung, Stuttgart 1999.

Die »Reform«-Bemühungen im sozialen Bereich haben zu einem Paradigmenwechsel im Sozialstaat geführt, der den sozialpolitischen Grundkonsens aus den Anfängen der Bundesrepublik fundamental in Frage stellt. Als Resultat des Umbaus gibt es statt der allseits beklagten passiven Verwaltung von Armut nun nur noch eine aktivierende und zugleich passifizierende Verwaltung von Armut. Ronald Lutz, der in der aktivierenden Sozialpolitik große Chancen für die Soziale Arbeit erblickt, weil sie »soziale Sicherheit, die bisher vom Staat garantiert wurde, nun zur inneren Aufgabe der Subjekte« mache, begrüßt die Konsequenzen aus dem sozialpolitischen Paradigmenwechsel folgendermaßen:

»Soziale Arbeit wird (...) zu einer Zwei-Klassen-Sozialarbeit (...) Zum einen eine professionelle, individuelle Beratung und Betreuung auf einer sozialwirtschaftlichen Basis« für die Erwerbsfähigen, »zum anderen eine Grundversorgung über Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammern, Almosen und kommunalen Unterkünften (...) Aktivierung und Training der Fähigen und Erfolgsversprechenden auf der einen Seite; Versorgung, Verwaltung und Kontrolle derjenigen, die zur Aktivierung nicht mehr geeignet erscheinen, auf der anderen

(...) Soziale Arbeit befreit sich also von ihrem ›Arme-Leute-Geruch‹, sie wird Dienstleistung wie jede andere.«⁴¹ Tatsächlich kann dieser Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik kaum krasser ausgedrückt werden als in dieser Beschreibung der sozialdarwinistisch schönen neuen Welt für die Soziale Arbeit.

Die Marktorientierung und Kunden-Logik stimmen dabei bereits in den ihnen zugrunde liegenden Annahmen nicht:

- Die Marktwirtschaft funktioniert nach der Logik der Konkurrenz und Auslese, während Sozialpolitik sich an Recht und Solidarität orientieren muss. Durch Übertragung der Marktlogik auf das Soziale kann es lediglich zu einer Trägerjagd nach »besten Kunden« unter den Benachteiligten kommen.

- Dass hilfebedürftige Subjekte »Kunden« sein sollen, ist bestenfalls zynisch und völlig falsch. Kunden verfügen der Theorie nach über Kundenmacht, weil sie als Nachfrageseite Entscheidungsalternativen haben. Die Empfänger sozialer Hilfen sind keine Kunden, weil sie von diesen in ihrer Existenz abhängig sind und über keinerlei Alternativen verfügen.

- Auch die Redeweise von Verträgen und Eingliederungsvereinbarungen unterstellt gleichberechtigte Partner. Die Beziehung zwischen Hilfsbedürftigen und staatlichen Behörden ist aber nicht eine unter gleichberechtigten Partnern: Die Macht ist asymmetrisch verteilt. Damit sind hier höchstens Pseudo-Kontrakte möglich.⁴²

Wie sollte die Soziale Arbeit auf den sozialpolitischen Paradigmenwechsel reagieren? Ich möchte ihr eine kritische Zivilgesellschaftsorientierung ans Herz legen.

Der Reiz einer kritischen Zivilgesellschaftsorientierung liegt darin, dass sie einer Kultivierung des Sozialen⁴³ dienlich sein kann. Übrigens ist in der Redeweise von Sozialer Arbeit als Menschenrechtsberuf diese Zivilgesellschaftsorientierung implizit enthalten. Eine Zivilgesellschaftsorientierung kann zu einer Stärkung der Marginalisierten in der Krise der Arbeitsgesellschaft führen. Sie wird zwar nicht übersehen, dass eine Staatsquote von ca. 45 Prozent und ein Sozialbudget von ca. 33 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesellschaftlichen Handlungsbedarf schaffen. Allerdings wird sie nicht vergessen, dass die Sozialquote von den Wiedervereinigungseffekten bereinigt seit 1970 kaum gestiegen ist. Hinzu kommt, dass die Staatsquote auch durch stark gestiegene Ausgaben für die Sicherheits- und Ordnungsapparatur hochklettert (Polizei, Rechtspflege, Strafvollzug, ausgedehnte Informations- und Überwachungssysteme etc.). Auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik selbst führen zu sozialen Verwerfungen, und diese wiederum zu wachsenden Staatsausgaben. Es ist kein Geheimnis, dass die Steuerbelastung und Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen seit den 1980er Jahren rückläufig sind, während die Steuerbelastung der Löhne auch mit Hilfe zahlreicher indirekter Steuern gestiegen ist. Und dies bei fast ungebrochenen Höhenflügen der Unternehmergewinne und der Einfrierung der Realkaufkraft der Löhne auf dem Stand der 1980er Jahre. 3 Millionen Privathaushalte sind verschuldet, Tendenz zunehmend. Die Aushöhlung der Tarifautonomie und die Unterhöhlung des Lohngefüges führen zu einem enormen Druck auf die Lohnstruktur, so dass immer mehr Menschen durch Hartz-IV aufstocken

41 Ronald Lutz: Perspektiven der Sozialen Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12-13/2008, S. 3-10.

42 Vgl. Erika Mezger, Klaus West: Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, Marburg 2000; Michael Zöller u. a.: Vom Betreuungsstaat zur Bürgergesellschaft – kann die Gesellschaft sich selbst regeln und erneuern?, Bachem 2000.

43 Vgl. Thomas Rauschenbach: Eine neue Kultur des Sozialen, in: Neue Praxis, Nr. 6 / 1997, S. 477-485.

44 Vgl. Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000.

45 Zur Lektüre empfohlen: Heinz-Jürgen Dahme, Hans-Uwe Otto u. a.: Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen 2003.

46 Vgl. Heinz Sünker: Soziale Gerechtigkeit, Sozialpolitik und Soziale Arbeit, in: Neue Praxis, Nr. 2/2002, S. 108-121.

47 Hans Uwe Otto: Wer organisiert die Modernisierungsverlierer?, in: Neue Praxis, 2/2002, S. 203-204, hier S. 204.

müssen. Gegenwärtig ist ein Drittel der Beschäftigten schon atypisch beschäftigt. Solche Sozialpolitik verursacht höhere Staatsausgaben und schreibt drei Zonen der Beschäftigungsverhältnisse fest, die nachhaltig produziert werden und die Robert Castel in einer großen Studie⁴⁴ benannt hat: Eine schrumpfende »Zone der Normalität« mit gesicherten Beschäftigungsverhältnissen, die eine stabile gesellschaftliche Existenz ermöglichen. Dieser Zone stehen die »Zone der Entkopplung« und die »Zone der Prekarität« gegenüber. Prekarität wird wesentlich durch *working poor* bestimmt. In der »Zone der Entkopplung« finden sich all die »Entbehrlichen« und »Überflüssigen«, welche nicht nur temporär, sondern dauerhaft aus dem Beschäftigungsverhältnis ausgeschlossen sind.

Die Soziale Arbeit darf ihre Einrichtung auf diese Zonen nicht begrüßen als ein Freiwerden vom Arme-Leute-Geruch. Sie muss und kann in diesem Wandel nur die Rolle eines Anwalts prekärer sozialer Lagen und der darin lebenden Menschen spielen.⁴⁵ In dieser Krise sollte aber die Soziale Arbeit sich eine Zivilgesellschaftsorientierung zulegen, die den Sozialstaat nicht nur kritisiert, sondern verteidigend überwindet, also möglichst eine alternative Sozialpolitik der Grundsicherung in Form eines Mindesteinkommens fordert. Nur die Sicherung sozialer Teilhaberechte ermöglicht die Garantie ziviler und demokratischer Rechte. Eine zivilgesellschaftliche Perspektive muss also in ihrem Kern vom Ziel sozialer Teilhabe getragen sein, denn der Sozialen Arbeit geht es neben dem individuellen Fall auch um soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft, von der die »Verteilungsgerechtigkeit« nicht wegzudenken ist.⁴⁶

»Wer organisiert die Modernisierungsverlierer, wenn sie nicht wehrlos den Verhältnissen eines Turbokapitalismus ausgesetzt sein sollen?« fragt Otto⁴⁷. Die Soziale Arbeit wird dies nicht tun können, so wie dies eine neue soziale Bewegung tun könnte. Aber sie kann vorerst Beraterin der Ausgeschlossenen sein. Man muss aber inzwischen feststellen, dass auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in ihren Arbeitsbedingungen und -formen einem großen Druck ausgesetzt sind. Das wird sie näher an ihre Klientel rücken, so dass sie auch Partnerin der Verlierer werden kann und den hegemonialen Diskurs selbstverschuldeter Armut und Bedürftigkeit zurückweist. Sie muss der Rhetorik von förderungs»würdigen« und -»unwürdigen« Menschen als Rückfall in die Sprache der feudalen Armenpolizei widerstehen. Die Soziale Arbeit mit ihrer kritischen Zivilgesellschaftsorientierung knüpft an die subalternen Teile und Prozesse der Zivilgesellschaft an und muss für ihr Recht eintreten, ihren Adressaten verbunden sein zu können.

THOMAS MARXHAUSEN

Marx versus Stalin

Ein Beitrag zur Sozialismus-Debatte

Jürgen Meier nennt seinen Aufsatz, in Anlehnung an Christoph Jünke, »Der lange Schatten des Stalinismus«¹. Jünke habe den Titel »gut gewählt«, weil Kontroversen in der Linken zeigen, »wie weit die Meinungen (...) auseinander liegen, wenn es um die Frage geht, war Stalin wirklich der Schatten, der bis heute den Antikommunismus nährt, oder verfügte Stalin nicht vielmehr über eine Strahlkraft, die viele Menschen gegen den Imperialismus verbündete.«² Meier orientiert darauf, die Frage durch die Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse der 1920er und 1930er Jahre anzugehen; er skizziert die Folgen der durchgepeitschten »sozialistischen« ursprünglichen Akkumulation, die um den Preis der Vernichtung einer produktiven Landwirtschaft die Industrie aus den Boden stampfte; abschließend heißt es, dass »neben den ökonomischen die sozialen und kulturellen Bezüge« zu berücksichtigen sind, um zu ermitteln, weshalb das Land nie »über den Status eines Staatsmonopolismus mit all den hinreichend bekannten (...) Entfremdungen, Verfehlungen und Sackgassen hinaus gekommen« ist.³

*

Ein »Schatten« »nährt« nichts und niemand, er verdunkelt, das Dunkel irritiert, es macht die Linke unsicher und schwankend. Wer will leugnen, dass der Sieg über den Faschismus vor allem der Sowjetunion zu verdanken ist? Ergo: Ohne die von Stalin erzwungene Industrialisierung wäre er wohl kaum erreicht worden.⁴ Die Methoden, die dabei in Anwendung kamen (das wird mit Bedauern zugegeben), entsprachen nicht immer der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und selten der innerparteilichen Demokratie. Sie sind jedoch aus der historischen Situation heraus zu verstehen. – Nein. Auf keinen Fall. Für eine humanistische und demokratische Linke (und eine andere hat keine Chance zur Politikfähigkeit) gibt es dafür kein »Verständnis«. Millionen Ermordete zeugen bis in alle Ewigkeit gegen Stalin und seine Clique.

Die krämerhafte Weise, ein Verbrechen Stalins mit zwei seiner »Leistungen« aufwiegen zu wollen, erinnert fatal daran, »wie der Spießbürger die großen Männer der Geschichte betrachtet: Napoleon ist ein großer Mann, er hat viel Gutes getan, er hat auch viel Schlechtes getan. ... Zu lösendes Problem: Die gute Seite bewahren und die schlechte beseitigen.« – Marx: In einem »Gesellschaftskörper« existieren »alle Beziehungen gleichzeitig« und »stützen« ein-

Thomas Marxhausen – Jg. 1947, Prof. Dr. sc. phil.; Studium und Tätigkeit 1968 bis 1991 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sektion Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie; wiss. Arbeit in der Marx-Engels-Forschung und MEGA-Edition; nach Entlassung 1991 in privaten Instituten für Erwachsenenbildung tätig; seit 1995 Redakteur des Historisch-Kritischen Wörterbuches des Marxismus (HKWM); zuletzt in UTOPIE kreativ: Kommunistisches Manifest. (Bearbeiteter) Vorabdruck eines HKWM-Stichwortes, Heft 201/202 (Juli/August 2007).

1 Jürgen Meier: Der lange Schatten des Stalinismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 212 (Juni 2008), S. 539-549. – Jünkes gleichnamiges Buch erschien Köln 2007.

2 Ebenda, S. 539.

3 Ebenda, S. 549.

4 Nota bene: Ohne die Enthauptung der Roten Armee und den stalinischen Befehl, jede (und sei sie taktisch noch so nachteilig) militärische Stellung zu halten, hätte er wohl weniger Opfer gekostet.

5 Karl Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW 4, S. 131.

6 Ebenda, S. 133.

7 Es scheint nicht überflüssig zu betonen, dass seine Existenz unterstellt ist, denn für einige Altvordere gibt es ihn gar nicht! Er taucht nicht auf in »Anregungen zum Umgang mit der Geschichte. Erklärung des Ältestenrats der Partei DIE LINKE (16.7.2008)«, in: www.die-linke.de, worauf Petra Pau in ihrer überzeugenden Kritik hinweist: »Aktuelle Notiz: Ratschlag zu linker Geschichte? (17.8.2008)«, in: www.petrापau.de. Auch für die »Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden«, hrsg. von W. F. Haug und F. Haug (InkriT 2005), ist »Stalinismus« kein Thema.

8 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LW 22, S. 307.

9 Ebenda, S. 198.

10 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 13, S. 9.

11 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutschen Ideologie, in: MEW 3, S. 73.

12 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich

ander.⁵ »Was die dialektische Bewegung ausmacht, ist gerade das Nebeneinanderbestehen der beiden entgegengesetzten Seiten, ihr Widerstreit und ihr Aufgehen in eine neue Kategorie. So wie man sich nur das Problem stellt, die schlechte Seite auszumerzen, schneidet man die dialektische Bewegung entzwei.«⁶

Aber es geht um mehr als die Bewertung des »Führers der Völker«. Gründe für und Grundzüge des in der Sowjetunion seit Ende der 1920er Jahre etablierten Herrschaftssystems gab (bzw. gibt) es unter anderen Bezeichnungen in anderen Ländern. In Ermangelung eines geeigneten Oberbegriffs fasse ich die national und historisch verschiedenen Formen, deren Analyse Gegenstand spezieller Untersuchungen sein muss, sub »Stalinismus« zusammen. Das scheint mir unter dem Gesichtspunkt berechtigt, weil jede der Formen beitrug, den Sozialismus als Ideal und Ziel mehr zu verunglimpfen, als es dessen Feinde seit dem »Kommunistischen Manifest« fertiggebracht haben. Folglich kann die Frage nach den Ursachen des »Stalinismus«⁷ nicht allein durch die sowjetische Geschichte beantwortet werden. Sie ist *formationstheoretisch* anzugehen. Auf die Weise kommen wir zu Marx. Er führt die Linke aus dem »Schatten Stalins« heraus.

*

Das »stalinistische« System ist unvermeidlich, wenn die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft gestaltet werden soll, ohne dass das Land den Kapitalismus durchlaufen hat. Das war 1917 nicht abzusehen.

Lenin schlussfolgerte aus der Analyse der Weltwirtschaft seit den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts, der Imperialismus sei, weil sich sein Entwicklungsspielraum erschöpft habe, »sterbender Kapitalismus«⁸, der »Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats«⁹. Dass die Weltrevolution im unentwickelten Russland einsetzte erschien logisch, weil eine »Kette« beim schwächsten Glied zerspringt. Außerdem wurde eine solche Entwicklung bereits von Marx und Engels prognostiziert.

»Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«¹⁰ Das ist die weltgeschichtliche Sicht. Die Realisierung des »Gesetzes der Geschichte« folgt eigenen Regeln: »Die durch einen erweiterten internationalen Verkehr hervorgerufene Konkurrenz mit industriell entwickelteren Ländern ist hinreichend, um auch in den Ländern mit weniger entwickelter Industrie einen ähnlichen Widerspruch zu erzeugen«¹¹. Auf Grund des industriellen Standes und der wirtschaftlichen Dominanz Englands konzentrierten sich Marx und Engels auf dessen Wechselwirkung mit anderen Ländern.¹² Marx forderte die IAA auf, die irische Befreiungsbewegung zu unterstützen. Werde die Macht der englischen Grundaristokratie in Irland gebrochen, seien die »Vorbedingungen der proletarischen Revolution in England erfüllt«¹³.

Analog heißt es nach 1917: »Wenn wir (...) den revolutionäre Prozess in seinem Weltmaßstab betrachten, können wir folgenden allge-

meinen Grundsatz aufstellen: der Revolutionsprozess der Welt beginnt mit den ihren Niveau nach niederen Teilsystemen der Weltwirtschaft, wo der Sieg des Proletariats leichter, aber die Kristallisation der neuen Beziehungen schwerer ist; die Schnelligkeit des Angriffes der Revolution ist umgekehrt proportional der Reife der kapitalistischen Beziehungen und der Höhe des Typus der Revolution«¹⁴ Letztlich werde die sozialistische Revolution auch auf die USA übergreifen: »Die innere Ausbalancierung der Vereinigten Staaten erfordert zunehmende Expansion nach außen, und dieses Streben nach anderen Staaten und Ländern infiziert die amerikanische Wirtschaftsordnung mit den Elementen der europäischen und asiatischen Missheiligkeiten. Eine siegreiche Revolution in Europa und Asien wird unter diesen Umständen unvermeidlich zu einer revolutionären Epoche in den Vereinigten Staaten führen.«¹⁵

Der rote Oktober machte Russland »allen Arbeitern der Welt gegenüber verantwortlich. Im kultivierten Westen, in Amerika, wo Russland bisher als ein rückständiges, barbarisches Land galt, sagen die Arbeiter: ›Vom Sieg des russischen Proletariats hängt unser Glück ab.«¹⁶ Es gelte, durchzuhalten bis zum Erwachen der mittel- und westeuropäischen Arbeiterklasse. Deren Bewegungen und Aufstände zwischen 1918 und 1923 ließen die Hoffnung nicht als Hirnspinnst erscheinen.

Dass die Revolutionen im Westen ausblieben (oder, wie in Österreich und Deutschland, nur die Verbürgerlichung der Gesellschaft bewirkten), war nicht vorauszusehen. Eine Partei, die Jahrzehnte für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft gekämpft und dafür unzählige Opfer gebracht hatte, konnte, als sie endlich an der Macht war, nicht den Kapitalismus auf die Tagesordnung setzen. Damit hätte sie in den Augen ihrer Anhängerschaft Verrat geübt und sich aufgegeben. »Die sozialistische Propaganda hat das soziale Wollen des russischen Volkes hervorgebracht. Warum sollte es warten, dass sich in Russland die Entwicklung Englands wiederholt, dass sich in Russland eine Bourgeoisie formiert, dass der Klassenkampf entfacht wird, damit ein Klassenbewusstsein entsteht und schließlich der Untergang der kapitalistischen Welt sich ereignet? Das russische Volk hat diese Erfahrungen im Prozess des Denkens, und sei es auch des Denkens einer Minderheit, durchgemacht. Es ist über diese Erfahrungen hinausgegangen. Dies diente ihm, sich zu behaupten, wie ihm die westlichen kapitalistischen Erfahrungen dienen werden, sich in kurzer Zeit auf die Höhe der Produktion der westlichen Welt zu erheben.«¹⁷

Als die Hoffnungen auf die Bildung der »europäischen Räterepublik«¹⁸ verfliegen waren, musste die nachholende Modernisierung im Alleingang bewerkstelligt werden. Damit wurde die von Lenin den kolonialen und halbkolonialen Ländern gewiesene Perspektive – aber ohne die materielle Unterstützung durch andere! – auf Sowjetrußland angewendet: Die Länder könnten bei »planmäßiger Propaganda« und mittels wirtschaftlicher Hilfe seitens des revolutionären Proletariats der entwickelten Staaten »zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen (...), ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen.«¹⁹

1848 bis 1850, in: MEW 7, S. 97. – Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Revue, März/April 1850, in: MEW 7, S. 294.

13 Marx an Sigfrid Meyer und August Vogt, 9.4.1870, in: MEW 32, S. 668.

14 N. Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode (1921). Hamburg 1922, S. 189.

15 L. D. Trotzki: Europa und Amerika. Zwei Reden (1924). Berlin 1926, S. 88 f.

16 M. I. Kalinin: Aus einer Rede an die Roten Kämpfer der Ersten Reiterarmee (20.10.1920), in: Über kommunistische Erziehung und militärische Pflicht. Gesammelte Reden und Aufsätze. Berlin/DDR 1960, S. 59.

17 Antonio Gramsci: Die Revolution gegen das »Kapital«, in: Antonio Gramsci – ein vergessener Humanist? Eine Anthologie, zusammengestellt und eingeleitet von Harald Neubert. Berlin 1991, S. 32.

18 N. Bucharin/E. Preobraschensky: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki). Hamburg 1921 (Bibliothek der Kommunistischen Internationale Band XIII), § 41, S. 151 f.: Wie »Europa (...) unvermeidlich zu Diktatur des Proletariats« und damit »zum Kommunismus« übergeht, wird »auch Russland in den Sozialismus hineingezogen werden (...) Seine Rückständigkeit, die verhältnismäßig schwache Entwicklung seiner Industrie u. dgl. – alle diese Mängel werden aufgesogen werden, wenn Russland sich zusam-

men mit den fortgeschrittenen Ländern zu einer internationalen oder wenigstens europäischen Räterepublik vereinigen wird.«

19 W.I. Lenin: II. Kongress der Kommunistischen Internationale (1920), in: LW 31, S. 232.

20 Martin Blankenburg: historischer Beruf, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM). Bd. 6/I. Hamburg 2004, Sp. 301-304.

21 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW 25, S. 269.

22 Ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 42, S. 323.

23 Ders.: Das Kapital. Dritter Band, S. 827.

24 Ders.: Das Kapital. Erster Band, in: MEW 23, S. 618.

25 Ders.: Grundrisse, S. 91.

26 Ders.: Theorien über den Mehrwert, in: MEW 26.2, S. 111.

27 Ders.: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW 9, S. 226.

28 Ders.: Grundrisse, S. 93.

Ausgangspunkt und Grundlage der marx'schen Entwürfe der sozialistischen Gesellschaft ist, dass sie weltgeschichtlich *dem Kapitalismus folgt*. Dessen als historisch gesetzmäßig angenommene Aufhebung setzt seine *Entfaltung* voraus. Darin besteht der »historische Beruf« der Bourgeoisie²⁰.

»Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben damit schafft es unbewusst die materiellen Bedingungen einer höhern Produktionsform.«²¹ Es führt ein »die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Hence the great civilising influence of capital; seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle führen nur als *lokale Entwicklungen* der Menschheit und als *Naturidolatrie* erscheinen.«²² Die »zivilisatorische Seite des Kapital« besteht darin, die »Mehrarbeit in einer Weise und unter Bedingungen« zu erzwingen, »die der Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und Schöpfung der Elemente für eine höhere Neubildung vorteilhafter sind als unter den frühern Formen der Sklaverei, Leibeigenschaft usw.«²³ Erst und nur der Kapitalismus bringt die »reale Basis einer höheren Gesellschaftsform« hervor, »deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist«²⁴. »Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (...) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit, auf *sachlicher* Abhängigkeit gegründet, ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten.«²⁵

Marx ist klar: Diese »höhere Entwicklung der Individualität« wird nur »durch einen historischen Prozess erkaufte, (...) worin die Individuen geopfert werden«²⁶. Der Kapitalismus zwingt vordem isolierte Erdteile, getrennte Völkerschaften, verfeindete Nationen, Stämme und Ethnien in einen marktförmigen Zusammenhang, der vom Wertgesetz geregelt ist. Der von ihm blind und gnadenlos vorangetriebene »menschliche Fortschritt« gleicht »jenem scheußlichen heidnischen Götzen (...), der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.«²⁷ Trotzdem, und darauf besteht Marx, es handelt sich um einen *Fortschritt*. Er ist unabdingbar und unverzichtbar. Denn: »wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.«²⁸

Natürlich sind die »Zivilisationsgewinne« keine Geschenke des Kapitals an die Menschheit: »Die bürgerliche Gesellschaft setzt (...) die Erklärung der Menschenrechte auf die Tagesordnung. Die moderne Zeit beginnt mit dem Satz, dass alle Menschen gleich seien. (...) Die Voraussetzungen dafür, Wohlstand zu schaffen, Menschen

aus materiellem Elend, aus der Abhängigkeit von der Natur zu befreien, wird mit der Entwicklung dieser modernen Produktionsweise proklamiert und möglich. Zugleich wird diese Möglichkeit wiederum partiell destruiert – etwa die Möglichkeit, Freiheit im Sinne der Reduktion von Arbeitszeit zu schaffen (...) Dieser Widerspruch bildet ja nicht nur eine objektive Logik, sondern bestimmt die Logik der Kämpfe seit 200 Jahren, die den Kapitalismus verändert haben. Das meint hier der Begriff der Moderne. Das muss aber in jedem Punkt deutlich gesagt werden. Zivilisationsgewinne sind nicht Ausdruck einer objektiven Modernisierungstendenz des Kapitalismus, sie sind Ergebnis des Klassenkampfes und sie sind immer wieder bedroht.«²⁹

*

Die Sowjetunion blieb allein inmitten einer feindlichen Umkreisung. Fast ein Jahrzehnt Krieg und Bürgerkrieg hatten das Land ruiniert. Hinzu kam, wie Lenin einschätzte, dass der Kapitalismus keineswegs »mit der Wurzel ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament« entzogen war. »Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel: die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion, zu stellen. Eine solche Grundlage bildet nur die Elektrizität. *Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.* (...) Erst dann, wenn das Land elektrifiziert ist, wenn die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, (...) werden wir endgültig gesiegt haben.«³⁰

»Sowjetmacht plus Elektrifizierung« ist eine *politische* Formel, die Ökonomie, Wissenschaft und Technik, die Natur und die Menschen der Gestaltung des Kommunismus unterordnet. Es ging darum, in kürzester Zeit jene Modernisierung aufzuholen (und zu überholen), die im Westen mit dem 16./17. Jahrhundert eingesetzt hatte. Das ist kein spezifisch sowjetisches Problem. *Alle* Länder, die die kapitalistische Entwicklung überspringen wollten oder wollen – wovor Marx warnt: »Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist..., kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern«³¹ –, waren bzw. sind zur »sozialistischen« ursprünglichen Akkumulation gezwungen³², welche »eigentlich« zum »historischen Beruf« der Bourgeoisie gehört. Wer die Hauptlast auch immer zu tragen hat – in jedem Land fand die (mehr oder minder gewaltsame) Umverteilung von *inneren* Ressourcen und eine Umwälzung der Sozialstruktur statt, während das Kapital, zusätzlich zur Expropriation feudalen und kirchlichen Eigentums, fremde Länder und Völkerschaften ausplünderte und versklavte.

*

Wenn Marx darauf besteht, der Sozialismus muss den Kapitalismus beerben, um nicht wie Don Quichote zu enden, meint er in erster Linie nicht die technischen Standards, die übernommen werden, son-

29 Frank Deppe, in: Unterhaltungen über den Sozialismus, S. 67.

30 W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare (VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongress, 22.-29.12.1920), in: LW 31, S. 513. – Victor Wallis: Elektrifizierung, in: HKWM. Bd. 3. Berlin-Hamburg 1997, Sp. 237-245.

31 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, S. 15 f.

32 Auch die DDR hatte ihre »ursprüngliche Akkumulation« mehrfach bedingt: Aufbau der kriegszerstörten Wirtschaft, Leistung von Reparationen, Schaffung von durch die Spaltung nun im Westen angesiedelter Zweige (Eisen und Stahl, Werften, Energieerzeugung u. a.) und eine offene Grenze mit ungeheuren menschlichen und materiellen Verlusten, die immer wieder aufgeholt werden mussten.

33 Karl Marx: Grundrisse, S. 105.

dem die Menschen, die die »Ökonomie der Zeit«³³ verinnerlicht haben, rationell und rentabel arbeiten, an Aufgaben schöpferisch herangehen, innovativ sind, um anderen überlegen zu sein, Eigeninitiative entwickeln, kritisch dem Erreichten gegenüberstehen, für die freier Meinungs-austausch und ungehemmte Kommunikation über alle Grenzen hinweg Selbstverständlichkeiten sind, die Selbstbestimmung als Wert empfinden und Selbstbewusstsein besitzen, welches bei politischen Entscheidungen geltend gemacht wird. Das ist das Ergebnis der Schulung und Erziehung durch die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse. Die Ausprägung dieser Persönlichkeitsmerkmale wird gefördert, weil und soweit sie vom Kapital benötigt werden. Sicher: *Es ist »freie Individualität« unter dem Zwang und im Rahmen der Kapitalverwertung.* Mit der sozialistischen Revolution wird diese »Hülle« gesprengt und alle kreativen Potenzen werden freigesetzt. Dieser Menschentyp ist das wichtigste Startkapital des Sozialismus. Beim »Sprung« über die bürgerliche Gesellschaft hinweg muss er, der diese zivilisatorischen Potenzen bitter nötig hat, um so zu werden, dass er seinen Namen verdient, von Menschen gestaltet werden, die davon so gut wie nichts erfahren und erlebt haben.

34 W. I. Lenin: Über unsere Revolution, in: LW 33, S. 464 ff.

Die *Hauptaufgabe* der neuen Gesellschaft ist die Kulturrevolution. »Kultur« meint mehr als Alphabetisierung, saubere Toiletten in den Gaststätten und sozialistischer Realismus an der verräucherten Wand. Sie ist vor allem Arbeitskultur – nur durch kulturvolles Arbeiten, Wirtschaften erlebt der Arbeitende sich als »Schöpfer«, identifiziert er sich mit dem Arbeitsprozess.

35 Ebenda, S. 464.

36 Wilhelm Liebknecht: Die Grund- und Bodenfrage, in: Kleine politische Schriften, hrsg. von Wolfgang Schröder. Leipzig 1976, S. 66: »Sämtliche Momente, welche heutzutage, (...) die Post zu einer (...) von keinem Privatetablissement auch nur annähernd erreichten Musteranstalt, die Postbeamten durchschnittlich zu Musterbeamten, Mustern von Eifer und Fleiß, gemacht haben, würden sich auch in der sozialistischen Gesellschaft betätigen, und zwar kräftiger als jetzt, weil ungehemmt durch beschränkte Pedanterie.«

Lenin kannte die Rückständigkeit der russischen Lebensweise. Er war sich sicher, die Sowjetmacht werde mit den kulturellen Defiziten fertig werden: »Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist (obwohl niemand sagen kann, wie dieses bestimmte »Kulturniveau« aussieht, denn es ist in jedem westeuropäischen Staat verschieden), warum sollten wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und *dann* schon, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung, vorwärtsschreiten und die anderen Völker einholen. Für die Schaffung des Sozialismus, sagt ihr, ist Zivilisiertheit erforderlich. Ausgezeichnet. Nun, warum aber konnten wir nicht zuerst solche Voraussetzungen der Zivilisiertheit bei uns schaffen, wie es die Vertreibung der Gutbesitzer und die Vertreibung der russischen Kapitalisten ist, um dann schon mit der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus zu beginnen?«³⁴ Die »völlige Ausweglosigkeit der Lage, wodurch die Kräfte der Arbeiter und Bauern verzehnfacht wurden«, geben den Werktätigen Russlands »die Möglichkeit eines anderen Übergangs (...), um die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen, als in allen übrigen westeuropäischen Staaten«³⁵.

37 W. I. Lenin: Staat und Revolution, in: LW 25, S. 439.

Für ihn ist, in Anlehnung an Liebknecht³⁶, die preußische Post das »Muster sozialistischer Wirtschaft«³⁷; er fordert eine kulturvolle Weise des Handels, ökonomische Rationalität, effiziente Kommunikation, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Seine Orientierung, »man muss sich zur Regel machen: Lieber der Zahl nach weniger, aber höhere Qualität«³⁸, ist die vorweggenommene Kritik der später do-

38 W. I. Lenin: Lieber weniger, aber besser, in: LW 33, S. 477.

minierenden »Tonnenideologie«, bei der die Qualität auf der Strecke blieb.

Von ausschlaggebender Bedeutung dabei seien Rechnungsführung und Kontrolle. Es ist unverzichtbar, auf die vom Kapitalismus geschaffenen »Apparate der Rechnungsführung in Gestalt der Banken, der Syndikate, der Post, der Konsumgenossenschaften und Angestelltenverbände« zurückzugreifen. »Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen. Die Großbanken *sind* jener »Staatsapparat«, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus *brauchen* und den wir vom Kapitalismus *fertig übernehmen*, wobei unsere Aufgabe lediglich darin besteht, das zu *entfernen*, was diesen ausgezeichneten Apparat kapitalistisch *verunstaltet* (...) Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik – das ist schon zu neun Zehnteln ein *sozialistischer* Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche *Buchführung*, eine gesamtstaatliche *Rechnungsführung* über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art *Gerippe* der sozialistischen Gesellschaft.« Dazu bedürfe es eines »einzigsten Erlasses der proletarischen Regierung«, der die »Angestellten in Staatsangestellte verwandelt«³⁹.

Trotsky verknüpft die »revolutionär-marxistische Kritik des Amerikanismus« mit dem Appell, von den Amerikanern zu lernen: »Es fehlt uns die Technik der Amerikaner und ihre Arbeitserfahrung. Die Voraussetzung der Technik ist die Wissenschaft: Naturwissenschaft, Physik, Mathematik. Wir haben es dringend notwendig, den Amerikanern auf diesem Gebiet nachzueifern. Wir müssen den Bolschewismus amerikanisch beschlagen – das ist unsere Aufgabe –, uns technisch amerikanisieren.«⁴⁰

Dass die juristische Verwandlung von Privat- in Staatsangestellte keine sozialistische Arbeitseinstellung bewirkt, die technische Entwicklung in den USA in Wechselwirkung steht mit dem Individualismus, der sich in einem System bürgerlicher Rechte bewegt und angetrieben ist vom Konkurrenzkampf, bleibt bei Lenin wie Trotsky »außen vor«.

Der Staatsapparat wurde »vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt«⁴¹. Wie verhielt es sich mit der Partei? Nicht anders, »denn die Spitzen der Partei sind die Spitzen des Sowjetapparates. Das ist ein und dasselbe.«⁴² In den Amtsstuben regierten Bürokratie, Arroganz, Geheimniskrämerei, Kommandoton, Rechthaberei. Die Rückständigkeit unten stand in Wechselwirkung mit der Rückständigkeit oben. »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.«⁴³

Stalin schloss an das an, was vorhanden war. Seine »Leistung« bestand darin, die von Sozialisten und Kommunisten erträumte und angestrebte Welt auf den Kopf zu stellen: Statt vorwärts zur »freien Individualität« (Marx) ging es zurück zu Iwan Grosny (dem Schrecklichen) und Peter I. – die Bevölkerung nichts als »Material«, aus dem die Menschen der Zukunft gebacken werden⁴⁴.

Weil die objektiven wie subjektiven Bedingungen, die vom Kapitalismus hervorgebracht werden, weitgehend fehlten, musste sie der

39 W. I. Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, in: LW 26, S. 89 f.

40 L. D. Trotzki: Europa und Amerika, S. 48 f.

41 W. I. Lenin: Zur Frage der Nationalitäten oder der »Autonomisierung«, in: LW 36, S. 591.

42 W. I. Lenin: Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei, in: LW 31, S. 416 f.

43 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, in: GW 4, S. 362.

44 Heiner Müller: Germania 3. Gespenster am toten Mann (Sz. Panzerschlacht). Köln 1996, 10: »STALIN ... Was ist, wenn unsre Saat nicht aufgeht, Lenin. / Ich habe dieses Land mit Blut gedüngt./ Mit Menschenleibern eine Industrie / Gestampft in meinen Knochenmühlen, ich / Der große Stalin, der Führer der Völker. / Ich bin der Bluthund. Mein Privatbesitz / Sind zwei Paar Stiefel. / Immer stirbt nur einer / War deine Rede, wenn dich wer gefragt hat / Nach deinen Leichen. / Hast du sie gezählt. / Ich bin dein Tod, ich kann sie nicht mehr zählen. / Weil sie der Boden sind, / den wir begehnen / Auf unserm Weg in deine lichte Zukunft. / Die Menschheit ist ein / trübes Material / Ameisen unterm Stiefel. / Wie soll ich / Die träge Masse Russland im Genick / Den neuen Menschen schaffen, wenn der alte / Nicht liquidiert wird, Gestern für dein Morgen. / Das Massengrab geht mit der Zukunft schwanger / Menschen aus neuem Fleisch sind was die Zeit braucht. / Ich backe sie aus ihrem eignen Blut / Und kein

Prometheus kommt mir in die Quere / Am Felsen ist noch Platz im Kaukasus.«

45 J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag (1939), in: Fragen des Leninismus. 4. Aufl. Berlin/DDR 1950, S. 715.

46 Jürgen Meier: a. a. O., S. 549.

47 Kurt Hager: Marxismus-Leninismus und Gegenwart. Vortrag auf der wissenschaftlich-methodischen Konferenz des marxistisch-leninistischen Grundlagensstudiums am 24. Oktober 1986 in der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin/DDR 1986, S. 35.

»Wille zum Erfolg« ersetzen, der die Geschichte überlistet. Voluntarismus dominiert, wenn »naturgemäße Entwicklungsphasen« (Marx) übersprungen werden. Er ist charakterisiert durch Handeln ohne zureichende Voraussetzungen objektiver und/oder subjektiver Art. Ist die »Linie« klar⁴⁵ – und sie ist, weil von der allwissenden Führung vorgegeben, immer klar –, ist das Unmögliche möglich, es muss von den Kadern nur »durchgestellt« werden. Jesuitismus herrscht: Der Erfolg rechtfertigt jedes Mittel; stellt er sich nicht ein, wird er behauptet oder das Versagen wird feindlichen Kräften angelastet. Zahlreiche Prozesse der 1930er Jahre dienten der Vertuschung der katastrophalen Folgen subjektivistischer Willkür bei den ökonomischen Zielen und voluntaristischen Methoden ihrer Umsetzung.

Ein Sozialismus, der nicht »von unten«, von mündigen, selbstbewussten und kritischen Menschen getragen und gestaltet ist, hat letztlich keinen Bestand. Die nach 1917, nach 1945 errichteten Ordnungen kamen bis zum »Staatsmonopolismus«⁴⁶, der selbst das untere Druck der wissenschaftlich-technischen Revolution angerufene »Schöpfertum« vorgab. Das Ideal der Politbürokratie war der »Rationalisierungsmittelbauer«, dessen Teilhabe an der »sozialistischen Demokratie« auf die Einreichung von Neuerervorschlägen beschränkt blieb.⁴⁷

*

»Als Weltsystem und als gesellschaftliches und Wirtschaftssystem ist der Kapitalismus in diesem Sinne erst jetzt zu sich selber gekommen. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum es gegenwärtig recht genau so abläuft, wie bei Marx im »Manifest« beschrieben. Nachdem es jene historischen Hemmfaktoren nicht mehr gibt, funktionierte Kapitalismus so, wie er seinem Charakter gemäß zu funktionieren tendiert.«⁴⁸

Die Frage ist, was bringen uns die nächsten Jahre und Jahrzehnte? Weit verbreitet ist die Meinung, wenn sich nicht bald etwas ändert kommt es zur Katastrophe. Die Linke beschwört Rosa Luxemburg: »Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!«⁴⁹ Wie die Änderungen aussehen sollen und müssen, das malt sich jeder anders aus. Ist der Kapitalismus »reif« für seine Aufhebung? Steht die sozialistische Gesellschaft auf der Tagesordnung? Das dürfte ein Tagtraum sein. Also muss der Sozialismus warten, bis die Globalisierung weltweit durchgesetzt ist? Das klingt blasphemisch – verständlich, denn die Menschheit hat genug kapitalistische Scheußlichkeiten erlebt und erlebt jeden Tag neue. Der »Kampf um minimale zivilisatorische Standards und demokratische Grundrechte« ist in dieser Situation »eine unabdingbare Voraussetzung dafür (...), eine sozialistische Perspektive offen halten zu können. In jedem Fall aber behält die Erkenntnis sozialistischer Theorie ihre Gültigkeit, dass sich Demokratie und Menschenrechte dauerhaft nicht auf Basis kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse verwirklichen lassen.«⁵⁰

Umwälzungen, Revolten, Revolutionen sitzen nicht im Wartesaal, erheben sich auf Kommando und nehmen die Gesellschaft handstreichartig in Besitz. Die Globalisierung kann sich nicht anders als in Widersprüchen vollziehen, die Widerstand, Empörung, Rebellion,

48 Erhard Crome, in: Unterhaltungen über den Sozialismus, S. 115.

49 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: GW 4, S. 441. – Vgl. Karl Kautsky: Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert. 9. Aufl. Stuttgart 1908, S. 137: »Ein Beharren in der kapitalistischen Zivilisation ist unmöglich; es heißt entweder vorwärts zum Sozialismus oder rückwärts in die Barbarei.«

50 Lothar Peter, in: Unterhaltungen über den Sozialismus, S. 217 f.

Terror und Barbarei hervorrufen, Klassenkampf ohne »klassische« Klassen, Parteienkampf im Sinne des Kampfes von Richtungen, Positionen, Meinungen und Entwürfen der sozialistischen Zukunft wie gegen diese.

»Die peripheren Bewegungen gegen den Kapitalismus sind noch lange nicht beendet, sie sind teilweise antikapitalistische Bewegungen, die antimodern gegenüber der Zivilisation sind.«⁵¹ Darin ordnet sich der (emotional wohl begründete) Antiamerikanismus ein: »In gewisser Weise machen Ansätze zu einem solchen pluralen Universalismus die Stärke und Attraktivität des US-amerikanischen Zivilisationsmodells aus. Sie sind vielfach durchkreuzt, ideologisch verheuchelt, durch Partikularismen und ungeheure Machtkonzentrationen ausgehöhlt, und dennoch sind darin auch Elemente einer künftigen Weltgesellschaft enthalten. Diese Zweideutigkeit macht den Antiamerikanismus so fragwürdig.«⁵²

Der »historische Beruf« des Kapitals ist nicht zu Ende. Abschottung gegenüber der und Blockaden seiner Modernisierung blockieren die Suche nach und Erprobung von Alternativen. Worin sie bestehen ist Gegenstand der Sozialismus-Debatte. Zweifelndes Fragen ist produktiver, als mit fertigen Antworten aufzuwarten: »Stellen wir uns das Transformationsziel Sozialismus als ein neues gesellschaftliches Gesamtverhältnis vor, das erst nach der völligen Überwindung all dessen, was wir uns unter Kapitalismus vorstellen, entstehen kann? So dass dann alle Regulierungsschritte nur Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel wären? Oder stellen wir uns eine Bewegung in mehreren Schritten vor, die nicht nur praktischer Natur sind, sondern auch eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung einschließen, die aber auf dem Gesamtboden erwachsen, den wir unter dem Begriff Kapitalverhältnis zusammengefasst haben? Wie denken wir Transformation in verschiedenen Ordnungen?«⁵³

51 Wolfgang Küttler, in: Ebenda, S. 60.

52 Wolfgang Fritz Haug, in: Ebenda, S. 221.

53 Wolfgang Küttler, in: Ebenda, S. 71.

THOMAS KILIAN

Die Zukunftswerkstatt als Modell politischer Debatte

Zum Verhältnis von Analyse, Kritik, Utopie und Strategie für die Diskussion der Linken

Thomas Kilian – Jg. 1966, Dipl.-Soz., Sozialwissenschaftler, Journalist, Erwachsenenbildner und Kiezaktivist im Berliner Wedding. Promoviert im Moment über »Das Unbehagen am Recht« an der Freien Universität Berlin.
Kontakt:
thomas.kilian@gmx.net

1 Robert Jungk, Norbert Müllert: Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, München 1994.

In den 1980er Jahren ging es nicht nur um die ganz großen Ziele, wie Nachrüstung und Atomkraft. Nach 1968 hatte die alte Bundesrepublik eine Art Graswurzelbewegung erfasst. In vielen Stadtteilen gab es Initiativgruppen, die auch ihre kleine Welt verändern wollten. So saß man denn zusammen, versuchte sich über die Situation, die Zielsetzungen und den Weg zur Verbesserung der Situation zu einigen. Manchmal war das auch ein ziemlich unstrukturiertes Gerede.

Um da etwas Ordnung hineinzubringen hat der Zukunftsforscher Robert Jungk die »Zukunftswerkstatt« erfunden¹. Er hatte schlicht vorgeschlagen, nicht zwischen Analyse, Kritik, Zukunftsentwurf und Strategie zu springen, sondern das in dieser Reihenfolge systematisch abzuarbeiten – mit den Methoden einer ganzheitlichen Pädagogik, die hier erst mal weniger interessieren.

Denn hier geht es darum, diese Trennung als Methode für den Weg von der Gesellschaftsanalyse zur politischen Strategie vorzuschlagen. Das darf man sich freilich nicht so vorstellen, dass man sich in einem Seminar zusammensetzt und das der Reihe nach abarbeitet. Zwar habe ich das mit politisch wenig vorbelasteten Menschen schon getestet, aber dabei kommt mehr eine Bewusstseinsbildung heraus, als dass das notwendige Niveau erreicht würde. Vielmehr gibt es Spezialisten für Gesellschaftsanalyse, -kritik, -utopie und Strategie. Aber wenn man diese so unterteilt und nach dem Schema der Zukunftswerkstatt aufeinander bezieht, klären sich viele Diskussionen in der Linken auf. Manches, was als Widerspruch erscheint, liegt nur auf verschiedenen Ebenen. Die eigentlichen Widersprüche treten hervor. Die Diskussion strukturiert sich. Auch in Wirtschaft, Verwaltung und Sozialarbeit bedient man sich mittlerweile dieser Strukturierung. Nur hält man allgemein die Kritik kurz und nennt die Zukunftsentwürfe Leitbilder.

Deshalb soll hier anhand von Beispielen die Trennung der Phasen vorgeführt werden. Zuerst folgen einige Bemerkungen zu Analyse und Kritik, dann in der von Jungk so genannten Utopiephase einige zu Zukunftsentwürfen und schließlich einige kurze abschließende Bemerkungen zur Strategie. So wird hoffentlich klar, wie die Strukturierung der Debatte nach diesem Schema die Diskussion erleichtern kann.

Natürlich kann nicht die ganze Diskussion der Linken hier nach diesem Schema aufgerollt werden. Das kann vielmehr nur exemplarisch geschehen, zumal auch bürgerliche Diskurse für viele Fragen sinnvoll sind. Das linke Selbstgespräch leidet ohnehin zu stark

daran, dass es nicht mehr die Ergebnisse bürgerlicher Wissenschaft zur Kenntnis nimmt und kritisch verarbeitet. Dabei ist das Ideengebäude bei Marx und anderen doch gerade aus einer Kritik der bürgerlichen Wissenschaften entstanden. Außerdem wäre es illusorisch, dass das kleine Häuflein linker Wissenschaftler im Wissenschaftsbetrieb alle Fragen mit der notwendigen Gründlichkeit untersuchen könnte, wo seine Vertreter bei Berufungen und Stipendien systematisch benachteiligt werden.

Analyse und Kritik

Analysen kann man häufig auch von bürgerlichen Wissenschaftlern übernehmen. Die Darstellung der Ist-Situation ist geradezu die Stärke positivistischer Wissenschaften. Da kann man sich beispielsweise leicht über Armut oder die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes in einer entwickelten Volkswirtschaft informieren. Immer mehr qualitative Forschung legt dar, was das subjektiv bedeutet.

Die reine Analyse ist auch nicht die Stärke marxistischer Forschung. Ihre Stärke ist die Kritik. Dabei ist zu unterscheiden zwischen exogener und endogener bzw. immanenter Kritik². Die exogene Kritik trägt ihre Maßstäbe quasi von außen an den Gegenstand heran. Die Maßstäbe liegen vielmehr im Kritiker, verraten in gewisser Weise mehr über ihn als über den Gegenstand. Auch wenn er sie irgendwelchen globalen Theorien entnimmt, bleiben sie dem Gegenstand oft merkwürdig fremd.

So etwa eine Kritik an der Vermögens- oder Einkommensverteilung, die darauf zielt, dass diese egalitärer sein sollte. Wenn dieser Maßstab nicht aus dem untersuchten Gegenstand zu entnehmen ist, dann bleibt die Kritik exogen – und von beschränktem kritischem Wert. Natürlich hat auch die exogene Kritik in der politischen Auseinandersetzung ihren Wert. Man kann die Stimmung der Bevölkerung treffen und man bleibt erkennbar, man positioniert sich. Das kann wichtig sein.

Die eigentlich marxistische Kritik ist aber die endogene Kritik, die ihre Maßstäbe aus Widersprüchen innerhalb des Gegenstandes entnimmt. Etwa indem man nachweist, dass Einkommens- und Vermögensverteilung den auch von ihren Befürwortern vertretenen Werten der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswachstums widerspricht. Beliebte Figuren sind der Widerspruch zwischen Ideologie und Wirklichkeit, oder auch der zwischen den Eliten und dem Volk, etwa dergestalt, dass die Eliten lange eine Ausdifferenzierung der Einkommen verlangten, während das Volk längst mehr Egalität forderte.

Eine solche Kritik belässt es nicht bei einem kontrafaktischen Meinen, sondern legt Latenzen und Tendenzen³ frei, die bereits im Gegenstand schlummern und entbunden werden könnten. Sie stellen eine Brücke zu einem realistischen Zukunftsentwurf dar und können auch die Strategie befruchten. Für das Wesen der Latenzen bezieht sich Bloch auf das Marx-Zitat, demzufolge »die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewusstsein besitzen muss, um sie wirklich zu besitzen.«⁴ Wichtige Tendenzen sind dagegen Bewegungen, die auf die Sprengung der gegebenen Gesellschaft hinielen, wie der tendenzielle Fall der Profitrate oder die Verelendung des Proletariats im Kapital.

2 Vgl. Gerhard Kleining: Wie ist kritische Sozialforschung möglich?, in: A. Deichsel, B. Thuns (Hrsg.): Formen und Möglichkeiten des Sozialen, Hamburg 1988, S. 235 ff. Wiederabdruck in Gerhard Kleining, Qualitativ-heuristische Sozialforschung, Hamburg 1995, S. 74 ff. Zum Thema dort v. a. S. 75 ff.

3 Hier im Sinne Ernst Blochs gemeint, z. B. Ernst Bloch: Wahrheit als eingreifende Abbildung von Tendenzen – Latenzen, in: Ders.: Tendenz-Latenz-Utopie, Frankfurt/M. 1985, S.250 ff.

4 Marx an Ruge im September 1843 laut Ernst Bloch: Traum von einer Sache, in Ders.: Aufsätze zur objektiven Phantasie, Frankfurt/M. 1985, S. 163 ff, S. 167.

Im Kleinen ist die endogene Kritik gar nicht so ungewöhnlich oder schwierig und kommt auch bei bürgerlichen Autoren vor, manchmal geradezu versehentlich. Besonders belustigend sind da zum Beispiel Studien des Allensbacher-Instituts, das immer wieder die Divergenz zwischen Elite und Volk feststellt, um dann allerdings die Dummheit des Volkes anzuprangern und seine Führungsbedürftigkeit zu beweisen.

Schwierig ist die endogene Kritik, wenn es auf die gesellschaftliche Totalität geht. Letztlich ist die Kritik der Grundzüge der Gesellschaft seit Marx keinem so recht mehr gelungen. Auch heute populäre Theoretiker der Linken wie Bourdieu oder Foucault, die sich ja exogen sehr links geäußert haben, kommen nicht zu einer endogenen Kritik der Gesellschaft. Vielmehr reduzieren sie alles auf Machtfragen. Dass der gegebenen Gesellschaft emanzipative Latenzen und Tendenzen innewohnen, kommt bei ihnen nicht vor.

Auch der Versuch von Habermas, es Marx nachzutun, indem er eine systematische Kritik der Soziologie und Sozialphilosophie schrieb (die »Theorie des kommunikativen Handelns«), hat manches Interessante, aber politisch nichts Neues erbracht, das Habermas vor diesem Werk nicht bereits dem Marxismus und der Frankfurter Schule entnommen hätte. Man kann bestenfalls sagen, dass Habermas Bestände dieser Kritik für die Zeit nach der linguistischen Wende⁵ anschlussfähig gemacht hat.

So stehen wir vor der Situation, dass es für die gegenwärtige Gesellschaft keine fundierte endogene Kritik gibt, die aktuelle Latenzen und Tendenzen aufweisen könnte. Das kann am Unvermögen der Zeitgenossen und an ungünstigen Strukturen in der Wissenschaft liegen, daran dass die Welt seit Marx noch um einiges komplexer geworden ist, oder an der Tatsache, dass Marx in seiner politischen Sprengkraft bis heute schlicht deshalb nicht zu überbieten war, weil die geschilderte Situation im Grundsatz fort dauert.

Kompetente Zeitgenossen greifen diese Latenzen und Tendenzen aber immer noch auf, manche aus marxistischer Tradition, andere vielleicht eher aus dem Gefühl für Gerechtigkeit. Nur kleiden sie dieses nicht unbedingt in eine Kritik. Manche gehen direkt zur Strategie über, einige wenige schreiben eine normative Theorie. So der amerikanische Harvard-Professor Rawls, in dessen philosophischer Utopie sich freilich zeigt, dass er sich nach wie vor die selben Fragen stellt wie Marx.

Utopiephase

Systematische Zukunftsentwürfe wurden im Marxismus meist unter dem Stichwort der Utopie verhandelt. Utopie bedeutet im griechischen soviel wie »Nirgendwo«. Damit gelten sie als unreal, was mancher schon als Grund für ihre Ablehnung nimmt. Allerdings hat sich der Sprachgebrauch in den letzten 500 Jahren verändert. Utopien liegen heute meist in der Zukunft, so dass Utopie kaum mehr etwas anderes bedeutet als Zukunftsentwurf. Allerdings mit dem Anspruch, dass dieser Entwurf etwas qualitativ Neues enthalten soll, das ihn von der Gegenwart unterscheidet. Solche Utopien sind im Marxismus nicht sonderlich angesagt. Schließlich habe man sich nach Engels Worten von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt.

5 Umstellung des Leitparadigmas in der bürgerlichen Philosophie vom Bewusstsein zur Kommunikation im 20. Jahrhundert.

Auch Marx schätzte utopische Fragestellungen nicht sonderlich. Er ging davon aus, dass die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen die Organisation und Struktur der neuen Gesellschaft entdecken werde⁶. Bloch versuchte jedoch, die Utopie für den Marxismus zu retten. Dazu unterscheidet er zwischen abstrakter Utopie und konkreter Utopie⁷. Eine abstrakte Utopie ist bares Wunschdenken, wie der Traum vom Schlaraffenland, eine konkrete Utopie nimmt Latenzen und Tendenzen auf und entwickelt sie weiter.

Bloch hat die konkrete Utopie freilich mehr beschworen, als dass er die marxistische Utopie weiterentwickelt und konkretisiert hätte. Vielmehr weist er immer wieder auf den Marxismus als konkrete Utopie hin. Wer freilich bei Marx nachschlägt, der findet wenig über die konkrete Ausgestaltung der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus oder des Kommunismus. Vielmehr hat sich Bloch den ganz großen Zielen verschrieben: Dem Reich der Freiheit, oft auch einem christlich durchtränktem Messianismus. Hier wäre weniger »Prinzip Hoffnung« und mehr Arbeit an konkreten Zielen mittlerer Reichweite angesagt. Die meisten Menschen von heute haben in den entwickelten Ländern einfach mehr zu verlieren als ihre Ketten. Sie werden sich nicht wegen einer abstrakten Hoffnung in eine Revolution stürzen, wenn sie nicht wissen, wohin diese führen wird. Nach meinen Untersuchungen als Empiriker sind sie sich im Moment nicht einmal der Möglichkeit eines Reichs der Freiheit bewusst.

Auch wenn ich den Warencharakter unserer Gesellschaft bejahren würde, würde ich Marx' Revolutionstheorie angesichts dieses Befundes nicht mehr für aktuell halten. Überspitzt könnte man sagen: Revolution war gestern, und zwar in Deutschland 1918/19 und – von außen gebracht – 1945. Auch eine Revolution setzt voraus, dass man die Massen hinter sich hat. Dass diese sich jedoch gegen das Establishment erheben, ist schlicht unnötig, wenn es das politische Establishment abwählen kann. Sicher ist das unter dem Druck einer mächtigen Kulturindustrie schwierig, aber gerade empirische Studien weisen aus, dass die Menschen dieser nicht völlig erlegen sind. Eine offene Frage bleibt lediglich, ob die Reaktion als Antwort auf eine entscheidende Wahlniederlage einen Bürgerkrieg vom Zaun brechen würde wie 1936 in Spanien.

Deshalb soll schon Engels in seinen späteren Jahren bei einem Tischgespräch gesagt haben, dass er sich vorstellen könne, dass der Übergang zum Sozialismus im demokratischen England auch ohne Revolution gelingen könne. Damit wäre er nur einen Schritt entfernt vom Habermas' »permanenter Reform«⁸. Eine solche findet freilich nicht nur durch die Kämpfe der Basis statt sondern im Wechselspiel mit dem Regierungshandeln der Parteien. Deshalb benötigen diese eine Art Leitbild einer guten Gesellschaft, wenn sie im Gewühl der Tagesaktualität nicht die Orientierung verlieren wollen. Bei der Union ist das das christliche Menschenbild, bei der FDP der Liberalismus, bei den Sozialdemokraten der demokratische Sozialismus, aus dem dort freilich nichts mehr folgt, und bei der LINKEN wird es wohl ebenfalls eine Form des demokratischen Sozialismus werden, der dann allerdings auch ihre Praxis anleiten sollte – vor allem wenn sie sich an Regierungen beteiligt.

6 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Werke, Moskau und Bindlach 1987, S. 239 ff, S. 280 ff.

7 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M. 1985, S. 723 ff.

8 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung, Frankfurt/M. 1994, 2. Aufl., S. 535 (Erstaufflage: 1992).

9 John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1979.

Jedenfalls braucht die Linke im und als Teil des parlamentarischen Systems nicht nur eine verschwommene Tendenz, sondern Zukunftsentwürfe, die im Horizont der Bevölkerung liegen und ihre Gedanken zu Ende denken. Man könnte sagen: Eine Utopie mittlerer Reichweite, die die Wähler anregt, aber nicht überfordert. Eine solche Utopie könnte andocken an Rawls »Theorie der Gerechtigkeit«⁹. Rawls ist zwar kein Marxist, was an einigen Denkfehlern klar wird, die allerdings leicht zu korrigieren sind, aber er steht in einer Linie mit Marx, was die Fragestellung angeht. Offenbar nimmt er Tendenzen und Latenzen auf, die Marx ebenfalls gesehen hat und beantwortet Fragen, die bisher bei der Konzeption des Sozialismus offen geblieben sind.

Ich spare mir die genaue gedankenexperimentelle Hinleitung zu Rawls Utopie einer gerechten Gesellschaft. Er fragt sich, was sich die Menschen unter den Bedingungen »mäßiger Knappheit« in einem Gesellschaftsvertrag unter dem »Schleier des Nichtwissens«, also ohne ihre zukünftige gesellschaftliche Stellung zu kennen, für eine gesellschaftliche und ökonomische Ordnung geben würden. Er kommt zu dem Schluss, dass dann vier Punkte für eine gerechte Gesellschaft ausschlaggebend wären:

1. Rechtssicherheit mit Grundrechten,
2. Demokratie mit maximaler Partizipation,
3. Chancengleichheit,
4. Verteilungsgerechtigkeit.

Besonders widmet er sich der Frage der Verteilungsgerechtigkeit, die bei solchen vertragstheoretischen Erwägungen bisher immer vernachlässigt wurde, und für die er auch die bürgerliche ökonomische Theorie kritisch hinterfragt. Da Fähigkeiten kein Verdienst seien, sondern Ergebnis glücklicher Umstände, kommt er zu dem Schluss, dass nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit gerechtfertigt werden müsse. Zusätzlicher Wohlstand für die Leistungsträger könne nur berechtigt sein, wenn dadurch die Produktivität steigt, so dass auch die Schlechtestgestellten profitieren. Das heißt Einkommensdifferenzierung ist nur insoweit zu akzeptieren, als sie motiviert, den Gesamtnutzen zu steigern, und dann nur soweit, dass die Schlechtestgestellten dabei gegenüber einer Gleichverteilung nichts verlieren.

Dieses Makroprinzip, von Rawls etwas unglücklich Differenzprinzip genannt, findet keine klare Entsprechung auf der Mikroebene. Hier gibt es drei Gerechtigkeitsprinzipien, die allgemein anerkannt sind:

1. Das Leistungsprinzip, das die Utilaristen und damit die Neoklassiker allgemein verbindlich machen wollen.
2. Das Gleichbehandlungsprinzip, wie es vor allem Kinder verlangen, die von ihren Eltern genauso wie ihre Geschwister behandelt werden wollen.
3. Das Bedürfnisprinzip, wie wir es vor allem unter Liebenden oder guten Freunden kennen, und das der Kommunismus (nach einer Zeit des Übergangs) allgemein verbindlich machen will.

Gesellschaften aller Zeiten haben diese Prinzipien kombiniert, und auch empirische Studien weisen aus, dass Menschen heute diese Prinzipien mischen. Es wird vom kompetenten Sozialwesen geradezu erwartet, dass es diese Prinzipien situationsadäquat anwendet

oder auch kombiniert. So herrscht das Leistungsprinzip weitgehend in der Wirtschaft, während viele Sozialleistungen an dem Gleichbehandlungsprinzip ausgerichtet sind. Die Krankenversorgung ist immer noch weitgehend am Bedürfnisprinzip orientiert, wenn sich auch hier immer mehr Elemente des Leistungsprinzips einmengen.

Bisherige Gerechtigkeitsüberlegungen gingen immer davon aus, eines der Mikroprinzipien zu verabsolutieren. Der konsequente Liberalismus rechtfertigte das Leistungsprinzip teilweise soweit, dass das Verhungern der Schwachen vorgesehen ist. Der konsequente Kommunismus strebt die Verwirklichung des Bedürfnisprinzips an, ohne zu wissen, wie man dorthin kommen soll. Das Gleichheitsprinzip wird von manchen Sozialisten vertreten, aber von der Mehrheit der Bevölkerung als »Gleichmacherei« und als ineffektiv zurückgewiesen. In der Praxis kam keine dieser Verabsolutierungen ohne komplizierte Inkonsequenzen aus. Rawls Vorschlag des Differenzprinzips, nach dem die einzelnen Mikroprinzipien kombiniert werden können, stellt daher eine große Entdeckung dar.

Die Frage, wie diese Prinzipien zu rekombinieren sind, damit im Endeffekt das Differenzprinzip steht, lässt sich nicht so abstrakt beantworten. Ich will später noch einmal zu einer anderen Utopie kommen, die in der Linken diskutiert wird, der des bedingungslosen Grundeinkommens. Hier können einige Aspekte geklärt werden. Vorher will ich aber zu einigen Problemen der Rawlschen Theorie kommen.

Rawls bevorzugt für die Umsetzung seiner Utopie eine Klein-eigentümergeellschaft à la Locke¹⁰. Jede und jeder soll quasi ihre oder seine eigenen Produktionsmittel besitzen und mit den anderen Produzenten über Märkte vermittelt sein. Staatliche Eingriffe sollen minimiert werden. Wie das mit einer großtechnischen Produktion und dem Drang marktwirtschaftlich wirkenden Kapitals zur Konzentration funktionieren soll, verrät Rawls nicht. Er bleibt hier in seinem liberalen Erbe befangen. Allerdings distanziert er sich auch deutlich von der gegenwärtigen Gesellschaft. Die oligarchische Wohlfahrtsgesellschaft ist für ihn nicht gerecht. Durch die ungerechtfertigte Privilegierung einer Minderheit fehle es ihr an Demokratie, Chancengleichheit und erst recht an Verteilungsgerechtigkeit¹¹.

Er will sich aber an diesem Punkt nicht wirklich festlegen, sondern zieht auch noch einen »liberalen Sozialismus« als Umsetzung der gerechten Gesellschaft in Betracht. Dabei bleibt zwar offen, ob die Produktionsmittel staatlich sein sollen oder genossenschaftlich den Produzenten gehören, aber es wird auf jeden Fall klar, dass das Eigentum an Produktionsmitteln grundsätzlich vergesellschaftet werden soll.

Rawls »liberaler Sozialismus« entspricht in weiten Teilen dem, was man in Deutschland unter »demokratischem Sozialismus« versteht – mit Grundrechten, Demokratie, Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit. Neu daran ist, dass er das Verteilungsprinzip des Sozialismus konkretisiert und falsche Bilder totaler Egalität zerstört, die sich an der Wirklichkeit der realen Menschen reiben. Will man an diesem Leitbild für ein Programm innerhalb der Linken festhalten, wird man schlecht an der weitgehenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorbeikommen. Denn Gerechtigkeitstheore-

10 John Locke, englischer liberaler Philosoph, 1632-1704.

11 Vgl. John Rawls: Gerechtigkeit als Fairness, Frankfurt/Main 2006, S. 211 ff.

tisch ist eine Schicht von Eigentümern, die zwar Rendite aus den Produktionsmitteln zieht, aber nichts mehr leistet, weil die Verwaltung weitgehend in den Händen der Produzenten ist, ebenso wenig zu rechtfertigen wie die Privilegien eines funktionslos gewordenen Adels. Strategisch freilich kann der stete Abbau der Rechte der Eigentümer bei gleichzeitigem Aufbau der Rechte der Produzenten der rechte Weg sein. Als Utopie mittlerer Reichweite bietet sich freilich ein in sich geschlossener, logisch rechtfertigbarer Zustand an.

Rawls' Utopie ist eine recht weitgehende Vision, gleichwohl eine Utopie mittlerer Reichweite. Er geht von einem Zustand »mäßiger Knappheit« aus und glaubt auch nicht, dass dieser überwunden werden könne. Damit wird klar, dass seine Vision unter Bedingungen extremer Knappheit nicht umsetzbar ist. Dass für Rawls eine Gesellschaft ohne Knappheit nicht denkbar ist, liegt an seinem Menschenbild. Es ist, mit einigen Variationen, das des Nutzenmaximierers, des Menschen der heutigen Volkswirtschaft. Das ist ein Vorteil und ein Nachteil zugleich. Der Vorteil besteht darin, dass Rawls die Menschen so nimmt wie sie sind. Seine Utopie bedarf explizit keines »neuen Menschen«. Sie wäre wohl mit geringen Abstrichen mit dem heutigen Menschen machbar. Womit sich Rawls nicht beschäftigt, ist ob und wie im Schoße der gerechten Gesellschaft der »neue Mensch« entstehen könne, den es zum Aufbau weiterführender Utopien absoluter Reichweite wie des Kommunismus bedürfte. Ich kann hier nur sagen, dass ein solcher Mensch im Gegensatz zum Nutzenmaximierer eben keine unendlichen Bedürfnisse haben dürfte, sondern sich ökonomisch mit einem angemessenen Standard zufrieden geben müsste. Denn solange der Mensch in der Struktur eines suchtartigen, unlimitierten Konsums gefangen ist, solange kann es bei allem Fortschritt des Wohlstandes kein Ende der Knappheit geben. Sie kann nur überwunden werden, wenn sie sowohl von der subjektiven wie der objektiven Seite angegangen wird.

Strategie

Nun zu einer anderen Utopie mittlerer Reichweite: Dem bedingungslosen Grundeinkommen. Zunächst einmal ist umstritten, ob es sich dabei überhaupt um eine sinnvolle Utopie handelt, wenn man letztlich den demokratischen Sozialismus anstrebt. Also ist zu prüfen, ob ein solches Einkommen den Gerechtigkeitsprinzipien dieser Vision entspricht. Das bedingungslose Grundeinkommen wird nach dem Gleichheitsprinzip vergeben. Es kann also nur einen Teil des Einkommens ausmachen und muss durch leistungs- und bedürfnisadäquate Leistungen ergänzt werden. Da aber das Differenzprinzip nur durch eine Kombination aller drei Prinzipien verwirklicht ist, spricht prinzipiell erst mal nichts gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Fragt sich nur, inwieweit es sinnvoll oder gar notwendig ist. Das hängt vor allem von der verfolgten Sozialismuskonzeption ab. Ich will hier nur zwei Extremtypen betrachten. Den genossenschaftlichen und den Staatssozialismus. Letzterer kann dank zentraler Planung für Vollbeschäftigung sorgen und die Löhne nicht ausschließlich nach dem Leistungsprinzip berechnen. Stattdessen ist in jeder Preisbildung ein starkes politisches Element. Auch heute sind durch

die Gewerkschaften und den Staat viele Löhne und Preise bereits ein Stück weit politisch, richten sich also nicht ausschließlich nach dem Leistungsprinzip des Marktes. Deshalb sind die Gegner des Grundeinkommens auch dafür, diese politische Komponente zu stärken, während die Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens hier Grenzen sehen.

Wenn man das Ziel eines Staatssozialismus verfolgt, ist das bedingungslose Grundeinkommen jedenfalls nicht zwingend. Allerdings hat der Staatssozialismus einen entscheidenden Nachteil. Er ist sehr anfällig gegenüber Planungsfehlern und sehr unflexibel gegenüber unvorhergesehenen Änderungen fundamentaler Daten (Rohstoffknappheit, Bedürfnisentwicklung). Der genossenschaftliche Sozialismus kann solche Störungen leichter ausgleichen, weil bei ihm der Marktmechanismus noch eine gewisse Rolle spielt. In ihm sind die Arbeitnehmer eines Unternehmens die genossenschaftlichen Eigentümer ihres Betriebes. Untereinander verkehren die Genossenschaften auf Märkten (die natürlich einer gewissen Regelung durch den Staat unterliegen). Das würde dazu führen, dass Löhne und Preise nicht mehr so stark politisch reguliert würden. Sogar eine gewisse Sucharbeitslosigkeit ist denkbar. Aber auch hier wäre die Kapitalistenklasse enteignet und ihrer Kontrolle über den Mehrwert beraubt. Hier wäre zur Verhinderung von Insider-Outsider-Problemen (Benachteiligung von Personen, die nicht so fest in einer Genossenschaft verankert sind) und zur Anhebung niedriger Lohngruppen ein bedingungsloses Grundeinkommen sinnvoll. Es könnte dann sogar eine Brücke zum Kommunismus darstellen, bei dem die selbstbestimmte Arbeit die Lohnarbeit verdrängt.

Es ist möglicherweise etwas früh, sich schon auf die genaue Ausgestaltung des demokratischen Sozialismus festzulegen. Man muss offen bleiben für die Entwicklung der politischen und ökonomischen Kämpfe. Aber was die kurzfristige Strategie angeht, werden die prinzipiellen Probleme zwischen Grundsicherungs- und Grundeinkommensbefürwortern übertrieben. Daran sind auch die Grundeinkommensbefürworter schuld, die gelegentlich so tun, als ließe sich das Grundeinkommen von heute auf morgen einführen. Nach dem Konzept der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen der LINKEN müsste dafür aber die Staatsquote¹² schlagartig um mindestens 15 Prozentpunkte auf rund 2/3 steigen. Gleichzeitig könnte es zu tief greifenden Änderungen im Verhalten der Menschen kommen. Ein solcher Prozess wäre geradezu revolutionär und in seinen Konsequenzen für Gesellschaft und Ökonomie nicht abzusehen. Da im bestehenden System solche radikalen Brüche weder wahrscheinlich noch wünschenswert sind, sollte man sich mit den Realitäten der permanenten Reform auseinandersetzen und eine Strategie erarbeiten, die den Systemwandel langfristig und schrittweise vorbereitet. Ein wichtiger Schritt zum bedingungslosen Grundeinkommen wäre erstmal eine bedarfsorientierte Grundsicherung (mit Bedürftigkeitsprüfung), die die Gesellschaft darauf vorbereitet, dass es auch ohne den ständigen Bewerbungszwang von Amts wegen und den Zwang, jede Stelle anzunehmen, geht. Auch bei der nichterwerbstätigen Bevölkerung ließe sich ansetzen: Etwa durch ein existenzsicherndes Kindergeld bei gleichzeitiger Abschaffung

12 Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt.

der Steuerfreibeträge oder durch eine existenzsichernde Mindestrente bzw. die Aufteilung der Rente in einen existenzsichernden Sockelbetrag und einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag, um hier nur einige Andeutungen zu machen, die sich sicher in weitere Unterschritte zerlegen lassen.

Auf kurze Sicht wären dann die Differenzen zwischen Grundeinkommens- und Grundsicherungsbefürwortern sicher gering, aber letztere müssen sich auch fragen lassen, welche Vision sie verfolgen. Denn solche Zukunftsvorstellungen steuern bis zu einem gewissen Punkt die Strategie und verhindern, dass man sich in der Tagespolitik verzettelt. Deshalb könnte sich die Frage nach dem demokratischen Sozialismus früher stellen, als man heute denkt. So bleibt auch die Arbeit an konkreten Utopien mittlerer Reichweite eine Aufgabe für die Linke. Dabei darf man freilich nicht in den Fehler verfallen, mit Utopien Tagespolitik machen zu wollen. Vielmehr muss man sie auf eine Strategie herunterbrechen.

Nach diesem Durchlauf durch Analyse-, Kritik-, Utopie- und Strategiephase dürfte klar sein, was die Aufgaben der jeweiligen Diskussionsphasen sind. Die Analyse dient der Feststellung des Ist-Zustandes, die Kritik der Freilegung von Latenzen und Tendenzen der gegenwärtigen Lage, die Utopie soll ein erreichbares Ziel festmachen, das im Rahmen der gegenwärtigen Latenzen, Tendenzen und Möglichkeiten liegt, und die Strategie soll die Verwirklichung der Utopie in konkrete politische Forderungen und Kampagnen herunterbrechen, ohne das umfassende Ziel aus den Augen zu verlieren. Dabei ist die Utopiephase, gemäß meiner Überzeugung, dass hier im Moment die größten Schwächen der Linken liegen, besonders betont worden. Dabei sind einige inhaltliche Punkte angesprochen worden. Sie haben freilich mehr erläuternden und beispielhaften als erschöpfenden Charakter. Dieser Versuch beansprucht weniger alle Fragen zu beantworten, sondern macht einen Strukturierungsvorschlag für Debatten, die in der Linken noch immer so chaotisch geführt werden wie in den 1980er Jahren.

HORST BETHGE

Schöne neue Schule 2020

Die Geschwister Paula und Paul besuchen in Wanssen an der Lahe weiterführende Schulen: Paula, die Ältere, das Goethe-Gymnasium und Paul die Friedrich-Ebert-Stadtteilschule. Denn, als er eingeschult wurde, war die Primarschule des Goethe-Gymnasiums als Folge der Bildungsreform zur SvS (Selbst verwaltete Schule) überfüllt. All zu viele Eltern hatten diese Vorschule der Primarstufe, die bei dieser ehrwürdigen Bildungsanstalt angedockt war, angewählt, weil sie sich davon Vorteile versprachen. So musste denn der Zweitgeborene Vorlieb mit der Stadtteilschule nehmen, in die zumeist die Arbeiter- und Ausländerkinder gingen. Die Eltern hatten für beide Kinder Bildungsgutscheine von der Kommune bekommen: Blaue für die drei Rs (reading, writing, arithmetics), grüne mit einem großen L für languages, gelbe für Naturwissenschaften, Sport, Musik, Kunst, Schwimmen, Computer, Kochen, Holz- und Metallwerken. Die blauen lösten sie gegen Unterricht an den beiden Schulen ein. Die grünen bei der Berlitz-School am Ort, die gelben für Naturwissenschafts-Kurse im Phywe-Lehrinstitut. Für die anderen gelben hatten sie im Sonderangebot bei Tschibo Gutscheine eingetauscht, die sie in der JEKI-Liz-Mohn-Musikschule (Jedem Kind ein Instrument, früher kommunale Jugendmusikschule), dem örtlichen Body-Builder und dem Vattenfall Kochstudio einlösen konnten. Es blieben sogar noch einige übrig, die sie für Nachhilfe bei der Klett-Tochter »Schülerhilfe« ausgeben konnten. Da beide Kinder zwar hochbegabt, aber Legastheniker waren, bezahlen die Eltern aus den Konten des Bildungsspar-Briefes der Deutschen Bank, den die Großeltern schon vor Jahren angelegt hatten, Förderunterricht bei der Sylvan-Learning-Schule, die nach US-Methoden fördert.

Die beiden Schulen sind unterschiedlich organisiert: Das Goethe-Gymnasium ist vor Jahren an den Phorms-Schulkonzern aus Berlin verkauft worden, die F.-Ebert-Schule ist ein PPP-Projekt, das heißt ein Public-Private-Partnership-Projekt zwischen der Stadt Wanssen an der Lahe und der Bertelsmann-Stiftung. Beide erhalten von der Stadt ein festes Budget pro Jahr, müssen aber Zusatzeinnahmen akquirieren, um den Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. Beim Goethe-Gymnasium zieren große Reklamen die Außenwände und Werbetafeln jeden Schulflur. Es hat einen Generalvertrag mit Coca Cola, das auch die rote Schulkleidung gegen eine geringe Gebühr der Eltern stelle und die Schulkantine in Kooperation mit MacDonalds unterhält. Es war im letzten Jahr ins Gerede gekommen, was zu tagelanger Pressefehde in der »Wansener Allgemeinen« führte,

Horst Bethge – Jg. 1935; Grund-, Haupt- und Real-schullehrer a. D., ehemals Mitherausgeber »Demokratische Erziehung«, lang-jährige Mitarbeit in der GEW, Referat Bildungspolitik, z. Zt. Sprecherteam der BAG Bildungspolitik der LINKEN und im European Educational Forum innerhalb des Europäischen Sozialforums. Veröffentlichungen zum Thema: »Die Bildungsmärkte der Wissensgesellschaft. Public Private Partnership an Schulen« in Bittlingmayer/Bauer (Hrsg.): Die Wissensgesellschaft-Mythos, Ideologie oder Realität, Wiesbaden 2006; »Bertelsmann macht Schule« in Wernicke/Bultmann »Netzwerke der Macht-Bertelsmann«, Marburg 2007. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Grüne Schrift – schwarzer Text, Heft 217 (November 2008).

Überarbeitetes Eingangsreferat vor der LAG Bildungspolitik der LINKEN in Sachsen, Dresden 25. 4. 08.

weil ein Primaner von der Schule geflogen war, der plötzlich mit einem Pepsi-T-Shirt erschien und sich weigerte, es auszuziehen. Trotz guter Noten flog er, weil die Schule die Konventionalstrafe aus Atlanta fürchtete. Die F.-Ebert-Schule zeigt nur Werbung für Firmen des Bertelsmann-Konzerns: RTL, Arvato, Random House, VOX, UFA, Bertelsmann-Buchklub und so fort. Vor allen Unterrichtsstunden erscheint auf den Klassen-Beamern »Diese Stunde wird Euch präsentiert von RTL II« oder »Diese Geographie-Stunde wird präsentiert vom Verlag Perthes in Gotha«, denn Bertelsmann hat ja inzwischen fast alle deutschen Fachverlage aufgekauft, aber die eingeführten Namen gelassen. Der Direktor, Dr. Dr. Maddelhilf, ein ehemaliger Bertelsmann-Manager, hat dafür gesorgt, dass der Ebert-Schule die gesamte Schulhoffläche erhalten blieb. Im Goethe-Gymnasium ist der halbe Schulhof abgetrennt und als Parkplätze an umliegende Geschäfte vermietet worden. PPP mit Bertelsmann hat eben seine Vorteile: Man brauchte sich nicht jedes Jahr um neue Sponsoren bemühen! Auf beiden Schulhöfen patrouillieren Doppelpfeifen von Securitas, die auch an den Eingangsschleusen die täglichen Sensorkontrollen nach Waffen und Messern vornehmen. Die Phorms AG bringt ihr eigenes Gebäudemanagement einschließlich der Hausmeister mit, bei der F.-Ebert-Schule kommen sie von der größten Bertelsmann-Tochter Arvato. Das sind zumeist 1-Euro-Jobber. Ebenso die Fahrradwachen, Putzfrauen, Kantinenhelferinnen und Schulsekretärinnen.

Beim Goethe-Gymnasium gibt es Lehrer-Jahresverträge. 20 Prozent des Gehaltes werden als Leistungsprämien gezahlt. Die Lehrerinnen und Lehrer sind alle sehr jung, weil sie jährlich gegen die alten, deshalb teureren Lehrkräfte ausgetauscht werden. Bei der Bertelsmann-Schule gibt es 2 Jahres-Verträge, dafür aber mehr Teilzeit-Kräfte, unter denen viele Uni-Assistentinnen ihren Zweitjob haben. Alle Lehrkräfte arbeiten 40 Stunden in der Schule, haben dafür aber auch alle ihren persönlichen Counter als festen Arbeitsplatz in der Schule. Durch die neueste EU-Dienstleistungsrichtlinie sind Zeugnisse, Ziffernnoten und Schüler-Portfolio-Mappen abgeschafft und durch europaweit anerkannte »Skill-Cards« ersetzt worden. Alle Leistungen, alle Kurse, auch die beim privaten Body-BUILDER verbrachten, jeder Tadel und jedes Versäumnis wird sofort elektronisch auf die Karte geladen, deren sonstige Angaben mit dem 2006 eingeführten Schülerzentralregister übereinstimmen. Dafür gibt es jeweilige Credit-Points. Und auch die Ergebnisse der Lehrer-Tamagotchi werden übertragen. In den »Drei R-Stunden« hatten die Lehrerinnen und Lehrer Tastaturen mit 60 Knöpfen auf den Pulten, für jeden Schüler einen roten und einen blauen. Blau wird bei jeder richtigen Antwort oder guten Frage gedrückt, rot bei falschen oder keinen Antworten, beim Schwatzen oder bei Unaufmerksamkeit. Die Eltern können sich gegen Gebühr, an die Schule zu zahlen, online einloggen und so alle halbe Stunde das Verhalten ihrer Sprösslinge abfragen. Wer 120 € monatlich zahlt, kann das alle 30 Minuten tun, wer 60 € zahlt nur alle 60 Minuten.

Im Goethe-Gymnasium erhält jeder Schüler einen Laptop von Intel, den die Eltern verbilligt kaufen können, bei der F.-Ebert-Schule von Microsoft, die Bertelsmann stellt. Auch die Lehrkräfte planen ihren

Unterricht und fertigen Power-Point-Präsentationen auf kostenlos überlassenen Computern. Bei Intel müssen sie die Unterrichtsentwürfe bei der Intel-Akademie in Dillingen abliefern, die Bertelsmänner bei Random-House in Gütersloh. Dafür können sie dann die weltweit vernetzten Datenbanken mit vorfabrizierten Unterrichtsstunden nutzen – gegen Gebühr pro Modul versteht sich. Das macht aber gar nichts, denn aller Unterricht ist modularisiert und auf bundesweite Standards ausgerichtet. Er wird auch ständig evaluiert. Die Ergebnisse werden für die Schülerinnen und Schüler in die Skill-Cards eingetragen, für die Lehrerinnen und Lehrer in ihre Gehaltskonten. Sie dienen als Grundlage für die Leistungszulagen (sogenannte »Leistungsabhängige Gehaltsbestandteile«, die schon Rot-Grün in den 1990ern in die Beamtengesetze eingeführt hatte).

Obwohl Paulas Schule Teil einer privaten AG ist und die von Paul eine halbstaatliche PPP-Schule: Für die Steuerung macht das keinen Unterschied. In allen Schulen der EU gibt es nämlich einheitliche Kostenkennziffern für das gesamte schulische Geschehen, insgesamt 900, die zur SAP R-3-Steuerungssoftware gehören. Leistungen der Schüler und Lehrergehälter werden nach den Sollkennziffern abgerechnet, genauer, nach dem Erreichungsgrad. Z. B. wie viel Prozent des Unterrichts computergestützt erteilt wurde oder wie viel Prozent der Schulabgänger eine Lehrstelle im dualen System ergattert hatten oder wie viel Prozent der Schüler mit einer Lehrkraft zufrieden gewesen sind oder wie viele Prozent der Wörter im Test richtig geschrieben worden waren. Das Phorms Goethe-Gymnasium benutzt dafür das von der amerikanischen ETS (Educational Testing Systems, der weltweit größte Test-Konzern, der real die riesigen PISA-Tests für die OECD durchführte) entwickelte Evaluationssystem. Die F.-Ebert-Schule als Bertelsmann-PPP-Schule natürlich das von Bertelsmann entwickelte SEIS-Evaluationssystem. Die Prozentrangplätze beider Schulen gehen in das jährliche, bundesweite Ranking ein, das die KMK verordnet hat und das FOCUS jährlich in einem FOCUS-Spezial veröffentlicht. Auch in der Internet-Plattform »Spick mich« kann man es nachlesen und gegebenenfalls herunterladen. Die einzelnen Ergebnisse werden nach einem komplizierten System faktorisiert, in die auch die Computerauswertung aller Schulhof-Videokameras und -mikrophone eingehen. Denn es gibt bei Schulhof-Raufereien, dem Gebrauch von Schimpfwörtern oder der Benutzung fremder Sprachen auf dem Schulhof (Schulordnung am Goethe-Gymnasium § 3: »Im Namen des großen deutschen Dichters wird von allen auch auf dem Schulhof deutsch gesprochen!«) einen Punkteabzug. Die Videokameras in Verbindung mit dem computerlesbaren biometrischen neuen Personalausweis, von Schäuble 2008 eingeführt, erlauben eine genaue Zuordnung der Bilder oder Stimmen zu bestimmten Schülerinnen und Schülern. Das ist für die zukünftigen Sollkennziffern wichtig. Bei Phorms gab es sie zentral, bei Bertelsmann müssen sie jährlich zwischen Schulleitung, Lehrern, Schülern und Eltern in »Ziel- und Leistungsverträgen« neu vereinbart werden.

Gut ist, dass jetzt viel weniger Unterricht ausfällt. Die täglichen vom Schulcomputer ausgedruckten Lehrer-Stundenpläne setzen zahlreiche Vertretungslehrkräfte ein, denn sowohl das Goethe-Gym-

nasium wie die F.-Ebert-Schule sind als SvS-Schulen, die ihr Personal selbständig rekrutieren und einstellen dürfen, gegen Gebühr an den privaten Pool der Lehrerfeuerwehr im Landkreis Horburg angeschlossen, den die Bildungsinfrastruktur GmbH errichtet hat. So können jederzeit stundenweise Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose, prekär Beschäftigte aller Art ein Zubrot verdienen.

Mit Vermietungsgebühren für die Schulräume an private Firmen, für die Tonwerkstatt an eine Töpferei, der Kunst- und Holzwerkstatt-räume an die Volkshochschule und der Kantine an Pizza-Hut kann das Goethe-Gymnasium zusätzliche Einnahmen gewinnen. Die F.-Ebert-Schule vermietet den Computerraum an die Seniorenakademie, zumeist sogar mit älteren Schülern als Honorarlehrkräften, die als Ich-AG Lizenzgebühren dafür an die Schule abführen. Diese wiederum muss für die Evaluation nach SEIS 300 € pro Klasse an Bertelsmann abführen und hat ja auch sonst allerlei Kosten für outgesourcte Dienstleistungen zu tragen.

Aber auch die Lehrkräfte haben Vorteile: Die zentral von der Humboldt-Universität entwickelten Bildungsstandards sind in leicht abtestbare Module gegossen. Darum gibt es auf den Datenbanken fertige Unterrichtseinheiten zum Abrufen. Schulprogramme lässt die F.-Ebert-Schule von Arvato entwickeln, das Goethe-Gymnasium kauft sie bei Accenture (früher bis zum Enron-Skandal in USA Anderson-Consulting). Berufsberatung führt das Berliner »Bildungsnetzwerk Bildung« mit einer ehemaligen Berliner Schulsenatorin und früheren GEW-Funktionärin an der Spitze durch. Die Schulleitungen können sich ganz auf die pädagogische Leitung konzentrieren, denn ein kaufmännischer Direktor aus der Wirtschaft zählt als Manager immer zur Schulleitung, verantwortlich für die Vergabe und Kontrolle der outgesourcten Aufgaben wie Rechnungswesen, Personalverwaltung, Sponsoren-Akquisition, Bewerber-Assessment nach dem Verfahren PRAXIS (Professional Assessments for Beginning Teachers). Für die wissenschaftliche Begleitung sorgt Bertelsmann bei den PPP-Schulen, bei anderen die private Bremer Universität IUB mit ihrem Kooperationspartner, der Rice-University in Austin (Texas). Überhaupt findet die Lehrerausbildung jetzt als weiteres PPP-Projekt entsprechend der neuen EU-Richtlinie Bolkestein IV mit Trainern der Universität Riga statt, nach lettischen Gehältern bezahlt, also sehr preiswert (Herkunftsland-Prinzip).

Vor allem betuchte Eltern profitieren ebenfalls: Sie können an der »Gutschein-Börse«, Bildungsgutscheine gleichsam wie Aktien dazukaufen. Die Idee dazu hatten vor Jahren Schüler im Rahmen des von der Wirtschaft ausgelobten Wettbewerbs »Junior-Entrepreneurs« entwickelt und profitabel an Sylvan Learning verkauft, die diese Börsen nun an ihren Dependancen in Berlin, Frankfurt, München, Dresden und Hamburg unterhält.

Entsprechend der Expertise der »Sächsisch-Bayrischen Zukunftskommission« aus den 1990ern hat nun endlich die KMK verbindlich festgelegt, dass 30 Prozent aller Schulabgänger mit den meisten Credit Points, weil in Zukunft nicht mehr so viele Absolventen benötigt werden, um das gegenwärtige Produktionsniveau aufrechtzuerhalten, zum Studium zugelassen werden. 20 Prozent sind für die Berufsausbildung festgelegt wegen gelegentlicher und konjunkturel-

ler Zeit- und Hilfstätigkeit. Für 50 Prozent der Schulabgänger bieten die Arbeitsagenturen Qualifizierungsmaßnahmen unter Bezeichnungen wie IQCP oder ISO 2020 als Warteschleifen aller Art an, »to cool out the kids«, in denen Konsumerziehung auf Drängen von LIDL und ALDI, Medienerziehung auf Verlangen von RTL, weil die Einschaltquoten für »Deutschland sucht den Superstar« erheblich zurückgehen, Ernährungslehre nach Modulen von MacDonaldis und Verkehrserziehung auf Anregung von VW und vom ADAC verpflichtend angeboten werden.

Kurz: Paula und Paul haben Glück, dass sie moderne Schulen besuchen, die beim PISA-Ranking gut abschneiden, und dass sie sich nicht wie früher mit verstaubter Allgemeinbildung herumschlagen müssen. Paula geht nach 12 Schuljahren dem Abitur entgegen, und will sich, da sie sprachbegabt ist, demnächst dem TOEFL unterziehen (Test of English as a Foreign Language, entwickelt von Sylvan Learning, weltweit eingesetzt), um mit einem Rockefeller-Stipendium im Ausland zu studieren. Die Studiengebühren in der BRD sind jetzt mit 2000 € pro Trimester auch wirklich zu hoch. Paul hofft, nach Klasse 10 genug Credit Points zusammenzubekommen, um zu den 20 Prozent Azubis zu gehören. Er macht nun gerade bereits das dritte kostenlose Praktikum bei Unilever.

Notwendiges Nachwort

Die schöne neue Schule 2020 mag mancher für Science Fiction oder blühende Autorenphantasie halten. Aber alles das gibt es schon an Schulen. Jetzt, 2008, noch nicht alles in der BRD, aber schon hier und da das Eine oder Andere an Schulen in der OECD. Nicht alles an zwei Schulen in Wansan an der Lahe – aber der Trend geht auch dort dahin. Denn Ökonomisierung, PPP und Privatisierung in der offiziellen Bildungspolitik schreiten rasch fort. Aber es gibt Hoffnung, dass es anders kommt: Findige Hacker des Chaos Computer Clubs (CCC) sind gerade in die zentralen Rechner des bundesweiten Schülerregisters und bei Bertelsmann eingedrungen und haben Programme mit offenen Quell-Codes entwickelt, dass jeder seine Skill-Card selbst aufladen kann. So hat nun jede Lehrkraft unverhofft eine neue Sollkennziffer als Bildungsziel vor Augen: Die Schülerinnen und Schüler zu 100 Prozent zu Aktivisten im CCC zu befähigen!

JENS MAESSE

Grenzenlos und trotzdem nachhaltig wachsen?

Ein Kolloquium zur Archäologie des Wachstumsmythos

Jens Maeße – Jg. 1978, hat Soziologie und Philosophie in Magdeburg und York studiert und ist Doktorand und Lehrbeauftragter am soziologischen Institut der Universität Magdeburg.

Genaugenommen entbehrt das Motto des Kolloquiums, das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt in Kooperation mit dem Gesprächskreis Nachhaltigkeit organisiert wurde, nicht einer gewissen Absurdität. Denn es hat sich auch außerhalb akademischer Zirkel längst herumgesprochen, dass im begrenzten Natursystem Erde nichts – auch nicht die Wirtschaft – unbegrenzt wachsen kann. Aber dieser banalen Einsicht stehen offenbar zwei gleichfalls banale Einsichten im Wege. Zum einen handelt es sich beim Wachstum unter kapitalistischen Verhältnissen nicht nur um einen Zwang, der allen Unternehmern bei Strafe ihres Untergangs aufgeherrscht wird, sondern auch um eine scheinbar alternativlose politische Herrschafts- und Problemlösungstechnik, der sich bislang keine politische Partei verweigern konnte. Zum zweiten haben wir es beim ›Menschen‹ – diesem »ledernen Sack voller Kniffe und Piffe« (W. Busch) – mit einer besonderen Spezies zutun, die ihre Bedürfnisse nicht nur unendlich einschränken kann, sondern auch schier unendlich auszuweiten vermag. Auch deshalb argwöhnten wohl bereits die Klassiker der politischen Ökonomie (insbesondere Malthus), dass der Kapitalismus die der menschlichen Natur am besten entsprechende Wirtschaftsweise sei – eben weil sie auf permanentes Wachstum angelegt ist.

Damit ist die Frage nach der Zukunft des Wachstums nicht nur die nach einem anderen Gesellschaftssystem, sondern wohl auch die nach einem anderen Menschen; die Frage danach, mit wem ein nachhaltiges, zukunftsfähiges Gesellschaftssystem denn ins Werk gesetzt werden soll.

Damit waren die Prämissen der Diskussion gesetzt, die durch die zahlreichen, teilweise entwaffnenden Vorträge im Verlaufe des Kolloquiums, das am 12. Juni 2008 in Magdeburg stattfand, untermauert wurde: »Wachstum, so, wie wir es kennen, führt die Menschheit in eine ökologische Katastrophe!« So zeigte *Elmar Altvater* (Emeritus, FU Berlin) im Eingangsreferat, dass permanentes Wirtschaftswachstum ein historisch junges Phänomen ist. Weder Marx noch Smith oder Ricardo hatten eine Vorstellung vom Zusammenhang zwischen Wachstum, Akkumulation und Ressourcenverbrauch. Und in der Tat sollte für Marx erst die kommunistische Revolution und nicht die heute drohende ökologische Katastrophe den in sich endlosen Prozess der kapitalistischen Akkumulation stoppen. Altvater wies darauf hin, dass Wachstum das Resultat eines »Substitutionsprozesses« ist, der im 19. Jahrhundert begann und im 20. Jahrhun-

dert intensiviert wurde. Biologisch-solare Energiequellen wurden durch fossile ersetzt. Damit war die energetische Basis des industriekapitalistischen Wachstums gelegt, die nicht nur endlich ist, sondern heute auch ihr katastrophisches Potential zur Entfaltung zu bringen droht.

Kann dieser Substitutionsprozess nicht wieder umgekehrt werden, so Altvater, dann führt das Wachstum die Menschheit in ein Zeitalter, von dessen Konturen *Götz Brandt* (ökologische Plattform, DIE LINKE) ein düsteres Bild zeichnete, das in seiner Deutlichkeit keine Fragen offen ließ – »Heißzeit«, Unbewohnbarkeit ganzer Erdregionen, Verlust der Bodenfruchtbarkeit, Kriege um Nahrungsmittel und Ressourcen, das sind die Verheißungen der Zukunft. Nach Brandt stellt uns das »Katastrophenpotential des industriellen Kapitalismus« vor die Wahl, entweder eine radikale Umstellung unserer Lebensweise mit all den damit verbundenen Implikationen vorzunehmen oder geradewegs in die »ökologische Katastrophe« zu schlittern: Sozialismus oder »Heißzeit«!

Wer der kategorischen Forderung von Brandt nicht folgen wollte oder konnte, dem bot der sachsen-anhaltische Landtagsabgeordnete und Unternehmer *Frank Thiel* die Perspektive eines »nachhaltigen Wachstums«. Thiel ging in seinem Vortrag der Frage nach, wie Wachstum mit einer zukunftsfähigen Industrie-, Struktur-, Regional-, Energie- und Umweltpolitik verbunden werden könnte. Zwar forderte auch Thiel eine Energiewende, die Senkung des Rohstoffverbrauchs sowie den Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe. Aber das alles ginge nicht ohne Wachstum, so Thiel. Hinter Thiels pragmatischer Position stand allerdings nicht in erster Linie ein wirtschaftswissenschaftlich informierter Wachstumsbegriff, sondern eine »realpolitische Grundhaltung«, die auf »das politisch Machbare« fixiert blieb. Dem von den anderen Vorträgen geradezu geschockten Beobachter wurde damit zwar ein »realpolitischer Weg« jenseits der Alternative von »Sozialismus oder Heißzeit« geboten, aber die Teilnehmer beschlichen doch erhebliche Zweifel, ob Thiels Konzept einer politisch geräuschlosen Wende den tatsächlichen Anforderungen der Abwendung einer gegenwärtig drohenden ökologischen Katastrophe gerecht wird. Möglicherweise handelt es sich bei Thiels »Realpolitik« nur um das andere Extrem des kategorischen Imperativs von Götz Brandt.

Den Gegensatz zwischen »Realpolitik« und »realer Politik« nahm *Frieder Otto Wolf* (Honorarprofessor, FU Berlin) am Beispiel der Grünen in den Blick. Wolf wies darauf hin, dass Realpolitik ein Disziplinierungsinstrument ist, mit dem grundsätzliche Alternativen zur herrschenden Politik als »absurde Spinnereien« denunziert werden sollen. Wirkliche Alternativen können nur durch Utopien neuer Formen menschlichen Wirtschaftens und Zusammenlebens entstehen. Die Fixierung auf Realpolitik führt zu einer realen Politik, die sich bald vollständig an der herrschenden Meinung orientiert, wie das Beispiel der Grünen eindrucksvoll zeigt, so Wolf. Das wollte er allerdings nicht als Ablehnung jeglicher realen Politik verstanden wissen. Vielmehr sind heute neue gesellschaftliche Akteure gefragt, die jenseits der nationalstaatlichen Ebene agieren, um den kapitalistischen Wachstumszwang aufzubrechen und den Übergang von der

drohenden ökologischen Katastrophe zum »solaren Zeitalter« (Alt-vater) einzuleiten.

Für mehr Druck und utopische Potentiale aus der Gesellschaft heraus sprach sich auch *Hans Thie* (wirtschaftspolitischer Referent der Bundestagsfraktion, DIE LINKE) aus. Er diagnostizierte nicht nur eine noch ausstehende (ökologische) Revolution in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, um der ökologischen Frage, die sich heute dringender als je zuvor stellt, mit angemessener wissenschaftlicher Sensibilität zu begegnen. Thie eröffnete zudem eine interessante politische Perspektive für die parlamentarische und außerparlamentarische Linke. Gerade die Unausweichlichkeit einer grundlegenden Transformation der industriellen, auf fossilen Energieträgern basierenden Produktivkräfte macht die ökologische Wende notwendigerweise zu einem Projekt der Linken. Fraglich ist jedoch, ob die Linken bereits begriffen haben, dass eine gerechte, solidarische und libertäre Gesellschaftsordnung angesichts der drohenden ökologischen Katastrophe notwendigerweise eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zur Voraussetzung hat. Sicher melden sich hier die Kritiker der Kritiker mit dem Verweis auf den hypothetischen Charakter der »Heißzeit« zu Wort, schließlich haben sich doch gerade Naturwissenschaftler schon öfter geirrt. Aber was, wenn sie diesmal richtig liegen? Eine auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung ausgerichtete Wirtschafts- und Lebensweise wird uns jedenfalls nicht umbringen – eine ökologische Katastrophe aber sehr wohl. Und das allein sollte doch den Linken genügen, um die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit mit der nach ökologischer Nachhaltigkeit zu verbinden. Also doch »Öko-Sozialismus« (Brandt)? Wahrscheinlich ja – aber nicht ohne »reale Politik«.

RICHARD DETJE, KLAUS STEINITZ

Der Staat heute

Die Krise des Neoliberalismus
und die Staatsdebatte der Linken

Die Erosionskrise des Neoliberalismus hat die Staatsfrage wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Die Frage nach dem Zusammenhalt des Gemeinwesens drängt sich in einer Zeit zunehmender sozialer Zerklüftung, des Zerfalls öffentlicher Einrichtungen und Armutslagen in wachsenden Teilen der Bevölkerung immer mehr auf. Selbst in Kernbereichen des deregulierten globalen Kapitalismus – im Finanzsektor – ist staatliche Intervention gefragt, um eine Eskalation von Krisenprozessen zu verhindern.

Am 6. September 2008 bot ein gemeinsamer Workshop von *Helle Panke*, *Rosa-Luxemburg-Stiftung* und *WISSENTTransfer* in Berlin Gelegenheit, über eine mögliche »Rückkehr« des Staates nach Jahrzehnten neoliberaler Entstaatlichung, über Tendenzen der Internationalisierung des Staates bzw. der Profilierung – alternativer – nationaler Entwicklungspfade jenseits des angelsächsischen Kapitalismus sowie über das Scheitern der »Rücknahme des Staates« im »Realsozialismus« zu diskutieren. An dem Workshop nahmen über 50 Interessenten teil.

»Rückkehr« des Staates?

Zentrale These von *Joachim Bischoff* (Mitherausgeber der Zeitschrift *Sozialismus*, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft) ist, dass der Prozess der »Aushungerung« des Staates sich im vergangenen Jahrzehnt beschleunigt hat und noch keineswegs beendet ist. Der Rückgang der Staatsquoten kennzeichnet die Entwicklung (Ausnahme: die skandinavischen Länder) in allen kapitalistischen Metropolen, wobei sich die politische Klasse in Deutschland – vergleicht man die Entwicklung der Abgabenquoten hierzulande mit der in der EU – seit den 1990er Jahren besonders profiliert hat. Durch umfangreiche Privatisierungsprozesse sind die gesellschaftlichen Verhältnisse einer *mixed economy* aufgelöst worden zugunsten neuer Kapitalanlagesphären. Das Ergebnis ist aber keine Revitalisierung der Akkumulation, sondern eine fortschreitende Zersetzung der sozioökonomischen Infrastruktur. Der moderne, säkularisierte Staat, der sich mit der Aufklärung als Nationalstaat durchsetzte, steht an einem Wendepunkt, wenn die herrschenden Klassen nicht in der Lage sind, die allgemeinen Bedingungen der Produktion und damit der gesellschaftlichen Reproduktion zu garantieren. Wachsende Entfremdung der Bürger von ihrem Gemeinwesen und eine Krise der politischen Repräsentation sind die Folgen.

Klaus Steinitz – Jg. 1930, Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Vorsitzender von Helle Panke e.V. Zuletzt in UTOPIE kreativ: In der Stagnationsfalle, Perspektiven kapitalistischer Entwicklung, Heft 186 (April 2006).

Richard Detje – Jg. 1954, Diplom-Sozialwissenschaftler, Geschäftsführer der »wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik« (Wissentransfer) und Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«. Zuletzt in Utopie kreativ: Konjunkturperspektiven. Zwischen Prosperitätserwartungen und Krisenszenarien — Workshop von Helle Panke und WISSEN-Transfer am 16. Juni, Heft 205 (November 2007).

Hermann Klenner (Rechtswissenschaftler und Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin) wandte sich grundsätzlich gegen die Formel von der »Rückkehr« des Staates: da er nicht verschwunden sei, könne er auch nicht zurückkehren. Klenner setzte sich kritisch auseinander mit der Haltung von Teilen der Partei DIE LINKE zum Staat: Regierungsbeteiligung u. a. in Berlin, Inkonsequenzen bei der Ablehnung der Privatisierung öffentlichen Eigentums, Zustimmung linker Politiker zur »Staatsräson« usw. Er betonte, dass Privatisierung eine Tendenz zur Entdemokratisierung enthalte, da die Möglichkeiten gesellschaftlichen Eingreifens geschwächt werden. Klenner kritisierte ferner Ansätze in der programmatischen Debatte der Linken, Grundwerte an die Stelle von Grundrechten zu stellen. Rechtliche Standards müssten weiter ausgebaut werden; Recht dürfe nicht durch Moral ersetzt, Freiheitsrechte nicht über soziale Rechte gestellt werden. Gegenwärtig seien in der Bundesrepublik und in anderen kapitalistischen Staaten verstärkt Tendenzen der Delegalisierung, also der Abkehr vom *rule of law*, nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch verstärkt in einer zunehmend autoritären Transformation des »Sicherheitsstaates« zu beobachten.

In der anschließenden, durchaus kontroversen *Diskussion* ging es u. a. darum, dass die Anforderungen der Linken an den Staat deutlicher bestimmt werden müssten: öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Sicherung, Rechtsgarantien, »Rückkehr« des Staates – aber im Sinne der Sicherung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft. Während zum einen die Anforderung gestellt wurde, Veränderungspotenziale im Rahmen eines kapitalistischen Staates auszuleuchten, und auch wieder stärker über Erfordernisse gesellschaftlicher Planung zu diskutieren, wurde andererseits angesichts der Machtpositionen des globalisierten Kapitals und der Machtapparate des bürgerlichen Staates grundsätzlich die Frage nach den Möglichkeiten der Demokratisierung der Wirtschaft im Kapitalismus aufgeworfen. In den linken Diskursen zum Staat müssten weit stärker internationale bzw. regionale Aspekte (unterschiedliche Bedingungen in Europa, China oder Lateinamerika u. a.) sowie die verschiedenen zeitlichen Etappen, heute besonders die neuen Bedingungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, berücksichtigt werden. Es müsse auch weiter darüber nachgedacht werden, welche Chancen unter den gegenwärtigen inneren und äußeren Bedingungen, insbesondere der Machtapparate des bürgerlichen Staates, ein schrittweiser Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft überhaupt hat.

Internationalisierung des Staates – Alternativen

Peter Wahl (weed, Berlin) befasste sich mit der Transformation des Nationalstaates im Prozess der Globalisierung. Ausgangspunkt ist die These, dass der Nationalstaat seit ca. 300 Jahren die dominierende Organisationsform der Vergesellschaftung sei. Es gibt auch heute jenseits des Nationalstaats keine dem demokratischen System vergleichbare Organisationsform. Der Nationalstaat unterliegt allerdings einem Funktions- und Gestaltwandel durch die Entbettung des Marktes. Akteure der *global governance* sind multilaterale Institutionen, Regierungen, Unternehmen, Zivilgesellschaften. Da es keine globale politische Instanz für die Regulierung des Weltmarkts gibt,

entwickelt sich eine zunehmende Asymmetrie zwischen der Entfaltung des Markts und politischer Steuerungsfähigkeit. Die Nationalstaaten sind nicht wehrlose Objekte des Prozesses, sondern haben ihn eingeleitet, wobei Liberalisierungsprozesse eine Eigendynamik entwickeln und teilweise auch einen *point of no return* erreicht haben. Die EU kann als ein Sonderfall der Internationalisierung des Staates angesehen werden: Transfer von Souveränität an die EU-Institutionen und einem darauf beruhenden »Durchgriff« auf nationalstaatliche Politik.

Cornelia Heintze (mehrjährige Stadtkämmerin, Leipzig) sieht in den skandinavischen Ländern eine Gegenentwicklung. Trotz auch dort spürbarem Globalisierungsdruck gibt es bis heute keinen Rückzug des Staates, sondern einen Wandel staatlicher Interventionsformen. Deren Erfolge zeigen, dass es echte Alternativen zu Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung gibt. Heintze charakterisierte an Hand wichtiger ökonomischer und sozialer Indikatoren die Unterschiede zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern: größere Anteile des Staatssektors an der Wertschöpfung und an den Beschäftigten, überdurchschnittliches Qualifikationsniveau der im Staatssektor Beschäftigten, hohe Qualität öffentlicher Dienstleistungen, darunter besonders in der Kinderbetreuung, der Bildung, der gesundheitlichen Versorgung. Die höheren Steuereinnahmen bilden eine stabile Basis für ein hohes Niveau der öffentlichen Daseinsvorsorge und für die notwendige Umverteilung zur Bekämpfung von Prekarität und Armut. Die wirtschaftliche Dynamik und die Exporterfolge der skandinavischen Länder zeigen, dass ein starker Sozialstaat auch unter den Bedingungen der Globalisierung möglich ist.

In der *Diskussion* ging es insbesondere um die Rolle der Linken in den skandinavischen Ländern, ihrem Anteil an den sozialstaatlichen Maßnahmen und um die Auswirkungen der staatlichen Politik auf den politischen Einfluss der Linken. Es wurde auch erörtert, wie die Erfahrungen der skandinavischen Länder in Deutschland besser genutzt werden können. Dazu wurde z. B. vorgeschlagen, auch Experten aus skandinavischen Ländern zu öffentlichen Anhörungen der LINKEN einzuladen.

Das Scheitern der »Rücknahme« des Staats

Uwe-Jens Heuer (Rechtswissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozialität, Berlin) interpretierte die Formel von der »Rücknahme des Staates« im Sinne seines »Absterbens«. Er sieht in der Forderung nach Beginn des Absterbens des Staates im Sozialismus eine unzulässige Verallgemeinerung konkret-historischer Erfahrungen der kurzen Zeit der Pariser Kommune. Heuer argumentierte, dass der Staat nicht nur unter den konkreten Entwicklungsbedingungen der Sowjetunion nicht absterben konnte, sondern dass der Staat generell eine notwendige Funktion in einer sozialistischen Gesellschaft ausübt. Das Scheitern des Realsozialismus könne insofern nicht als »Staatsfixiertheit« gedeutet werden. Ebenso wie in anderen Bereichen der Entwicklung des Realsozialismus müsse auch der Staat in seiner Widersprüchlichkeit und in den historischen Zusammenhängen betrachtet werden. Es sei wenig sinnvoll, nur die negativen Sei-

ten des Realsozialismus aufzuzeigen und die positiven Leistungen wegzulassen oder zu vernachlässigen. Heuer hob hervor, dass das Scheitern des Realsozialismus in der DDR zum Zeitpunkt 1989/90 nur im welthistorischen Kontext des Zusammenbruchs des Sozialismus in der Sowjetunion und der Aufgabe der DDR durch Gorbatschow zu verstehen sei.

Christoph Lieber (Redakteur von »Sozialismus«, Hamburg) analysierte die historische Entwicklung des Staats in der Sowjetunion, darunter auch, warum die Innovation der Räte nicht wirksam wurde. Zur differenzierten Analyse und Bewertung des Staats und seiner Rolle unterschied Lieber fünf Phasen: 1. die Zeit des Bürgerkriegs und des Kriegskommunismus; 2. die Phase der NÖP, die nach wenigen Jahren wieder abgebrochen wurde; 3. die Phase Industrialisierung auf der Grundlage der Fünfjahrpläne und die Zeit des stalinistischen Terrors; 4. die Zeit 1956 bis 1986, die mit politischem und kulturellem »Tauwetter« sowie ökonomischen Reformen begann und mit der Stagnation auf allen wichtigen Gebieten endete; 5. die Phase der von Gorbatschow initiierten Perestrojka und Glasnost bis zu ihrem Scheitern und dem Untergang der Sowjetunion. Das Grundproblem der Deformation des Staats bestand in seiner mangelnden Demokratisierung, die wiederum dem bolschewistischen Parteiverständnis geschuldet war.

In der *Diskussion* standen Fragen des Charakters eines sozialistischen Staates, seiner Herausbildung, Entwicklung und Perspektive sowie die Verständigung über die von Marx begründete Problematik der »Rücknahme des Staates« im Vordergrund. Es wurde hervorgehoben, dass es bei Marx um die »Rücknahme des Staates in die Gesellschaft« geht, d. h. um eine »Rücknahme« im Sinne einer Vergesellschaftung des Staates, die auch als umfassende, konsequente Demokratisierung charakterisiert werden kann. Die Transformation des bürgerlichen Staates müsse breiter als es meist in den Diskussionen geschieht, aufgefasst werden und die Räteproblematik sowie Fragen der Wirtschaftsdemokratie und der Selbstverwaltung einschließen. Die Menschen als Träger ihrer eigenen Geschichte müssten in der Staatsdebatte stärker berücksichtigt werden, woraus sich Konsequenzen für den Inhalt und die Art und Weise der Wirksamkeit des Staates in einer sozialistischen Gesellschaft ergeben. Für die weitere Diskussion zum Staat in einer sozialistischen Gesellschaft wurde auch vorgeschlagen, die Entwicklungsprozesse in China stärker auszuwerten.

Der Verlauf des Workshops hat deutlich gezeigt, dass die Debatten zu den Veränderungen im Inhalt und in den Funktionen des Staates im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts und zur Perspektive des Staates in einer alternativen sozialistischen Gesellschaft von hoher Aktualität und auch von grundsätzlicher Bedeutung für die Programmatik der LINKEN sind. Auf dem Workshop wurde die Vielfalt der mit der Staatsdebatte verbundenen Probleme sichtbar, deren weitere Klärung noch einen längeren Diskussionsprozess erfordern wird. Dabei wird es notwendig sein, die verschiedenen Stränge des Diskurses, die mit dem Finanzmarktkapitalismus, der Globalisierung und der europäischen Integration und mit einer sozialistischen Alternative verbunden sind, stärker zusammenzuführen. Die Diskussion

machte auch deutlich, dass es notwendig ist, den Inhalt einiger Begriffe und Prozesse in ihrer Widersprüchlichkeit besser herauszuarbeiten, um Fehldeutungen und Missverständnisse zu überwinden. Dies wurde besonders offensichtlich bei den Auseinandersetzungen um den Inhalt der Begriffe »Rückkehr des Staates« heute und »Rücknahme des Staates« in einem zukünftigen Sozialismus. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass die mit dem Staat verbundenen Fragen einen größeren Stellenwert in der Verständigungsdiskussion der gesamten Linken erhalten sollten. Dies müsse sich auch im neuen Parteiprogramm DER LINKEN widerspiegeln.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Inzwischen ist die deutsche Obamania etwas abgeflaut; zurück bleibt Ratlosigkeit: Selten ist ein ausländischer Politiker dermaßen reichlich mit Vorschußlorbeer behängt worden wie Obama. Momentan ist mir erst eine Erklärung dafür plausibel: Was müssen all die Politiker in den letzten Jahren unter Bush gelitten haben. Nur: Das hatte unsereiner gar nicht so richtig mitbekommen, wenn ich nur daran denke, wie sie über Gerhard Schröder hergefallen waren, als der die anerkannteste Leistung seiner Kanzlerzeit vollbrachte, nämlich Deutschland aus dem Irakkrieg herauszuhalten. Über das Thema Merkel – Bush wollen wir lieber schweigen. Im restlinken *FREITAG* wurde jetzt in Obama-Zusammenhängen gar das Wort »Zeitenwende« gebraucht. Begeistert gab sich auch der eher Sarkasmen zuneigende *Tagesspiegel*-Kolumnist Martenstein: »Vor ein paar Jahrzehnten hätte dieser Mensch (Obama) nicht seinen Wohnort wechseln oder eine Arbeitsstelle antreten dürfen, ohne andere um Erlaubnis zu fragen«, um dann an der amerikanischen Legende mitzustricken: »Ein Mensch kommt ganz nach oben, nur aufgrund seiner Fähigkeiten.« Wie war das noch mal: Wieviel Millionen Dollar Vorsprung hatte Obama vor McCain ... ?

Um den 9. November herum begingen Kirche, Politik und Wirtschaft rednerisch und konzertant den »19. Jahrestag des Mauerfalls«. Volkes Jubel war merkwürdigerweise selten zu vernehmen; da mag man rätseln: Die einen jubelten womöglich nicht, weil sich ihnen ihrer Ansicht nach dazumal 17 Millionen Kostgänger aufluden, die sie nun, so jedenfalls die Wahrnehmung, seit dieser Zeit mit durchzuschleppen hätten; und »die anderen« sahen wenig Jubelgründe, weil sie – ebenfalls gestörter Wahrnehmung aufsitzend – meinen, vom Regen in die Traufe gekommen zu sein. Wie auch immer: Die katholische Kirche feierte mit,

und in diesem Zusammenhang kam erschreckliche Kunde aus Regensburg, die ging so: Schon den 20. Jahrestag des Mauerbaus im nächsten Jahr bedenkend, »wünschte sich Bischof Gerhard Ludwig Müller für den 20. Jahrestag einen Besuch des Papstes in der Hauptstadt. Berlin sei ein ›großes Missionsfeld‹, sagte er – angesichts ›antikirchlicher Töne‹, die im rot-rot regierten Berlin immer wieder von ›weltanschaulichen Gruppierungen, die noch mit der alten kommunistischen Ära verbunden sind‹, zu hören seien. Den Bischof ärgert auch, daß Religion in Berlin kein reguläres Schulfach ist. Ein Besuch vom Papst in ›ein solches Milieu hinein‹ sei da ›doch schon ganz gut.« Und als ob der Schrecknisse noch nicht genug seien, kommentierte der Sprecher des Regierenden Bürgermeisters, »Wowereit freue sich« auf einen Papst-Besuch, aber »ansonsten reagiere man auf schroffe Töne und Pauschalvorwürfe einzelner Bischöfe aus der bayerischen Provinz mit großer Gelassenheit«. Und Klaus Lederer, DIE LINKE, echote forsch : »Wir Berliner Heiden sind weltoffen und tolerant gegenüber Religionen.«

Gut, Berlin hat schon ganz andere Schicksalsschläge überstanden, die Stadt wird auch einen Papstbesuch verkraften; und da es hierorts an Katholiken mangelt, würden sicher im Fall des Falles Tausende herbeigeschafft werden, was wiederum Handel sowie Hotel- und Gastgewerbe erfreuen dürfte. Aber warum sich Politiker, auch aus vermeintlich linken Spektren, so scheuen, laut und vernehmbar auf *Art. 140 GG* zu pochen und die Kirchen (in Berlin insbesondere die evangelische unter Bischof Huber) in ihre gesetzlich vorgeschriebenen Schranken zu weisen, ist wohl nur mit sogenannter Realpolitik zu erklären.

Einige Tage nach der Ankündigung, es werde in Hessen Neuwahlen geben, lud *Anne Will* zur Sendung. Man hätte sich – vorausgesetzt, die Besetzungsliste wäre einem vorher bekannt gewesen – die Dialoge dieser Sendung selber schreiben können, kennst du die Leute, kennst du ihre Worte. Wenn ein Vertreter der Partei DIE LINKE anwesend ist, kann man Gift darauf nehmen, daß ein Widerpart auf das Programm der Linkspartei zu sprechen kommen wird. Diesmal war es Klaus von Dohnanyi: Das, was in derartigen Sendungen in der Regel zu diesem Parteiprogramm gesagt wird, läßt darauf schließen, daß es seine Gegner nicht gelesen haben, im Höchstenfall haben sie Referenten oder andere persönliche Mitarbeiter lesen lassen. Die natürlich wissen, was von ihnen gehört werden will. (Neulich fand ich im Zusammenhang mit der LINKEN in einer Zeitung gar den Begriff »die Ultralinken« – ich wollte mich schier totlachen, hat aber nicht geklappt.) Kurzum: Ich bin ziemlich sicher, daß auch von Dohnanyi hat lesen lassen. Sonst wüßte er es doch besser. Aber vielleicht weiß er es ja und tut nur so, als ob?

Das Schöne an unserem Pluralismus ist ja, daß man für jede Meinung ein passendes Zitat findet. Zu Hessen und Ypsilanti fand ich: »Besonders fantastisch ist die Rolle von Jürgen Walter. Der wäre als Wirtschaftsminister gerne in eine linkstolerierte rot-grüne Koalition gegangen. Er hat sogar den Vertrag mit ausgehandelt, obwohl die ganze Zeit über klar war, dass dieser nur mit der Unterstützung der Linken in Kraft treten kann. Aber dann sollte Walter nicht wie von ihm gefordert Wirtschaftsminister werden – also sollte Ypsilanti auch nicht durch seine Stimme Ministerpräsidentin werden. Na ja, so ist nun mal Politik. Aber wer da noch mit Gewissensnöten argumentiert, wirkt nur noch peinlich.« Kommen Sie gut ins neue Jahr.

Mark E. Spicka:
**Selling the Economic Miracle.
 Economic Reconstruction and
 Politics in West Germany
 1949-1957** (Monographs in
 German History, 18) Berghahn
 Books New York/Oxford 2007,
 288 S. (50 £)

Wahlen, Wahlverhalten und vor allem Wahlkampfstrategien in der frühen Bundesrepublik; das sind die Themen des vorliegenden Buches. Da in den Wahlen jener Jahre Wirtschaftsfragen dominierten, ist es auch ein Buch über die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik zwischen Währungsreform (1948) und dem Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Währungsgemeinschaft (1958). Angesichts der Betonung, die die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik auf die »geglückte Demokratie« (vgl. das gleichnamige, 2007 erschienene Buch von Edgar Wolfrum) legt, verwundert es schon, dass sich noch kein bundesdeutscher Historiker des Themas angenommen hat. Der Hauptgrund dürfte sein, dass die Behandlung des Themas verlangt, ein ungeschminktes Bild von der Haltung der Bevölkerung zur Marktwirtschaft zu zeichnen. Die ist auf der Grundlage von (veröffentlichten) Meinungsumfragen rekonstruierbar, wie sie ab 1948 das Institut für Demoskopie in Allensbach am Bodensee in unregelmäßigen Abständen unternahm. Danach war die Haltung der westdeutschen Bevölkerung zu Planwirtschaft und Marktwirtschaft zumindest bis 1952 beträchtlichen Schwankungen unterworfen. Das widerspricht jenen Wirtschaftswunderlegenden, die von spontaner Zustimmung zu Erhards marktwirtschaftlichen Reformen im Juni 1948 künden und von einer dauerhaften Anhänglichkeit der Mehrheit der Bevölkerung an den »Vater des Wirtschaftswunders« von Anfang an. Laut Umfragen konnten dagegen zwei Jahre nach der Währungsreform, im Juni 1950 nur 12 Prozent der Befragten die Soziale Marktwirtschaft korrekt beschreiben. 70 Prozent waren der Überzeugung, dass sich die Industriellen hauptsächlich um ihre Profite kümmern würden, 59 Prozent glaubten, dass der Staat auf-

passen müsse, dass die Unternehmer die Interessen ihrer Beschäftigten in ihren Plänen berücksichtigen (S. 118).

Spicka handelt das Thema seines Buches in sechs überwiegend chronologisch geordneten Kapiteln ab. Im ersten fasst er sich mit den geistigen Vätern der sozialen Marktwirtschaft, die sich nicht auf Erhard reduzieren lassen. In Kombination mit der Währungsreform wurde damit begonnen, diese Ideen in die Tat umzusetzen. Kapitel 2 ist der Politik der CDU/CSU und ihren Beweggründen gewidmet, die »Soziale Marktwirtschaft« auf ihr Panier zu heben. Im Wahlkampf vom Sommer 1949 gelang es den Christdemokraten, sich beim Wähler als Verursacher des Wirtschaftsaufschwungs nach der Währungsreform darzustellen und die planwirtschaftlich orientierte SPD mit den ärmlichen Lebensverhältnissen vor der Währungsreform zu identifizieren. Kapitel 3 weist zunächst einmal auf das Tief für die CDU in den Meinungsfragen hin, zu dem es kam, als die Bevölkerung Teuerung und die durch den Koreakrieg (1951) ausgelöste Weltkriegsgefahr verdauen musste. Immerhin 46 Prozent der Befragten machten während der »Koreakrise« die Bundesrepublik und nicht den Weltmarkt für die Preissteigerungen verantwortlich. Erst mit dem Korea-boom (ab 1952) kehrte das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit in Adenauer und die CDU wieder zurück. Die herrschende Elite hatte aber ihre Lektion gelernt. Nach der Koreakrise wurde die »Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs« (Die Waage) geschaffen, eine von der westdeutschen Industrie finanzierte Organisation. Sie initiierte das, was der US-Amerikaner Spicka als »erste moderne Public-Relations-Kampagne in der Bundesrepublik« bezeichnet. Um die Bevölkerung für Erhards Soziale Marktwirtschaft zu gewinnen, wurden durch die »Waage« dutzende Millionen DM mobilisiert. Neben der Weckung von Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft wurde in den von der Waage finanzierten PR-Kampagnen großer Wert darauf gelegt, der Bevölkerung den angeblich engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit zu vermitteln.

Im Mittelpunkt des fünften Kapitels von Spickas Buch steht die Kampagne zur Bundestagswahl im Herbst 1953. Für die CDU

wurde nach dem 17. Juni die kommunistische Bedrohung zum wichtigen Thema. Aber innerhalb dieses Kontextes spielte in der Wahlkampfstrategie die Soziale Marktwirtschaft erneut eine herausragende Rolle. Sie und das (angeblich allein) durch sie ermöglichte Wirtschaftswunder sollten die Fähigkeit der Bundesrepublik symbolisieren, sich selbst gegen die Gefahr aus dem Osten zu verteidigen. Die SPD hingegen wurde wegen ihres Festhaltens an der Planwirtschaft zum Gehilfen der »bol-schewistischen Gefahr« abgestempelt. Und das mit Erfolg; auch die 1953er Wahl gewann die CDU/CSU.

Das sechste Kapitel ist dem größten Wahlerfolg der CDU gewidmet. Im Jahre 1957 erreichte sie das erste (und bisher letzte) Mal die absolute Mehrheit (50,2 Prozent). »Wohlstand für alle« und »keine Experimente« waren die erfolgreichsten Wahlslogans der Union. Spicka schätzt ein, dass der CDU-Wahlerfolg darauf zurückzuführen war, dass nunmehr – acht Jahre nach der Währungsunion! – eine westdeutsche Identität geschmiedet war, die auf dem ökonomischen Erfolg, dem Massenkonsum und der Deutschen Mark basierte.

Der SPD aber blieb angesichts ihres wiederholten Misserfolgs bei den Bundestagswahlen nichts weiter übrig als neben der Arbeiterschaft auch die Mittelschichten anzusprechen, was bedeutete von Planwirtschaft und Sozialismus endgültig abzugehen. Sie befand sich bereits auf dem Weg nach Bad Godesberg, als sie sich im Mai 1959 entschloss, in Zukunft bei Wahlen ebenfalls amerikanische PR-Techniken anzuwenden.

Die langfristige Tendenz der Inhalte von CDU-Wahlkämpfen sieht Spicka in seinem Buch im Folgenden: Bei den Bundestagswahlen 1949 versuchten die Christdemokraten die Marktwirtschaft noch als Mittel zur Wiederherstellung einer harmonischen christlichen Gesellschaft zu verkaufen. Ende der 1950er Jahre war die vorwiegend antimaterialistische Definition der sozialen Marktwirtschaft vergessen. Die Wahlkampfstrategen konzentrierten sich, wenn sie jetzt die Soziale Marktwirtschaft anpriesen, eindeutig auf den Konsum.

Spika weist in seinem aufschlussreichen Buch aus, wie und mit welchen (finanziellen) Mitteln CDU und Industrielle die bundesdeutschen Massen manipulierten, um das ge-

wünschte Wahlergebnis zu erreichen; wohl ein weiterer Grund, warum dieses Thema in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung bis heute keine Rolle spielt. Ein heroischer Akt waren die Bändigung des Eigensinns des Bundesbürgers und seine Dressur zum Befürworter der »Einheit von wirtschaftlicher und politischer Freiheit« jedenfalls nicht.

JÖRG ROESLER

Joachim Hirsch, John Kannankulam, Jens Wissel (Hrsg.):
Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Nomos, Baden-Baden 2008, 223 S. (29 €)

Es ist Rüdiger Voigt sehr zu danken, dass er im 18. Band der von ihm herausgegebenen, sich vor allem an Studierende der Sozial- und Geisteswissenschaften wendenden Schriftenreihe Staatsverständnisse nach (unter anderem) Cicero, Machiavelli, Grotius, Hobbes, Rousseau, Max Weber, Carl Schmitt und Hans Kelsen nun auch Karl Marx eine Heimstatt geboten hat. Insgesamt elf Autorinnen und Autoren sind am Werk, alle einschlägig ausgewiesen und schon deshalb daran gehindert, vordergründig zu argumentieren. Das gilt für die sich um Marxens eigene Konzeption kümmernden zwei Beiträge ebenso wie für die sich mit der Entwicklung einer materialistischen Staatstheorie nach Marx beschäftigenden vier Abhandlungen und die drei Aufsätze, die das Staatsverständnis von Marx in ein Verhältnis zu anderen Gesellschaftstheorien der Neuzeit setzen.

Dass bei diesem ersten Anlauf verständlicherweise ärgerliche Lücken geblieben sind, ist in Kauf genommen worden und wird bei einer gewiss erforderlich werdenden Zweitauflage ausgebügelt werden, wozu hier ange-regt wird: Marx selbst kommt zu kurz. Gerade weil er keine in sich geschlossene Staatstheorie entwickelt hat, ist eine Analyse seiner Behandlung der Staatsfrage innerhalb seiner ökonomischen Theorie unverzichtbar (wobei sich hier zeigen würde, dass die in der MEGA gebotenen Texte nicht ausgeklammert werden

dürfen); Lenins Staatskonzeption dürfte nicht, wie hier geschehen (S. 82), nur en passant und auf einer viel zu schmalen Quellenbasis behandelt werden; auch wenn man nicht jedem der nachfolgend Genannten gerecht werden kann, aber die Staatsverständnisse von Engels, Liebknecht, Stutschka, Bucharin, Krylenko, Piontkowski, Lukacs, Nedbailo, Mamut, Knapp, Polak, Heuer vollständig auszuklamern, verschiebt die Relationen des bedenkenswert Bleibenden ins allzu Alt-Bundesdeutsche. Benutzerfreundlichkeit hätte ein Personenregister sowie eine Zusammenführung der zu den einzelnen Beiträgen gelieferten Literaturverzeichnisse zu einem Ganzen erwarten lassen, auch dessen Ergänzung durch Sekundärliteratur des »östlichen« Marxismus.

Dies gesagt zu haben, erlaubt nun, ein Loblied zu singen, das sich auf die Sachkunde aller Autoren ebenso wie auf die Differenziertheit ihrer Urteile bezieht: In der von Helmut Reichelt stammenden Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft im Marxschen Frühwerk kommt Marx selbst ausgiebig zu Wort, was auch unumgänglich ist, um seinen durch Hegel und Feuerbach infizierten Denkweg von einer idealistischen zu einer materialistischen Theorie nachvollziehbar zu gestalten. Frank Deppe wiederum wertet Marx weder als Berufspolitiker noch – wie einst Lenin – als Berufsrevolutionär, sondern als einen von den Furien seines Intellekts gejagten Berufswissenschaftler, der seine Theoriearbeit als eine Form der Praxis verstand, die mit den sich revolutionär entwickelnden sozialen Bewegungen und Ideen seiner Zeit auf das Engste verbunden war. In dem von Thomas Gehrig fast wie ein Trauerspiel gestalteten Staatsverständnis der marxistischen (zuweilen eben bloß marxisierenden und manchmal nicht einmal das) Sozialdemokratie finden sich die Gegensätze zwischen Marx, Engels, Bebel, Bernstein, Lenin, Kautsky, Luxemburg quellenbelegt wieder und verlocken geradezu zum Nachlesen und zum Nachdenken. Letzteres gilt ebenfalls für die von einem Dreigestirn (Joachim Hirsch, John Kannakulam, Jens Wissel) verfasste als Staatstheorie des »westlichen Marxismus« bezeichnete Analyse der Auffassungen von Gramsci, Althusser und Poulantzas, ergänzt

durch die sogenannte Staatsableitungsdebatte, in die unter anderen auch Habermas und Offe ein wenig einbezogen werden. Ersin Yildiz widmet sich den verfassungstheoretischen Schriften von Marx und stellt sie in einen Zusammenhang mit der Entwicklung der materialistischen Rechtstheorie. Feministische Denkart materialistischer Staatstheorien werden von Evi Genetti mit dem erklärten Ziel behandelt, eine gesellschaftskritisch orientierte Gendertheorie zu schärfen. Die Relevanz von Luhmanns Systemtheorie sowie der Diskursanalyse von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe für die Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie wird von Bob Jessop ungewöhnlich kritisch (zu recht, wie mir scheint) behandelt. In einem Vergleich der einschlägigen Auffassungen von Foucault und Poulantzas unternimmt es Stephan Adolphs, die jeweilig unterschiedlich auszumachenden Ansätze als eine potentielle Bereicherung der marxistischen Emanzipationstheorie zu verstehen, ohne sie freilich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu konfrontieren. Und Josef Esser schließlich lässt den hier vorzustellenden Sammelband mit seiner an Eindeutigkeit kaum zu übertreffenden Kritik an der Ausgrenzung materialistischer Staatstheorien durch die »in ihrer Ignoranz, Arroganz und Provinzialität kaum noch zu übertreffenden« deutschen Politikwissenschaft mit einem Paukenschlag enden. – Alles in allem: ein höchstwillkommenes in vielerlei Richtung anregendes Werk.

HERMANN KLENNER

Konrad Reich:
Ehm Welk. Der Heide von
Kummerow. Die Zeit. Das Leben.
 483 S. (24,90 €)

Bereits mit seinem ersten Roman »Die Heiden von Kummerow« – den Hans Mayer in seinem bis 1958 in der DDR-Auflage zu lesenden Vorwort recht treffend ein »Volkslied in Prosa« nannte – ist Ehm Welk, der 1884 als *Emil* Welk in Biesenbrow bei Angermünde geboren wurde und 1966 in Bad Doberan starb, zu einem berühmten Autor geworden.

Da war Welk immerhin schon 53 Jahre alt. Aber auf Erfolg, auch finanziellen, hat der ebenso bescheidene wie selbstbewusste Mensch, wie sein Biograf versichert, nicht viel gegeben. Dafür war der Dichter zeitlebens zu gut geerdet. Aus einer armen Familie stammend hat sich Ehm Welk vor allem autodidaktisch bilden müssen. Nach einer wider Willen angetretenen Kaufmannslehre in Stettin arbeitete Ehm Welk – wer hätte es gewusst? – drei Jahrzehnte als Journalist: Stettin, Bremerhaven, Gardelegen, Stendal und Braunschweig, wo er zum politischen Journalisten reifte, hießen die beruflichen Stationen. In die Braunschweiger Zeit fällt auch Welks erste Buchveröffentlichung: Das 1913 erschienene »Belgische Skizzenbuch« war das Resultat einer Reise durch das kleine Nachbarland, das wenige Monate später durch deutsche Truppen zu großen Teilen dem Erdboden gleichgemacht wurde. Über das Verhalten Welks im Ersten Weltkrieg notiert Konrad Reich: »Den Braunschweiger Journalisten Ehm Welk hat die Welle der Begeisterung und des Nationalismus, die den Ausbruch des Krieges begleitete, indes nicht erfasst.« Eine sympathische, weil couragierte und in jener Zeit gewiss eher seltene Haltung.

Ein weiteres Skizzenbuch ist bis heute unveröffentlicht. »Ich sah Amerika« (1923-26) schrieb Welk im Anschluss an eine Reise in die Vereinigten Staaten. Dies nimmt sein Biograf zum Anlass, um ausführlich über das USA-Bild des Journalisten zu reflektieren. Nach allem, was darüber zu lesen ist, wäre es reizvoll, Ehm Welks Amerika-Aufzeichnungen etwa parallel zu jenem USA-Tagebuch zu lesen, das der Jenaer Philosophie-Professor und Bildungsbürger Bruno Bauch 1926 geführt und das Sven Schlotter in der in Jena erscheinenden Buchreihe »manuskript – Archiv für Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte« 2007 herausgegeben hat.

Am Anfang von Welks literarischem Schreiben stand die Dramatik. In diesem Genre war ihm, obwohl sich Erwin Piscator und die Berliner Volksbühne der Stücke »Gewitter über Gottland« (1926) und »Kreuzabnahme« (1927) annahmen, kein Glück beschieden. Als Greis hat Welk die Dramen überarbeitet und 1964 bei Hinstorff wieder veröffentlicht. Wenn er sich davon erhofft haben sollte, die

DDR-Theater für diese begeistern zu können, so ging die Rechnung nicht auf. Hanns Anselm Perten hat »Kreuzabnahme« zwar am Volkstheater Rostock auf die Bühne gebracht, aber, so Konrad Reich, »als Regisseur versagt«. Da die Besucher ausblieben, wurde das Welksche Frühwerk nach nur wenigen Aufführungen vom Spielplan genommen.

Des Journalisten erfolgreichste Zeit waren die 1930er Jahre in Berlin, als er die im Ullstein-Verlag erscheinende und bei den Lesern populäre »Grüne Post« leitete. Um zu zeigen, in welchen journalistisch hochkarätigen Kreisen sich Ehm Welk bewegte, wird das Werden und Vergehen des berühmten jüdischen Verlagshauses Ullstein auf mehr als zehn Druckseiten dargestellt. Was man zunächst als überflüssig erachtet, hat doch Sinn: Denn die Ullstein-Geschichte ist einzigartig in der deutschen Verlagslandschaft. Wegen eines gegen Goebbels gerichteten Artikels, der im April 1934 in der »Grünen Post« erschien, wird der beliebte und gut bezahlte Schriftleiter Welk aus der Redaktion entfernt und im Mai 1934 für eine Woche im KZ Oranienburg inhaftiert. Im Buch ist ein entsprechendes Foto zu sehen, das Welk mit der Häftlingsnummer 2 853 zeigt. Der Journalist verstand die Warnung. Er zog sich mit seiner Frau Agathe nach Lübbecke zurück und begann dort, Romane zu schreiben. Und das mit sensationellem Erfolg. Im Dritten Reich wird Welk – ohne sich je bei den Nazis anzubiedern – ein vielgelesener Autor. Dass ihm das Hitler-Regime befahl, nur noch unpolitische Bücher zu schreiben, trägt – welche Ironie! – zu seinem literarischen Erfolg maßgeblich bei. Einen ersten Versuchsballon startete er mit dem von ihm herausgegebenen Band »Der deutsche Wald – Sein Leben und seine Schönheit – Ein Führer durch die Wälder unserer Heimat«. Der edel gestaltete und stolze 22 Reichsmark teure Band erscheint 1935 und findet reißenden Absatz. 1937 erscheinen »Die Heiden von Kummerow«, denen 1943 »Die Gerechten von Kummerow« folgen. Wie der Biograf ermittelt hat, beliefen sich die Honorareinkünfte des vom Regime geschmähten, aber nicht weiter behelligten Autors bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf sagenhafte 1,1 Millionen RM. (Dies lesend, stellt sich natürlich die Frage, ob man, so strittig der Begriff auch ist, noch von

»innerer Emigration« sprechen kann. Darüber ließe sich gewiss trefflich diskutieren.) Ehm Welk blieb, so Reich, »auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein Auflagenmillionär und betuchter Autor«. 1963 hat Agathe Welk errechnet, dass die Gesamtauflage der Werke ihres Mannes in fünfzig Jahren 4,1 Millionen Bücher betrug. Und Konrad Reich kann ergänzen, dass sich die Zahl bis dato auf sieben Millionen belaufe. Davon entfallen allein stattliche drei Millionen Exemplare auf »Die Heiden von Kummerow«. Dieses Kummerow ist übrigens nicht das bei Stralsund gelegene, sondern ein fiktives, in das freilich zahllose Erinnerungen an Ehm Welks Geburtsort Bienenbrow eingeflossen sind.

Nach 1945 stellt Welk, der »gläubige Sozialist und menschenfreundliche Moralist« (Konrad Reich), seine Kraft in den Aufbau der neuen Gesellschaft in der SBZ bzw. DDR. Im Ulbricht-Staat wehte dem Autor der ideologische Wind aber bald heftig ins Gesicht, weil seine Bücher, so die bornierten Gralshüter des einzig wahren Glaubens, angeblich den richtigen politischen Standpunkt vermissen lassen. Aus diesem Grund kommt Konrad Reich auch bei Betrachtung Welks als *homo politicus* in den 1950er Jahren zu dem Schluss: »Der einst aufbegehrende politische Journalist, Verfasser revolutionärer Schauspiele und menschenfreundliche Erzähler verachtet die damals ablaufenden Auseinandersetzungen um die marxistisch-leninistische und im Ganzen lebensfremde Lehre.« Ehm Welk wählte deshalb das vornehme Schweigen. Mehr noch: In den 1950er und 1960er Jahren mied er weitgehend die Öffentlichkeit und empfing die wenigen guten Freunde in seinem Haus in Bad Doberan. Zu denen zählte auch der mit einem Gespräch für gute Literatur ausgestattete und als überaus trinkfest bekannte Peter E. Erichson (gest. 1963), der legendäre Leiter des Hinstorff-Verlags. Dessen Autor wurde Ehm Welk 1948 mit einer Neuauflage seines Bestsellers »Die Heiden von Kummerow«.

Ein besonderes, d. h. in Konrad Reichs Biografie eigenes Kapitel ist das über Ehm Welk und den Film. Höhepunkt seiner in den 1950er Jahren begonnenen Arbeit für dieses Medium war die Verfilmung seines Erfolgsbuches. »Die Heiden von Kummerow und ihre lustigen Streiche« kam 1968, zwei Jahre nach

Welks Tod, gleichzeitig in die Kinos der DDR und der BRD. Es war, so Reich, die »erste und einzige ost-westdeutsche Gemeinschaftsproduktion«. Und wiewohl kein Lyriker, so hat Ehm Welk für die Auszubildenden des Segelschiffs »Wilhelm Pieck«, heute als »Greif« von Greifswald-Wieck aus die Welt befahrend, das Lied »Mit vollen Segeln hinaus aufs Meer, mit vollen Segeln hinein ins Leben.« geschrieben.

Die immergrüne Popularität von Ehm Welks Büchern erklärt der Biograf mit der »stets offenen der Welt zugewandten Erzählweise« seiner Romane. Und ergänzt: »Ähnlich wie bei Siegfried Lenz oder Günter Grass durchzieht Welks Literatur ein erdiger Geruch.« Der Hinstorff-Verlag in Rostock hat diese an Ausführlichkeit wohl kaum zu übertreffende und gut lesbare Biografie vorgelegt, obwohl erst 2009 ein Welk-Jubiläum ansteht. Aber Konrad Reich, langjähriger Hinstorff-Leiter und Welk-Freund, hatte im Juni 2008 sein 80. Lebensjahr vollendet. Denkbar also, dass man mit dem Buch beide, den einstigen Autor und den früheren Verleger, ehren wollte. Das ist, wie sich nach der Lektüre von kurzweiligen 483 Seiten zeigt, auch gelungen.

KAI AGTHE

Bernward Dörner:
Die Deutschen und der Holocaust.
Was niemand wissen wollte,
aber jeder wissen konnte.
 Propyläen-Verlag, Berlin 2007,
 896 S. (29,90 €)

Was wusste der einfache Deutsche vom größten durchbürokratisierten Menschheitsverbrechen der Geschichte? Dass ein industriell durchgeführter Massenmord an Millionen Frauen, Kindern und Männern nicht völlig geheim bleiben konnte leuchtet ein. Nach neueren Forschungen waren zwischen 200 000 und 500 000 Deutsche ganz direkt in den Mordapparat involviert: Einsatzgruppen, die Wachmannschaften der Vernichtungslager, die Planer in SS und Reichsicherheitshauptamt, die Bauherren der Mordanlagen in den Vernichtungslagern und viele andere. Das waren die

Mörder, die im wahrsten Sinne des Wortes Blut an ihren Händen trugen.

Aber klar ist auch: »Der Mord an den europäischen Juden konnte von der NS-Führung nur als Staatsverbrechen unter Einbeziehung großer Teile der deutschen Gesellschaft umgesetzt werden.« So leitet der Historiker Bernhard Dörner seine vor kurzem erschienene Studie ein.

Dörner geht es in seiner fast neunhundert Seiten umfassenden Untersuchung um die Fragen, was für eine Rolle der Holocaust im Alltag des »Dritten Reiches« spielte und wer eigentlich was und ab wann wusste? Dörner geht es um die empirische Untersuchung der hartnäckigsten Nachkriegsbehauptung überhaupt, die maßgeblich die gesellschaftliche Entwicklung nach 1945 bestimmen sollte: »Wir haben ja von nichts gewusst!«

Einleitend ruft Dörner richtigerweise bereits bekannte Fakten ins Gedächtnis: Dass beispielsweise die Deportationen am helllichten Tage mitten in den Städten stattfanden, Hitlers massenhaft bejubelte Reden, in den die Ankündigung der Judenvernichtung von jeher eine zentrale Rolle einnahm oder die massenhafte ökonomische Partizipation des normalen »Volksgenossen« am beraubten Besitz der Juden. Dies alles war bekannt, auch die sich stetig weiter radikalisierende Entrechtungs politik gegenüber den Juden (Boycott, Nürnberger Gesetze, Pogromnacht). Wie aber entwickelte sich die Kommunikation über den Holocaust ab 1941?

Dass sich das Wissen über den Massenmord erst langsam verbreitete, liegt zuallererst an der Monstrosität des Verbrechens: Die Geheimhaltung klappte anfangs besser, weil es in der Geschichte der Menschheit vorher noch nie einen industriell organisierten Plan, inklusive Bahnabfahrtszeiten in die Gaskammern, zur Vernichtung von Millionen Menschen gegeben hatte. Todesfabriken gab es bis dato nicht: Das war eine Erfindung der Nazis – ohne Vorläufer und daher schier unglaublich. Wie verbreitete sich aber trotzdem – nach dem Beginn der praktischen Durchführung dieses Plans – das Wissen?

Zuerst – so wertet Dörner dezidiert aus – gab es eine unverhohlene Vernichtungsrhetorik aller führenden Nazis: Auf Kundgebungen, in den Wochenschauen und in den Zeitungen,

wurde offen die Vernichtung der »jüdischen Rasse in Europa« angekündigt. Besonders akribisch hat Dörner die damaligen Rundfunksendungen ausgewertet, unter der wichtigen Berücksichtigung, dass 70 Prozent der Deutschen ein Rundfunkgerät besaßen: »Immer offener wurde dabei (in den Rundfunksendungen, J. K.) die Vernichtung »Judas« gefordert und gerechtfertigt. Die Botschaft an den deutschen Rundfunkhörer war immer schwerer zu überhören: Das Schicksal der Juden, soweit man ihrer habhaft werden konnte, sollte der Tod sein.« In verdienstvoller Kleinarbeit hat Dörner diese offenen Aussagen der NS-Führung mit den geheimen Lageberichten des SD verglichen und dabei belegt, dass die Vernichtungsrhetorik zu erheblichen Diskussionen in der Bevölkerung führte und sehr wohl »richtig« interpretiert wurde. Dörner hat verschiedenste Quellen durchgearbeitet um belastbare Schlussfolgerungen über den Wissenstand in der deutschen Gesellschaft herauszufinden.

Ein wesentlicher Informationspool – insbesondere nach der Niederlage von Stalingrad – war das Hören ausländischen Rundfunks, besonders der BBC-Programme, in denen wiederholt über den Judenmord berichtet wurde. Ebenso wurden Millionen Flugblätter der Alliierten über deutschen Städten abgeworfen, die auf die Folgen des Holocaust aufmerksam machten und die auch gelesen wurden, wie Dörner nachweist. Hinzu kamen tausende von Flugzetteln diverser Widerstandsgruppen, die mehrfach auf die Verbrechen hinwiesen (etwa die Baum-Gruppe und die Weiße Rose). Nicht zu unterschätzen war auch die Wirkung des »Gerüchtes«, der flüsternden Kommunikation: Dazu hat Dörner zahlreiche Gestapo-Ermittlungsakten und NS-Lageberichte untersucht und deutlich gemacht, wie oft Äußerungen zum Holocaust verfolgt wurden und damit die Dunkelziffer eine beachtliche Größe gewesen sein musste. Nicht zu unterschätzen sind auch die Gespräche der an der Ostfront eingesetzten Wehrmachtssoldaten, die vielfach selber am Holocaust beteiligt waren, aber zumindest sämtlich wussten, was die Einsatzgruppen im Rücken der Front machten. An anderer Stelle hat Dörner Tagebücher untersucht: Sowohl von Opfern, wie die von Victor Klemperer, aber auch von einfachen Bürgern quer durch

das Reichsgebiet: »Das Schicksal der Juden fand in der Bevölkerung nicht nur in Münster erhebliche Beachtung und wurde kontrovers diskutiert.« so die Schlussfolgerung Dörners.

Nach Zusammentragen und Auswertung diverser Quellen kann Dörner auch die Zeit der Wissensverbreitung relativ exakt konstatieren: »Spätestens seit der Jahreswende 1942/1943 bewegte der Judenmord die Deutschen.« Dörners Analyse von Lageberichten, Tagebüchern, Strafverfahren, Zeitungen, Rundfunk und der Verbreitung von Augenzeugengesprächen – besonders von Soldaten der Ostfront – beweist nunmehr in einem Standardwerk: Die Deutschen wussten zum Teil sogar sehr detailliert über den Holocaust bescheid. Insbesondere nach der Kriegswende in Stalin-grad trieb die Deutschen die Angst vor Vergeltung für den Holocaust um. Ein negatives Schuldeingeständnis, sozusagen. Hierin sieht Dörner übrigens einen elementaren Grund dafür, dass die Deutschen bis zum bitteren Ende den Krieg trugen und unterstützten.

JAN KORTE

**Rudolf Woderich (Hrsg.):
Im Osten nichts Neues?
Struktureller Wandel in peripheren
Räumen, LIT Verlag Münster u. a.
2007, 382 S. (24,90 €)**

Der vorliegende Sammelband erschien als Band 2 der Texte aus dem Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.). Der erste Band dieser Reihe ist 2005 unter dem Titel »Neue Chancen für alte Regionen« erschienen. Der neue Band beinhaltet elf Einzelstudien, deren Basis vor allem Gestaltungsprojekte im südbrandenburgischen Raum bilden, welche die Autoren in den zurückliegenden Jahren wissenschaftlich begleitet oder moderiert hatten. Eingeleitet wird die Textsammlung mit einem konzeptionellen Beitrag von Rolf Reißig, worin der Autor die gegenwärtige Problemlage Ostdeutschlands analysiert und hierfür eine veränderte Betrachtungs- und Gestaltungsperspektive vorschlägt. Bislang, so sein Resümee, sei es für die neuen Länder weder gelungen einen

selbst-tragenden Entwicklungspfad noch ein tragfähiges Zukunftsmodell zu generieren. Am Ende der »klassischen Transformation« stehe Ostdeutschland heute am Anfang einer neuen, zweiten Transformation, die zu gänzlich anderen Strukturen als bisher führen wird. Um dafür die ostdeutschen Innovationspotenziale zu mobilisieren, müsse vor allem das Human- und Sozialkapital gestärkt werden. Dazu bedarf es einer neuen Entwicklungsphilosophie, in deren Zentrum die Förderung einer wissensbasierten Wirtschaftsstruktur stehen muss, deren Kern eine moderne, wissensintensive, auf den Weltmarkt ausgerichtete Dienstleistungswirtschaft bildet. Kontrastierend dazu plädiert der Autor jedoch für eine Regionalpolitik, die sich am Leitbild der »Regionalisierung« orientiert und an der Zielsetzung der Selbststeuerungs- und Selbstorganisationsfähigkeit von Regionen festhält. Den damit gesetzten Widerspruch löst er nicht auf, ebenso wenig wie er eine ökonomisch nachvollziehbare Erklärung dafür liefert, was es heißt, »verschiedene und ganz unterschiedliche Tätigkeiten (...) gleichermaßen zu fördern und gleichberechtigt in eine neue Arbeitsgesellschaft zu integrieren« (S. 33). Um die vielen Ideen und Anregungen in diesem Text politisch umsetzbar zu machen, scheint es unabdingbar, den hier sehr häufig verwendeten Terminus »neu« durch konkretere Beschreibungen dessen, was sich dahinter verbirgt, zu ersetzen.

In dem sich daran anschließenden Beitrag zeigen Michael Thomas und Rudolf Woderich, wie sich die Sozialkapitalbildung in strukturschwachen Räumen vollzieht und welche Rolle dieses hier als Handlungs- und Gestaltungsoption spielen kann. Bezugspunkt sind die peripheren Räume Ostdeutschlands, welche im Wettbewerb der Regionen scheinbar chancenlos sind, bei näherem Hinsehen jedoch durchaus Potenzial besitzen, um sich zu entwickeln. Die Überlegungen der Autoren konzentrieren sich auf die Ausprägung regionaler Netzwerke und neuer Formen der Kooperation im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Da die Bildung von Sozialkapital die Kombination sozialer und wirtschaftlicher Faktoren und Beziehungen zum Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung beinhaltet, hätten die ökonomischen Effekte entsprechen-

der Aktivitäten deutlicher gezeigt werden können. Dieser Beitrag findet eine passende Ergänzung durch den nachfolgenden Aufsatz von Marta Kowalczyk: »Sozialkapital in der deutsch-politischen Grenzregion«. Ihre Kernaussage ist, dass »die Verflechtungsbeziehungen in der Grenzregion durch Übersprüngeffekte charakterisiert« sind (S. 63). Dadurch blieben insbesondere in den neuen Bundesländern viele Entwicklungsmöglichkeiten ungenutzt. Der Aufsatz zeigt sehr anschaulich, welche Chancen bestehen, dies künftig zu verändern, aber auch, welche Schwierigkeiten damit verbunden sind.

Im Fokus der folgenden Aufsätze steht der Begriff *Corporate Social Responsibility*, womit die soziale Verantwortung der Unternehmen gemeint ist, ihre Verantwortung für die Gesellschaft, für die Kommune, für das Land, für die Umwelt usw. sowie Aktivitäten, die stattfinden, um diese Verantwortung zu entwickeln und zu praktizieren. Beleuchtet wird auch die Frage, was eigentlich verhindert, dass Unternehmen ihre soziale Verantwortung hinreichend wahrnehmen und warum es in einer Wettbewerbsgesellschaft so schwer ist, innerhalb einer Region zu einem »Stakeholderdialog *gemeinsamer Verantwortung*« zu kommen.

Als thematisch wichtig und interessant, in der Ausführung aber hinter den anderen Texten zurückbleibend, ist der Aufsatz von Frank Thomas Koch zum Humankapital einzuschätzen. Dieser Text reflektiert »Erfahrungen, Strategien und Konzepte zur Entwicklung des ›Humankapitals‹« in peripheren Räumen, welche lose mit großen Städten verbunden sind (S. 141). Den Erfahrungshintergrund bilden auch hier Gestaltungsprojekte in Brandenburg. Der Autor diskutiert den umstrittenen Begriff »Humankapital«, lässt aber letztlich offen, wie er zu ihm steht. Die Gesamtentwicklung in Brandenburg läuft, was die Ressourcen an Humankapital anbetrifft, offensichtlich auf ein »weiteres Ausbluten« des Landes hinaus. »Dennoch« schreibt Koch, »gilt es wie Sisyphos den Stein zu wälzen« (S. 163). Gerade angesichts der drohenden »Abwärtsspirale« sollen »messbare Zuwächse an Humankapital erzielt werden«, um diese aufzuhalten (S. 165). Das klingt trotzig, ist aber wenig überzeugend. Zumal wenn derar-

tige Strategien von merkwürdig kryptischen Maximen begleitet werden wie der Forderung nach einer »Abschwächung von Emotionen der Konkurrenz« (S. 165).

Aus dem Spektrum der übrigen Aufsätze sei nur ein Text erwähnt, der Aufsatz von Margret Xyländer: »Jugend in peripheren Regionen« (S. 307 ff.). Der Aufsatz basiert auf Recherchen zu einer Diplomarbeit und enthält ausgesprochen interessantes und gut aufbereitetes Material. Zu hinterfragen wäre allerdings, wie die Autorin darauf kommt, dass »die Arbeit heute« nicht mehr der bestimmende Faktor der Existenzsicherung« sei (S. 313). Hier wird offensichtlich die individuelle Notlage eines Teils der Jugendlichen in Ostdeutschland mit den Existenzbedingungen der Gesellschaft verwechselt. Ganz abgesehen davon, dass Arbeit auch für Nichterwerbstätige die Grundlage ihrer Existenz ist. Was sonst?

Eine kritische Durchsicht und Fehlerkorrektur hätte dem Buch gut getan. So liest man statt Staat »Saat« (S. 42), statt gefüllt »gefühl« (S. 65) und statt eher »der« (S. 159), um nur drei Beispiele zu nennen. Da immer mehr Verlage auf eine aufwendige Lektorierung ihrer Bücher verzichten, schleichen sich vermehrt Fehler ein. Der Leser mag dies tolerieren, die Herausgeber aber sollten dies nicht.

ULRICH BUSCH

Hans Küng:
Umstrittene Wahrheit.
 Erinnerungen, Piper Verlag GmbH,
 München 2007, 719 S. (24,90 €)

Ein Beispiel für eine intellektuelle (in diesem Falle Auto-) Biographie ist der zweite Band der Erinnerungen von Hans Küng, dem bekannten umstrittenen katholischen Theologen. Dieser Band bezieht sich vor allem auf die Jahre 1966 bis 1980, also genau auf die, in denen der »Fall Küng« heranreife und kulminierte. Insofern konzentriert sich das Buch tatsächlich auf Anlass, Verlauf und Zuspitzung der Auseinandersetzung um das Werk des Tübinger Theologen – oder richtiger: des Tribunals der Hierarchie in mancherlei Gestalt über dessen Werk. Es geschieht dies sehr de-

tailliert und daher mit tiefen Einblicken hinter die Kulissen innerkirchlicher Entscheidungsprozesse, aber es geschieht dies, auch wenn menschliche Betroffenheit und Enttäuschung des gläubigen Katholiken notwendigerweise nicht unterdrückt werden, im allgemeinen so unaufgeregt und in einer so durchsichtigen, stilistisch glanzvollen Prosa, die möglich macht, das für Küng zentral im Vordergrund stehende Element des Intellektuellen, des Diskursiven zur Wirkung zu bringen. Tatsächlich erfährt man auf den über 700 Seiten zwar auch dieses und jenes aus dem persönlichen Leben des sich Erinnernden, aber vor allem wird man vertraut gemacht mit dem, was Küng gedacht und was er, immer im Versuch, *intra muros* zu bleiben, in Weiterführung des konziliaren Prozesses von 1962 bis 1965 zur Diskussion gestellt hat.

Küng macht in überzeugender Weise klar, dass der Kern des Konflikts um ihn eigentlich der Konflikt zwischen zwei Theologen war und ist, die als Berater am »Konziliaren Aufbruch« des II. Vatikanischen Konzils beteiligt waren und deren Wege dann – zunächst parallel – in dogmatische Professuren führten, um dort schließlich auseinanderzugehen: Der eine führte über episcopale und vatikanische Ämter ins höchste der römischen Kirche, der andere in den des in seiner Kirche Umstrittenen. Es handelt sich um Joseph Ratzinger und Hans Küng.

Entscheidend und, wie gesagt, beispielhaft ist nun, wie Küng in diesem Buch verdeutlichen kann, dass der Unterschied zwischen Ratzinger und ihm dort zu suchen sei, wo er, Küng, unmittelbar an die Wege Jesu Christi und der von ihm ausgewählten Apostel anzuknüpfen suche, während für Ratzinger der dogmatische Traditionsbestand zumal der Konzilien der frühen nachchristlichen Jahrhunderte prägend sei, d. h. also die Botschaft aus der elementaren jesuanischen Wirklichkeit und die durch das philosophisch-theologische Medium vermittelte gegenüberstünden.

Von hier aus ergäben sich dann die Unterschiede bzw. Gegensätze in der Beobachtung der vom Konziliaren Aufbruch eingeforderten, aber noch nicht bewältigten und von der bald einsetzenden Restauration verschärften Probleme, also der theologischen (historisch-kritische Exegese oder von den traditionellen

dogmatischen Normen bestimmte Interpretation), der ökumenischen (die katholische Kirche die eine Kirche, die evangelische Kirche ein kirchenähnliches Gebilde), der mehr seelsorgerlichen (Wiederverheiratung Geschiedener, Empfängnisverhütung, Stellung zu den Homosexuellen), nicht zuletzt der ekklesiologischen (Frauenfrage, Zölibat und vor allem Unfehlbarkeit).

Wenn Küng versucht klarzumachen, dass er alle diese Probleme so angegangen sei, dass er nicht mit den kirchlichen Ämtern in Konflikt gerate – und dann doch geraten sei, so geschieht dies, ich wiederhole, immer mit dem Akzent auf den intellektuellen, den diskursiven Prozessen, aber in einem so luziden und zugleich »einfachen«, geradezu spannenden Stil, dass auch der den Tiefendimensionen dieser Probleme ferne Leser an deren Erhellung teilzunehmen vermag.

Daher eben haben wir hier den paradigmatischen Fall einer intellektuellen (Auto-)Biographie.

GÜNTHER WIRTH

Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Die »Linie Luxemburg-Gramsci« und linke Theorie und Praxis heute. XI. Internationale Tagung des InkriT vom 7. bis 10. Juni 2007 (Heft 209)
- AGTHE, KAI: Die Einheit von Leben und Werk. Paul Werner Wagner befragte in Halle (Saale) den Publizisten Friedrich Dieckmann (Heft 211)
- AMZOLL, STEFAN: Die Apokalypse ist eine Revolution im Ganzen. Eugen Drewermann über frühe und heutige Apokalypsen (Heft 216)
- BECKER, JÖRG: Massenmedien, Migration und positive Differenz (Heft 211)
- BETHGE, HORST: Grüne Schrift – schwarzer Text (Heft 217)
- BETHGE, HORST: Schöne neue Schule 2020 (Heft 218)
- BEUTIN, WOLFGANG: Der Frühexpressionismus Kurt Hillers. Literarische Anfänge und der »Neue Club« (1909-1913) (Heft 212)
- BILGIN, AYHAN: Die 68er Bewegung in der Türkei (Heft 213/214)
- BÖHLKE, EFFI: Auf den Spuren von Simone de Beauvoir. Impressionen aus Paris (Heft 211)
- Bötticher, Astrid: Islamophobie und Antisemitismus, ein Vergleich der Grundkonzeptionen (Heft 217)
- BOIS, MARCEL/WILDE, FLORIAN: »Viele Fragen sind noch heute relevant« Ein Interview mit Philipp Kufferath und Jan Schalauske, den Autoren einer neuen Broschüre über den SDS – den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (Heft 210)
- BRAND, MARTIN: Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union – ein neoliberales Projekt? (Heft 217)
- BRÄUNIG, GARNETT HELEN: Zwang und Soziale Arbeit – Ein Widerspruch in sich? (Heft 212)
- BUSCH, ULRICH: Finanzmarktkrise und Finanzmarktkapitalismus (Heft 215)
- BUSCH, ULRICH: Kein Ende der Arbeitslosigkeit durch Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland (Heft 208)
- ÇAĞLAR, GAZI: Soziale Arbeit nach dem sozialpolitischen Paradigmenwechsel (Heft 218)
- CAYCEDO, JAIME: Der Demokratische Alternative Pol – eine politische Aktionseinheit der Linken in Kolumbien (Heft 207)
- CREYDT, MEINHARD: Gesundheitswesen, Bildungswesen, Wissenschaften und Sozialarbeit. Professionelle Tätigkeiten als Gegenstand kritischer Reflexion (Heft 212)
- ESCHERICH, KARL-OTTO: Das Rätsel der Magnetfelder von Sonne und Erde. Hommage à Fritz Krause (Heft 208)
- FERST, MARKO: Plädoyer für eine ökologische Zeitenwende (Heft 213/214)
- FETZER, HUBERT: Klimawandel und Sozialismus (Heft 213/214)
- FETZER, HUBERT: Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus (Heft 210)
- GRAF, RALPH: Der wiederkehrende Traum von der Vollbeschäftigung (Heft 218)
- GRÄFE, KARL-HEINZ: Prager Frühling 1968: letzter sozialistischer Erneuerungsversuch? (Heft 213/214)
- GRIGORIADIS, THEOCHARIS N.: Geschäftsdiplomatie und EU-Regulierungspolitik in der deutsch-russischen Erdgaspартnerschaft (Heft 207)
- HAUG, FRIGGA: Kampagne. Ein HKWM-Stichwort (Heft 211)
- HAUG, FRIGGA: Politische Subjekte im Neoliberalismus (Heft 213/214)
- HAWEL, MARCUS: Die normalisierte Nation? Verdinglichte Vergangenheitsbewältigung und interventionistische Außenpolitik (Heft 216)
- HAWEL, MARCUS: Freiheitssinn und Widerstandsrecht. Zur Aktualität von Artikel zwanzig, Absatz vier, Grundgesetz (Heft 207)
- HERZOG, BENNO: Arbeit, work, trabajo ... Kulturelle, politische und ökonomische Aspekte des Arbeitsbegriffes in Europa (Heft 208)
- HEYER, ANDREAS: Die Utopie des ewigen Lebens. Condorcets Selbstbestimmung zwischen Aufklärung und Revolution (Heft 210)
- HÖPCKE, KLAUS: Das »Auffliegen« des Reichstags 1933 (Heft 209)
- HUMMEL, HEERKE: Warenwert, wo ist er geblieben? (Heft 212)
- JENTSCH, HARALD: Otto Brenner – ein Streiter

- um soziale Demokratie (Heft 212)
- JÜNKE, CHRISTOPH: Sechs Thesen zum langen Schatten des Stalinismus (Heft 217)
- KAISER, PETRA: Bourdieus Gegenfeuer. Soziologische Gegenwartsdiagnose im Gewand einer politischen Kampfansage (Heft 211)
- KANNAPIN, DETLEF: Im Garten der Beliebigkeit. Krise und Zerfall der spätimperialistischen Philosophie (Heft 213/214)
- KESSLER, MARIO: »Dann fangen wir von vorne an«. Drei neue Bücher und ein Film von und über Theodor Bergmann (Heft 217)
- KESSLER, MARIO: Zwischen Genfer Exil und Nachkriegsdeutschland. Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg zum 30. Januar 1933 (Heft 210)
- KESSLER, MARIO: Zwischen Paria-Existenz und jüdischem Commonwealth. Hannah Arendt über Antisemitismus und Zionismus (Heft 213/214)
- KILIAN, THOMAS: Die Zukunftswerkstatt als Modell politischer Debatte. Zum Verhältnis von Analyse, Kritik, Utopie und Strategie für die Diskussion der Linken (Heft 218)
- KÖHLER, THOMAS: Verlorenes Terrain. Über das Schwinden von Freiheit und Widerständigkeit im neoliberalisierten Alltag (Heft 211)
- KORTE, JAN: Unrecht kennt keinen Verrat. Die Debatte um den Kriegsverrat (Heft 208)
- KRÜGER, MARIAN: Ein Projekt der Entstaatlichung. Einige Anmerkungen zur Debatte um die Föderalismusreform II (Heft 217)
- KRYSMANSKI, HANS JÜRGEN: Die letzte Reise des Karl Marx (Heft 209)
- LEIBIGER, JÜRGEN: Chancengerechtigkeit, Entwicklung, Ausbeutung (Heft 210)
- LINKE, PETER: Mit grobem Pinsel. Zu Ito Narihikos Buch »Der Friedensartikel der Japanischen Verfassung« (Heft 209)
- LOESDAU, ALFRED: Politisch denken und historisch sehen. Hannah Arendts Verhältnis zu linken Intellektuellen (Heft 213/214)
- MARETZKY, KLAUS: Adventismus: ein Stück unbewältigter Vergangenheit im Marxismus? Zu Friedrich Tombergs Sozialismus-Konzept (Heft 210)
- MARXHAUSEN, THOMAS: Marx versus Stalin. Ein Beitrag zur Sozialismus-Debatte (Heft 218)
- MEIER, JÜRGEN: Der lange Schatten des Stalinismus (Heft 212)
- MÖLLER, KOLJA: Inspiration durch Gramsci: Hegemoniepolitik und die Linke heute (Heft 210)
- MÜLLER, STEFAN: Reflexionen über Dialektik. Argumente für eine Neubelebung der Diskussion (Heft 212)
- NEELSEN, JOHN P.: Landwirtschaft und Ernährung – Stundenglas der kapitalistischen Produktionsweise (Heft 208)
- NOTZ, GISELA: Gegenkultur und Autonomie (Heft 209)
- PHILIPP, THOMAS: Pragmatische und normative Grundlagen der Linken (Heft 215)
- RAUBER, ISABEL: Macht und Hegemonie. Betrachtungen aus Lateinamerika (Heft 210)
- RILLING, RAINER: Es gab viele 68... (Heft 209)
- ROESLER, JÖRG: Der »historische Lohn«. Kubas Erfahrungen mit einem (fast) bedingungslosen Grundeinkommen (Heft 207)
- ROESLER, JÖRG: Zweimal Währungsreform im besetzten Deutschland. Konzepte und Korrekturen (Heft 215)
- RUF, WERNER: Africom – Ressourcen statt Freiheit. Der Sprung der USA nach Afrika (Heft 216)
- SAAGE, RICHARD: Faschismustheorien. Ihre Bedeutung für die Forschung und die politische Bildung (Heft 215)
- SCHERNER, ERHARD: Die Fronten gingen durcheinander ... Ein Interview zu den Auskünften Ludwig Kroeber-Keneths aus Kronberg über seine und Alfred Kurellas Reise 1919 nach Sowjetrußland (Heft 213/214)
- SCHMIDT, WALTER: Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur (Heft 216)
- SCHRÖTER, URSULA: Die schwesterliche Verbundenheit im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) (Heft 209)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Paul Levi unter den »Doppelzünglern« (Heft 209)
- SEIFERT, ARNE C.: 15 Jahre Transformation in Zentralasien und die OSZE (Heft 207)
- SOLOMON, MARK: Die Linke in den USA und das »Barack-Obama-Phänomen« (Heft 217)
- SORG, RICHARD: Soziale Lage und Sozialpolitik in Deutschland (Heft 212)

- STOLOWICZ, BEATRIZ: Die lateinamerikanische Linke: Wo stehen wir? (Heft 207)
- ULLRICH, RENATE: DDR-Frauen zwischen Emanzipation und Patriarchat
- ULLRICH, RENATE: Die Macht der Frauen. Oder: Warum Medea ihre Kinder tötete (Heft 216)
- VOLKMANN, RAINER: Konsolidierung um jeden Preis? Ein deutliches »JA« zur Staatsverschuldung (Heft 211)
- WEICHOLD, JOCHEN: Quo vadis, Grüne? 7 Thesen zur Entwicklung der Grünen (Heft 208)
- WIRTH, GÜNTER: Die Ästhetik des Widerstands. Beobachtungen bei der »postsozialistischen« Lektüre (Heft 208)
- WIRTH, GÜNTER: Harald Poelchau als Hochschullehrer (Heft 212)
- WIRTH, GÜNTER: Mehr Materialsammlung als Biographie. Zu Kai Burkhardt: Adolf Grimme (1889-1963). Eine Biographie (Heft 216)
- WIRTH, GÜNTER: Über konkrete und evangelische Utopien. Siegfried Wollgast zum 75. Geburtstag (Heft 215)
- WITTICH, DIETMAR: Klassenlage. Entwurf für ein HKWM-Stichwort (Heft 209)
- ZEIDLER, GERHARD: Herbert Grohmann. Rasenpolitiker und Arzt. Zur Verstrickung von Nazi-Anthropologie und öffentlichem Gesundheitswesen im okkupierten Polen während des Zweiten Weltkrieges (Heft 207)
- ZOBEL, GERO: Zum Begriff der Demokratie bei Rosa Luxemburg (Heft 211)

Konferenzen & Veranstaltungen

- DETJE, RICHARD/STEINITZ, KLAUS: Der Staat heute. Die Krise des Neoliberalismus und die Staatsdebatte der Linken (Heft 218)
- HILDEBRANDT, CORNELIA: Kindeswohl und Kinderrechte (Heft 217)
- MAESSE, JENS: Grenzenlos und trotzdem nachhaltig wachsen? – Ein Kolloquium zur Archäologie des Wachstumsmythos im Lichte der modernen Nachhaltigkeitsdebatte (Heft 218)
- SCHÄFER, PETER: Die Rückkehr des Viktor Agartz. Tagungsbericht (Heft 213/214)

- SCHUBERT-LEHNHARDT, VIOLA: Mit unserer Gesundheit Kasse machen? Bericht (Heft 213/214)
- WERNICK, KURT: Biographien in der 1848er Revolutionshistoriografie. Bericht (Heft 216)

Bücher & Zeitschriften

- Baade, Michael (Hrsg.): Von Moskau nach Worpswede. Jan Vogeler. Sohn des Malers Heinrich Vogeler (PETER SCHAUBERT) (Heft 217)
- Baale, Olaf: Abbau Ost. Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden (ULRICH BUSCH) (Heft 216)
- Bebel, August: Die moderne Kultur ist eine antichristliche. Ausgewählte Reden und Schriften zur Religionskritik (RALPH METZGER) (Heft 215)
- Benser, Günter: Volksbühne Heidenau 1906 bis 1939 – 1945 bis 1949. Die bewegte Geschichte eines Amateurtheaters (DIETRICH MÜHLBERG) (Heft 207)
- Benser, Günter (Hrsg.): Älter ist nicht alt genug. Henryk Skrzypczak. Festschrift zum 80. Geburtstag (THEODOR BERGMANN) (Heft 217)
- Bleiber, Helmut/Schmidt, Walter/Schötz, Susanne (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 (WOLFGANG SCHRÖDER) (Heft 216)
- Bologna, Sergio u. a.: Selbstorganisation. Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus (ALEXANDER SCHLAGER) (Heft 207)
- Brosch, Matthias u. a. (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland (PETER ULLRICH) (Heft 215)
- Dahle, Wendula (Hrsg.): Die Geschäfte mit dem armen B. B. – Vom geschmähten Kommunisten zum Dichter »deutscher Spitzenklasse« (JOHANNES SCHILLO) (Heft 207)
- Dörner, Bernward: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte (JAN KORTE) (Heft 218)

- Eckardt, Michael: Medientheorie vor der Medientheorie. Überlegungen im Anschluss an Georg Klaus (HELMUT METZLER) (Heft 210)
- Ellmers, Sven: Die formanalytische Klassentheorie von Karl Marx. Ein Beitrag zur »neuen Marx-Lektüre« (INGO ELBE) (Heft 209)
- Elter, Andreas: Propaganda der Tat. Die RAF und die Medien (FRANK SCHUBERT) (Heft 212)
- Exner, Andreas/Rätz, Werner/Zenker, Birgit (Hrsg.): Grundeinkommen – Soziale Sicherheit ohne Arbeit (SUSANNE GÖTZE) (Heft 207)
- Ferchland, Rainer (Hrsg.): Sozialberichte: Was sie benennen und was sie verschweigen. Studie des Institutes für Sozialdatenanalyse e. V. Berlin – isda. Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 38 (HANSGÜNTER MEYER) (Heft 213/214)
- Flassbeck, Heiner/Spiecker, Friederike: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen (ULRICH BUSCH) (Heft 211)
- Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest (BERND HÜTTNER) (Heft 213/214)
- Funk, Rainer: Erich Fromms kleine Lebensschule (JÜRGEN MEIER) (Heft 213/214)
- Gramsci, Antonio: Amerika und Europa. Herausgegeben im Auftrag des Instituts für kritische Theorie von Thomas Barfuss (THOMAS MARXHAUSEN) (Heft 209)
- Greiner, Bernd: Krieg ohne Fronten – Die USA in Vietnam (MARCUS SCHWARZBACH) (Heft 210)
- Hans-Jürgen-Krahl-Institut (Hrsg.): Praktischer Sozialismus – Antwort auf die Krise der Gewerkschaften, (ERK WERNER) (Heft 215)
- Haubl, Rolf/Caysa, Volker: Hass und Gewaltbereitschaft. Philosophie und Psychologie im Gespräch (KONSTANZE SCHWARZWALD) (Heft 213/214)
- Hauff, Michael von (Hrsg.): Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft (ULRICH BUSCH) (Heft 209)
- Hecht, Arno: Der Ostdeutsche – ein Fehlgriff der sozialen Evolution? oder Eine Gegenwart ohne Zukunft (ULRICH BUSCH) (Heft 207)
- Heine, Michael/Herr, Hansjörg/Kaiser, Cornelia: Wirtschaftspolitische Regime westlicher Industrienationen (ARNDT HOPFMANN) (Heft 210)
- Heinrich, Michael: Wie das Marxsche Kapital lesen? Hinweise zur Lektüre und Kommentar zum Anfang von »Das Kapital« (KOLJA LINDNER) (Heft 217)
- Heigl, Richard: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (Andreas Diers) (Heft 217)
- Hilmes, Oliver: Die Herrin des Hügels. Das Leben der Cosima Wagner (KAI AGTHE) (Heft 212)
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens (Hrsg.): Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx (HERMANN KLENNER) (Heft 218)
- Hoeges, Dirk: Niccolò Machiavelli. Dichter – Poeta. Mit sämtlichen Gedichten, deutsch/italienisch (ANDREAS HEYER) (Heft 212)
- Holmsted Larsen, Chris: Tiden arbejder for os – DKP og Vietnamkrigen 1963-1973. (Die Zeit arbeitet für uns – Die DKP und der Vietnamkrieg) (PETER BIRKE) (Heft 210)
- Holz, Steffi: Alltägliche Ungewissheit. Erfahrungen von Frauen in Abschiebehaft (KATHRIN HEROLD) (Heft 217)
- Huisken, Freerk: Über die Unregierbarkeit des Schulvolks – Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw. (VINZENZ BOSSE) (Heft 211)
- Klautke, Roland/Oehrlein, Brigitte (Hrsg.): Prekarität, Neoliberalismus, Deregulierung (BERND HÜTTNER) (Heft 208)
- Lange, Max Gustav: Zur Grundlegung der Erziehungswissenschaft. Texte zur soziologischen Begründung der Pädagogik 1946-1950 (EBERHARD MEUMANN) (Heft 212)
- Langer, Heinz: Die lebendige Revolution. Zur Entwicklung Kubas in jüngster Zeit (JÖRG ROESLER) (Heft 211)
- Laschitzka, Annelies: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie (THEODOR BERGMANN) (Heft 215)
- Lazreg, Marnia: Torture and the Twilight of Empire. From Algiers to Baghdad. (WERNER RUF) (Heft 218)
- Maffeis, Stefania: Zwischen Wissenschaft und

- Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993 (INGO STÜTZLE) (Heft 213/214)
- Mähler, Ulrich, u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008 (MARCEL BOIS) (Heft 213/214)
- Marks, Robert B.: Die Ursprünge der modernen Welt. Eine globale Weltgeschichte (BERND HÜTTNER) (Heft 212)
- Mittdank, Joachim: Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989 – Erinnerungen eines Diplomaten (FRANZ-KARL HITZE) (Heft 209)
- Möhl, Wolfgang/Wentzke, Theo: Das Geld – Von den vielgepriesenen Leistungen des schnöden Mammons (RENA TE DILLMANN) (Heft 207)
- Müller, Horst (Hrsg.): Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Kritik, Analytik, Alternativen (REINHARD JELLEN) (Heft 208)
- Rauterberg, Hanno: »Und das ist Kunst?!« Eine Qualitätsprüfung (JÜRGEN MEIER) (Heft 207)
- Reich, Konrad: Ehm Welk. Der Heide von Kummerow. Die Zeit. Das Leben (KAI AGTHE) (Heft 218)
- Rossum, Walter van: Die Tagesshow. Wie man in 15 Minuten die Welt unbegreiflich macht (FRANK SCHUBERT) (Heft 216)
- Sandvoß, Hans-Rainer: Die »andere« Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945 (WILFRIEDE OTTO) (Heft 216)
- Schramm, Carola/Elsner, Jürgen: Dichtung und Wahrheit. Die Legendenbildung um Ernst Busch (WILFRIEDE OTTO) (Heft 215)
- Schumacher, Ernst: Ein bayrischer Kommunist im doppelten Deutschland. Aufzeichnungen des Brechtforschers und Theaterkritikers in der DDR 1945-1991. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Michael Schwartz (FRITZ RÖDEL) (Heft 208)
- Sleifer, Jaap: Planning Ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 8) (JÖRG ROESLER) (Heft 209)
- Spicka, Mark E.: Selling the Economic Miracle. Economic Reconstruction and Politics in West Germany 1949 -1957 (JÖRG ROESLER) (Heft 218)
- Ullrich, Peter: Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt (DIRK BIESTMANN-KOTTE) (Heft 212)
- Walke, Anika: Jüdische Partisaninnen. Der verschwiegene Widerstand in der Sowjetunion (GERD KAISER) (Heft 209)
- Woderich, Rudolf (Hrsg.): Im Osten nichts Neues? Struktureller Wandel in peripheren Räumen (ULRICH BUSCH) (Heft 218)
- Zündorf, Irmgard: Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland 1948 bis 1963 (JÖRG ROESLER) (Heft 208)
- Zurawski, Nils (Hrsg.): Surveillance Studies. Perspektiven eines Forschungsfeldes (MARCO TULLNEY) (Heft 211)

JOACHIM BISCHOFF

Emergency Operation Nationalization. Development of and Lessons from the Global Financial Market Crisis

The crisis hitting the finance markets has yet to draw to a close. Indeed it has been made more profound by the slowdown of the business cycle in the real economy. Governments of highly advanced capitalist countries have initiated joint measures to prevent a credit crunch. One of them is the nationalization of banks. Nationalization, in such circumstances, has been proven to be an emergency measure. The political perspective should be one of a solidaristic economy.

MICHAEL R. KRÄTKE

Basic Income, Commodities and the Public Sector. On the Connection Between Basic Income and Capitalism

Someone who today pleads for the introduction of basic income, is not necessarily a »leftist.« On the contrary, neo-liberal, conservative ideologues have discovered the charm of basic income, as a basis for a rather »low-cost« survival insurance at the lowest social levels, permitting the elimination of the welfare state social system. Under capitalist conditions, the introduction of a basic income can only be contemplated within these parameters and those wanting more, must raise the question of the system. But even if it were possible to establish a sort of unconditional basic income for everyone, there would still be numerous complex contextual questions of social reproduction – without which a basic income would, to a large extent, be useless – that would also have to be taken into consideration. This would particularly concern the public sector, because the low-income sectors need better and more public services, a broadening of the public domain in many directions.

RALPH GRAF

The Recurring Dream of Full Employment

In early 2008, former Chairman of the SPD Kurt Beck and his Vice Chairman, Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier, wrote a paper evoking – once again – an end to unemployment. Their text would, at first sight, appear to be a renunciation of the neoliberal Agenda 2010, instituted during the Schroeder/Fischer government that plunged the SPD into a deep credibility crisis in relationship to its habitual electorate. But a closer inspection of the paper shows it to be nothing more than a superficial attempt to pull the SPD out of its pit in the opinion polls, through the proclamation of new hope. A substantial renunciation of the unreasonable social burdens on the population, is nowhere in sight. With such crude attempts, the SPD will hardly succeed in winning back its lost image as the »protective power for the little man.«

GAZI ÇAĞLAR

Social Services in the Aftermath of the Paradigmatic Change

The relationship between state, economy and civil society has been fundamentally affected by the social-political paradigmatic change taking place over the past few years. This fact must be considered in the context of the discussion around determining today's role of social services in light of the rapid transfor-

mation of society (crisis in nature, of the body, of social relationships, of the economy and of culture). This transformation makes it imperative that social services reinsure their normative orientations. In light of neoliberal hegemony, it must resist the notions of assistance-»worthy« and »unworthy« persons as a reversion to the diction of feudal times and its police for the paupers. The social services must also develop an actively critical standpoint in relationship to the more active social policy. For this it would be advantageous to develop a critical orientation, along the lines laid out by Gramsci, toward civil society.

THOMAS MARXHAUSEN

Marx versus Stalin. A Contribution to the Debate on Socialism

The answer to what had caused »Stalinism« cannot be found solely by studying Soviet history. It must be approached from an angle of *theoretical formation*. The starting point and basis for the outline of socialist society is found in Karl Marx: that, in world history, socialism *secedes capitalism*. Its historically legitimate abrogation, is preceded by a *development*. All nations, that hoped or hope to avoid passing through capitalist development – against which Marx had warned – were/are forced through a stage of »socialist« primitive accumulation. A socialism that is not supported and formed by »the grassroots,« the franchised, self-confident and critical citizens, has, in the final analysis, no future. Capitalism's »historical career« lives on. Being closed off to modernization prevents the search for and experimentation with alternatives.

THOMAS KILIAN

The Future Workshop as a Model for Political Debate On the Relationship between Analysis, Criticism, Utopia and Strategy in Left Discussion

Many debates blend analysis, criticism, utopia and strategy. This article is advocating a separation of these levels according to Robert Jungk's »Future Workshop«. The different phases are exemplified by using current theories and debates. For analysis, there are many contributions taken from science, while for criticism, Marx remains the yardstick. For the utopias, Rawls, who gave a new answer to the question of distribution, has been singled out. For the sector on strategy, the unconditional basic income is discussed.

HORST BETHGE

Brave New School 2020

This article sketches an image of the development of the educational system, by projecting the apparent tendencies of privatization, on the one hand, and the standardization of the curriculum and grading, on the other. The author explains that varying property relations could be imposed, between joint stock corporations and the public-private partnership projects between local boards of education and private companies. Report cards, grades and pupil portfolios would be replaced by EU-wide recognized »skill-cards«. The results would, in fact, be to render the faculty and pupils naked and vulnerable to outside control. This system will define our future prospects: the best will be allowed to study, a small group, granted professional training, the rest, given something to do – training, or whatever.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Da dies unsere letzte Ausgabe ist, kann die Redaktion nicht mehr zur Einsendung von Texten einladen. Für Artikel und Rezensionen, die eingereicht wurden und die nicht mehr gedruckt werden konnten, bedanken wir uns hiermit bei den Autorinnen und Autoren. Diese Texte sind hiermit für andere Verwendungen frei.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 180:	je	1 €
Heft 181 bis 200	je	2,50 €

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.),
Redaktionsassistentz: HARRY ADLER

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €